

DIE VORTEILE DER WELTWIRTSCHAFT FÜR ALLE SICHERN



DER INTERNATIONALE WÄHRUNGSFONDS

Der IWF ist die Weltorganisation, die für internationale Währungszusammenarbeit zuständig ist. Da die Organisation 185 Mitgliedsländer hat, arbeiten in ihr fast alle Länder der Welt zusammen, um das Gemeinwohl zu fördern. Der Hauptzweck des IWF besteht darin, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern – das System für Wechselkurse und internationale Zahlungen, das es den Ländern (und ihren Bürgern) ermöglicht, Güter und Dienstleistungen voneinander zu kaufen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sichern und den allgemeinen Lebensstandard zu erhöhen.

Alle Mitgliedsländer des IWF sind in seinem Exekutivdirektorium vertreten, das die nationalen, regionalen und globalen Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik erörtert. Dieser Jahresbericht erfasst die Tätigkeiten des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Mitarbeiterstabs des Fonds im Geschäftsjahr vom 1. Mai 2007 bis zum 30. April 2008.

Zu den Haupttätigkeiten des IWF gehören:

- die Beratung der Mitglieder hinsichtlich Politikmaßnahmen, die ihnen helfen können, Finanzkrisen zu vermeiden oder zu bewältigen, makroökonomische Stabilität zu sichern, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen und die Armut abzubauen;

- die Bereitstellung von vorübergehender Finanzhilfe an Mitgliedsländer, um sie bei der Bewältigung von Zahlungsbilanzproblemen zu unterstützen – eine Situation, in der ihr Devisenbestand nicht ausreicht, weil ihre Zahlungen an andere Länder ihre Deviseneinnahmen übersteigen, sowie
- Die Bereitstellung von technischer Hilfe und Ausbildung für Länder auf deren Antrag, um ihnen zu helfen beim Aufbau der Fachkenntnisse und Institutionen, die sie benötigen, um eine solide Wirtschaftspolitik zu verfolgen.

Der Hauptsitz des IWF befindet sich in Washington, D.C. Aufgrund seiner weltweiten Bedeutung und seiner engen Beziehungen mit seinen Mitgliedsländern hat er außerdem Büros weltweit.

Die Finanzausweise des IWF für die am 30. April 2008 und am 30. April 2007 abgeschlossenen Geschäftsjahre finden sich auf der CD-ROM, die diesem Bericht beigelegt ist. Druckfassungen der Finanzausweise sind erhältlich im Publikationsdienst des IWF. Die Adresse lautet: IMF Publication Services, 700 19th Street, N.W., Washington, DC 20431.

Weitere Informationen über den IWF und seine Mitgliedsländer finden sich im Internetauftritt des Fonds unter www.imf.org.

DIE VORTEILE DER WELTWIRTSCHAFT FÜR ALLE SICHERN

JAHRESBERICHT
2008

BOTSCHAFT DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORS	4	Die Datenstandards-Initiativen	40
BEGLEITSCHREIBEN AN DEN GOUVERNEURSRAT	6	Die Dreijahresprüfung der Überwachung	40
1 ÜBERBLICK: NEUAUSRICHTUNG DES IWF	7	4 PROGRAMMUNTERSTÜTZUNG UND KAPAZITÄTSAUFBAU	41
Überwachung	9	Finanzhilfe und Politikberatung	43
Programmunterstützung und Kapazitätsaufbau	10	Aufstrebende Volkswirtschaften	47
Verwaltungsführung, Finanzlage und Organisation	11	Einkommensschwache Länder	48
2 ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN	13	Programmgestaltung	54
Fortgeschrittene Volkswirtschaften	15	Aufbau von Institutionen und Kapazitäten	56
Schwellen- und Entwicklungsländer	16	Erhöhung der Effektivität und Effizienz der technischen Hilfe	56
3 ÜBERWACHUNG ZUR FÖRDERUNG VON MAKROÖKONOMISCHER UND FINANZIELLER STABILITÄT UND WACHSTUM	19	Ausbildung durch das IWF-Institut	59
Bilaterale Überwachung	22	5 VERWALTUNGSFÜHRUNG, ORGANISATION UND FINANZEN	61
Multilaterale Überwachung	25	Reform von Quoten und Mitspracherechten	63
<i>Weltwirtschaftsausblick</i>	25	Das Reformpaket	63
<i>Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems</i>	27	Quotenanpassung	64
Multilaterale Konsultation	27	Angemessenheit der IWF-Mittel	65
Regionale Überwachung und Aussenkontakte	28	Finanzoperationen und -grundsätze	65
Währungsunionen	28	Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung	65
Sonstige regionale Überwachungsinitiativen und Außenkontakte	29	Das neue Einkommensmodell des IWF	67
Finanzsektorüberwachung	31	Kreditvereinbarungen	68
Beurteilung der Finanzkrise und Empfehlungen	31	Rückstände gegenüber dem IWF	68
Programm zur Bewertung des Finanzsektors	34	Geschäftsführung und Organisation	69
Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	34	Verwaltungs- und Kapitalhaushalte	69
Anfälligkeitsbeurteilung	34	Personalwesen	74
Staatsfonds	36	Kommunikation und Transparenz	76
Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	37	Kommunikation	77
Indikatoren für die finanzielle Solidität	37	Transparenzpolitik	78
Regelwerk zur Datenangabe für die Überwachung und andere Dateninitiativen	37	Rechenschaftspflicht	79
Datenübermittlung an den IWF zu Überwachungszwecken	37	Das Unabhängige Evaluierungsbüro	79
Transparenz der öffentlichen Haushalte und Daten	38	Risikomanagement	80
Koordinierte Erhebung über Direktinvestitionen	40	Prüfungsverfahren des IWF	80
		EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER	82
		LEITENDE MITARBEITER	84
		ORGANIGRAMM DES IWF	85
		AKRONYME UND ABKÜRZUNGEN	86

KÄSTEN

3.1 Die Überwachungstätigkeit des Fonds	21
3.2 Globalisierung, Finanzmärkte und Fiskalpolitik	23
3.3 Die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder	24
3.4 Zusammenfassung der Politikempfehlungen der MCM-Arbeitsgruppe	32
3.5 Zusammenarbeit und Außenkontakte bei Finanzsektorfragen	35
3.6 Initiativen zu Finanzsektordaten	39
4.1 Liberia: Begleichung der Rückstände gegenüber dem IWF	50
4.2 <i>Globaler Monitoring-Bericht</i> verweist auf unzureichende Fortschritte bei MDGs	52
4.3 Aufstockung der Hilfe an einkommensschwache Länder: Operationelle Folgen	53
5.1 Die Rolle von Quoten und Basisstimmen	64
5.2 Sonderziehungsrechte	66
5.3 Wie der IWF geführt wird	70
5.4 Zusammenarbeit mit zwischenstaatlichen, internationalen und regionalen Organisationen	71

TABELLEN

4.1 Finanzfazilitäten des IWF	44
4.2 Im GJ 2008 gebilligte Vereinbarungen unter den Hauptfazilitäten	46
4.3 Im GJ 2008 gebilligte PRGF-Kredite	46
5.1 Rückstände gegenüber dem IWF, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art	69
5.2 Zusammensetzung der Einsparungen	74
5.3 Reale Ausgabenzuteilung, GJ 2008-2011	74
5.4 Verwaltungshaushalt nach Ausgabenkategorie, GJ 2008-2011	75
5.5 Geschätzte Anteile der veranschlagten Bruttoverwaltungsausgaben, nach globaler Leistungskategorie und spezifischer Leistung, GJ 2008-2011	77

SCHAUBILDER

2.1 Reales BIP-Wachstum	15
2.2 Aufschläge auf den Dreimonats-LIBOR gegenüber dem Übernacht-Index-Swap	17
2.3 Saldo der Leistungsbilanz	17
2.4 Externe Anleiheemissionen der Schwellenmärkte	18
4.1 Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 1999-GJ 2008	46
4.2 Die Technische Hilfe des IWF konzentriert sich auf einkommensschwache Länder und Länder im unteren Bereich mittleren Einkommens	57
4.3 Die externe Finanzierung der technischen Hilfe nimmt ständig zu	57
5.1 Einkommensmodell und mittelfristiger Haushalt (MFH)	72
5.2 Der fortgeschriebene MFH von GJ 2008 - GJ 2010	73

CD-ROM

Die folgenden Texte befinden sich auf der CD-ROM, die im hinteren Bucheinband befestigt ist:

Text des *Jahresberichts 2008* (Englisch, Französisch, Spanisch)

Zusatzmaterial zu den einzelnen Kapiteln (Englisch)

Anhänge (Englisch)

Appendix I	International reserves
Appendix II	Financial operations and transactions
Appendix III	Press communiqués of the International Monetary and Financial Committee and the Development Committee
Appendix IV	Executive Directors and voting power
Appendix V	Changes in membership of the Executive Board
Appendix VI	Financial statements

Das Geschäftsjahr des IWF läuft vom 1. Mai bis zum 30. April.

Die Rechnungseinheit des IWF ist das Sonderziehungsrecht (SZR); die Umrechnungen von Finanzdaten des IWF in US-Dollar stellen nur Näherungswerte dar und werden zur leichten Verständlichkeit angegeben. Am 30. April 2008 lag der SZR/US-Dollar-Wechselkurs bei 1 US-\$ = 0,61585 SZR und der US-Dollar/SZR-Wechselkurs bei 1 SZR = 1,62378 US-\$. Ein Jahr zuvor (am 30. April 2007) beliefen sich die Kurse auf 1 US-\$ = 0,65609 SZR und 1 SZR = 1,52418 US-\$.

In der englischen Fassung (auf der CD-ROM) bedeutet „billion“ eine Milliarde und „trillion“ eine Billion; kleinere Abweichungen zwischen den zugrunde liegenden Zahlen und den daraus gebildeten Summen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

Der im *Jahresbericht* verwendete Begriff „Land“ bezieht sich nicht in allen Fällen auf ein nach internationalem Recht und Brauch als Staat definiertes Hoheitsgebiet. Der Begriff wird hier auch für einige Hoheitsgebiete benutzt, die keine Staaten sind, für die aber auf getrennter und unabhängiger Basis statistische Daten erhoben werden.

In den Tabellen bedeutet eine leere Zelle „nicht zutreffend“, in Klammern gesetzte Punkte (...) bedeuten „nicht verfügbar“ und 0 bzw. 0,00 bedeuten „null“ bzw. „unerheblich“.

BOTSCHAFT DES GESCHÄFTSFÜHRENDEN DIREKTORS



Dominique Strauss-Kahn, Geschäftsführender Direktor des IWF und Vorsitzender des Exekutivdirektoriums.

Auf unserer Frühjahrstagung im April habe ich gesagt, dass sich die Welt zwischen Feuer und Eis befindet: zwischen den Risiken einer Beschleunigung der Inflation, die durch die Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln herbeigeführt wurde, und den Risiken einer globalen Rezession, die durch den Abschwung auf dem amerikanischen Häusermarkt und die globale Finanzmarktkrise verursacht wird. Um sowohl Feuer als auch Eis zu vermeiden, brauchen die Länder gute Politikmaßnahmen und den Mut, diese auch umzusetzen, und sie müssen zusammenarbeiten.

Der IWF kann dabei helfen. Eines der Hauptmerkmale der Finanzmarktkrise ist ihre Ausbreitung in verschiedene Länder und Sektoren. Diese länderübergreifenden und makrofinanziellen Verbindungen sind Bereiche, in denen der Fonds einen komparativen Vorteil hat.

Der Fonds hat bereits in diesem Jahr Mitglieder zu den Risiken und zum Ausmaß der Kosten der Finanzmarktkrise beraten. Wir haben auch Lösungen vorgeschlagen: Geldpolitik als erste Verteidigungslinie, fiskalpolitische Impulse von Regierungen, die dafür den nötigen Spielraum haben, sowie Maßnahmen, die Probleme in bestimmten Sektoren angehen, wie zum Beispiel der Häusermarkt oder der Finanzsektor. Wir beraten außerdem die Mitglieder, die von der Nahrungsmittelkrise und den gestiegenen Ölpreisen betroffen sind, und wir gewähren einigen von ihnen Finanzhilfe.

Das letzte Jahr war geprägt von weit reichenden Änderungen im Fonds. Der rapide Wandel begann unter meinem Vorgänger Rodrigo de Rato. Als Geschäftsführender Direktor von Juni 2004 bis Oktober 2007 entwickelte er eine mittelfristige Strategie, die die Arbeit des Fonds bei Finanzsektor- und Finanzmarktfragen intensiviert und die Arbeit des Fonds

im Bereich der bilateralen Überwachung und der einkommensschwachen Länder stärker fokussiert. Unter seiner Führung schloss der Fonds außerdem die erste Phase der Quotenreform ab, formulierte Vorschläge zur Reform der Einkommensquellen des Fonds und verabschiedete die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder.

Vor meiner Wahl zum Geschäftsführenden Direktor habe ich die ganze Welt bereist, um mit den IWF-Gouverneuren und vielen anderen interessierten Parteien zu sprechen. Dabei wurde deutlich, dass der Fonds respektiert wird, dass er aber unseren Mitgliedern nicht immer das bietet, was sie brauchen. Dadurch gelangte ich zu der Überzeugung, dass der Fonds seine Arbeit hinsichtlich der Umstrukturierung und Refokussierung seiner Geschäftstätigkeit beschleunigen muss. Diese Überzeugung stand hinter meiner Erklärung zur Neuausrichtung und Modernisierung des Fonds, die ich dem Haushaltsausschuss des Exekutivdirektoriums im Dezember 2007 vorgelegt habe.

Das zentrale Thema dieser Erklärung und meiner folgenden Erklärung zur strategischen Ausrichtung im mittelfristigen Haushalt an das Exekutivdirektorium war, dass wir in all unseren Zuständigkeitsbereichen – Überwachung, Programmarbeit und programmähnliche Arbeit sowie Kapazitätsaufbau – unseren komparativen Vorteil nutzen sollten. Meine Vision für die Neuausrichtung des Fonds ist folgende: Der IWF sollte wachsam gegenüber entstehenden Problemen, kritisch in seinen Beurteilungen und überzeugend in der Vermittlung seiner Anliegen sein, insbesondere in folgenden Bereichen:

- Überwachung: durch eine tiefere Analyse von makrofinanziellen Verbindungen, Wechselkursen

und Übertragungswirkungen und durch eine globalere Perspektive, die grenzüberschreitende Erfahrungen bei den wirtschaftspolitischen Fragen der Länder stärker berücksichtigt.

- Programmarbeit und programmähnliche Arbeit: durch eine stärkere Betonung der makrofinanziellen Stabilität und eine stärkere Fokussierung auf unsere Kernexpertise, unter anderem in den einkommensschwachen Ländern.
- Kapazitätsaufbau: durch eine technische Hilfe, die sich stärker auf makroökonomische Fragen konzentriert, deren Prioritätensetzung durch ein Gebührensystem verbessert wird und deren Volumen durch stärkere Mittelmobilisierung erhöht wird.

Das Gegenstück eines refokussierten Fonds ist ein umstrukturierter Fonds mit einer besser auf die Mitglieder abgestimmten Führungs- und Kontrollstruktur, mit einem nachhaltigen Einkommensmodell und mit niedrigeren Verwaltungskosten. Im Geschäftsjahr 2008 haben wir bei der Umsetzung der Umstrukturierungsagenda große Fortschritte erzielt.

- Im März 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium ein Reformpaket für die Verwaltungsführung mit folgenden Elementen: eine neue Quotenformel, eine zweite Runde von Quotenerhöhungen auf der Basis dieser Formel sowie Änderungen am IWF-Übereinkommen, die eine Verdreifachung der Basisstimmen und eine Stärkung der Mitspracherechte der afrikanischen Stimmgruppen im Direktorium vorsehen. Das Paket ist dynamisch, da es weitere Erhöhungen der Basisstimmen festlegt und eine weitere Umverteilung der Quotenanteile vorsieht, wenn die Weltwirtschaft sich weiter verändert. Der Gouverneursrat verabschiedete diese Reformen am 28. April 2008 und wir warten jetzt darauf, dass die Mitglieder der diesbezüglichen Änderung des IWF-Übereinkommens zustimmen.

- Im April 2008 erzielte das Direktorium einen breiten Konsens über ein neues Einkommensmodell. Das neue Modell sieht eine Ausweitung der Investmentbefugnis des Fonds und begrenzte Goldveräußerungen vor. Sobald das Modell durch eine Änderung des IWF-Übereinkommens umgesetzt worden ist, wird es die entscheidenden Elemente bieten, die für eine nachhaltige Finanzierung des Fonds erforderlich sind. Das Direktorium verabschiedete gleichzeitig einen Haushaltsrahmen, der in den nächsten drei Jahren reale jährliche Einsparungen von 100 Mio. \$ ermöglicht und über den gleichen Zeitraum einen Personalabbau von 380 Stellen vorsieht. Dieser Personalabbau wurde zum großen Teil durch freiwillige Kündigungen erreicht, die in den Geschäftsjahren 2009-2011 in Kraft treten.

Durch diesen Personalabbau werden wir im Laufe des kommenden Jahres viele erfahrene Mitarbeiter verlieren. Ich möchte ihnen für ihren Beitrag danken. Viele Stabsmitarbeiter haben dem Fonds und seinen Mitgliedern ihr ganzes Berufsleben gewidmet. Die Mitarbeiter, die in den Ruhestand treten, können dies tun in dem Bewusstsein, dass sie die Welt durch ihre Arbeit verändert haben.

Zum Abschluss meiner Botschaft möchte ich allerdings den Blick nach vorn auf das nächste Geschäftsjahr werfen und auch der viel größeren Zahl von Stabsmitarbeitern danken, die im Fonds bleiben und an der nächsten Etappe der bemerkenswerten Reise des Fonds mitarbeiten werden. Die Ereignisse des letzten Jahres zeigen, wie sehr die Welt einen starken Fonds und einen Geist des Multilateralismus braucht. Die Ereignisse des kommenden Jahres und der weiteren Zukunft werden zeigen, inwieweit wir dazu in der Lage sind, das Versprechen des Fonds zu erfüllen. Wir haben viel zu tun. Ich weiß aber auch, dass wir bei unserer Arbeit gute Verbündete und Partner haben: im Stab, im Exekutivdirektorium und bei unseren Mitgliedern auf der ganzen Welt.

BEGLEITSCHREIBEN
AN DEN GOUVERNEURSRAT
28. AUGUST 2008

28. August 2008

Sehr geehrter Herr Vorsitzender!

Gemäß Artikel XII Abschnitt 7 Buchstabe a des Übereinkommens über den Internationalen Währungsfonds und gemäß Abschnitt 10 der Satzung des IWF habe ich die Ehre, dem Gouverneursrat den Jahresbericht des Exekutivdirektoriums für das am 30. April 2008 abgelaufene Geschäftsjahr vorzulegen. Im Einklang mit Abschnitt 20 der Satzung wird der vom Exekutivdirektorium für das am 30. April 2009 ablaufende Geschäftsjahr genehmigte Verwaltungs- und Kapitalhaushalt des IWF in Kapitel 5 vorgelegt. Die für das am 30. April 2008 abgelaufene Geschäftsjahr geprüften Jahresabschlüsse der Allgemeinen Abteilung, der SZR-Abteilung und der vom IWF verwalteten Konten werden zusammen mit den diesbezüglichen Berich-

ten der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Anhang VI präsentiert, der sich auf der CD-ROM befindet. Die externe Rechnungsprüfung und das Finanzberichtswesen wurden nach Maßgabe von Abschnitt 20 Buchstabe c der IWF-Satzung durch den Externen Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus Satoshi Itoh (Vorsitzender), Steve Anderson und Thomas O'Neill überprüft.



DOMINIQUE STRAUSS-KAHN

Geschäftsführender Direktor und
Vorsitzender des Exekutivdirektoriums



Das Exekutivdirektorium und leitende Mitarbeiter des IWF.

ÜBERBLICK: NEUAUSRICHTUNG DES IWF



Die Weltwirtschaft stand während des Geschäftsjahres 2008 vor mehreren Herausforderungen: Die Probleme auf dem amerikanischen Markt für zweitklassige Hypothekenkredite weiteten sich auf andere Kreditmärkte aus und in einer Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften verschlechterten sich die Wachstumsaussichten. Gleichzeitig stiegen die Preise für Nahrungsmittel und Öl stark an, was weltweit den Inflationsdruck erhöhte und in vielen einkommensschwachen Ländern zu großen Belastungen führte.¹ Das Exekutivdirektorium des IWF folgte dem Kernmandat des Fonds, die Sicherung der makroökonomischen und finanziellen Stabilität weltweit, und reagierte umgehend auf diese Entwicklungen. Es stärkte die IWF-Analyse von Finanzsektorfragen, empfahl Politikmaßnahmen, die den Mitgliedsländern helfen können, die Auswirkungen der Verwerfungen an den Finanzmärkten auf ihre Volkswirtschaft abzuschwächen, beriet die einkommensschwachen Länder hinsichtlich der makroökonomischen Steuerung zur Bewältigung der steigenden Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise und leistete Finanzhilfe an Mitglieder dieser Gruppe, die auf Grund höherer Importkosten Zahlungsbilanzprobleme zu bewältigen hatten.²

¹ Kapitel 2 beschreibt die Entwicklungen in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten im Geschäftsjahr 2008.

² Das IWF-Übereinkommen erteilt dem Fonds unter anderem die Aufgabe, die Stabilität des internationalen Währungssystems zu sichern und nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Das IWF-Übereinkommen ist verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/aa/index.htm.

Das Geschäftsjahr 2008 war außerdem ein Reformjahr für den IWF. Das Exekutivdirektorium führte Maßnahmen durch, die es dem IWF ermöglichen, besser auf die sich ändernden Bedürfnisse seiner Mitgliedsländer einzugehen, mit den Änderungen in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten Schritt zu halten und sich an einen gekürzten Haushaltsrahmen anzupassen.

3 Ein Fortschrittsbericht hinsichtlich der wichtigsten strategischen Ziele des Fonds findet sich auf der CD-ROM in Kasten 1.1.

4 Siehe „IMF Executive Board Adopts New Decision on Bilateral Surveillance Over Members' Policies“, PIN 07/69, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0769.htm.

5 Siehe „The Recent Financial Turmoil—Initial Assessment, Policy Lessons, and Implications for Fund Surveillance“. Dieses Dokument wurde im Direktorium erörtert und ist auf der CD-ROM sowie im Internetauftritt des IWF verfügbar, www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/040908.pdf.

Das Direktorium verabschiedete ein neues umfassendes Regelwerk für die bilaterale Überwachung, das den Schwerpunkt auf die Aufdeckung von Politikmaßnahmen legt, die die makroökonomische und finanzielle Stabilität auf nationaler und globaler Ebene gefährden können.³ Als Reaktion auf die Turbulenzen an den Finanzmärkten konzentrierte es sich auf die Analyse der Übertragungswirkungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft sowie der Verbindungen zwischen den Finanzmärkten und der Realwirtschaft. Es unternahm außerdem Schritte, um die Führungs- und Kontrollstrukturen des Fonds zu verbessern, und beschloss ein weit reichendes Reformpaket für Quoten und Mitspracherechte, mit dem die Quotenanteile der Mitgliedsländer besser mit ihrem relativen Gewicht in der Weltwirtschaft in Einklang gebracht und die Mitspracherechte und Teilhabe der einkommensschwachen Länder an der Beschlussfassung des Fonds gestärkt werden sollen. Ein weiterer Meilenstein im Geschäftsjahr 2008 war die Verabschiedung eines Einkommens- und Ausgabenrahmens durch das Direktorium, das es dem Fonds ermöglicht, seine Finanzen zu ordnen.

Diese und weitere Aktivitäten des Direktoriums werden ausführlich in diesem und in den folgenden Kapiteln beschrieben.

ÜBERWACHUNG

Die Überwachungstätigkeit des IWF stützt sich auf die bilaterale Überwachung, d. h. die Begutachtung der Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern. Sie soll sicherstellen, dass die Mitglieder ihre Verpflichtungen nach Maßgabe des IWF-Einkommens einhalten und dass ihre Politikmaßnahmen zur Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems beitragen. Zu Beginn des Geschäftsjahres 2008 und nach einer einjährigen Überprüfung der Entscheidung von 1977 zur Überwachung der Wechselkurspolitik verabschiedete das Exekutivdirektorium ein neues Regelwerk für die bilaterale Überwachung. Die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung enthält umfassendere Leitlinien sowohl für den Fonds zur Durchführung der Überwachung als auch für die Mitglieder zur Durchführung der Wechselkurspolitik, ohne jedoch den Mitgliedern neue Verpflichtungen aufzuerlegen. Eine wichtige Neuerung besteht darin, dass die Entscheidung von 2007 den Begriff der außenwirtschaftlichen Stabilität als Organisationsprinzip in die Überwachung einführt. Ebenso wie die Entscheidung von 1977 mahnt die Entscheidung von 2007 die Mitglieder eindringlich, Wechselkursmanipulationen

zu bestimmten Zwecken zu vermeiden, sie empfiehlt den Mitgliedern jedoch zusätzlich die Vermeidung von Wechselkursmaßnahmen, die zu außenwirtschaftlicher Instabilität führen, und zwar unabhängig von ihrem ursprünglichen Zweck. Dadurch werden Wechselkursmaßnahmen erfasst, die sich im Laufe der Zeit als maßgebliche Instabilitätsfaktoren erwiesen haben. Das Direktorium betrachtet die Verabschiedung der Entscheidung als wichtigen Beitrag für die Anstrengungen des Fonds, seine Überwachungsaufgaben effektiv und ausgewogen zu erfüllen.⁴

Im Geschäftsjahr 2008 hat sich das Direktorium intensiv mit den Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten auseinandergesetzt. Dies zeigt sich in den Direktoriumsaudits über den Weltwirtschaftsausblick (World Economic Outlook - WEO) und den Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems (Global Financial Stability Report - GFSR), den wichtigsten Instrumenten des IWF zur multilateralen Überwachung (siehe Kapitel 3). Die Auswirkungen der Störungen auf die globale Stabilität und das Wachstum waren ein zentrales Thema des WEO vom April 2008. Der GFSR vom April 2008 analysierte die Auswirkungen auf das internationale Finanzsystem und beurteilte die möglichen Übertragungswirkungen, indem er die realen und finanziellen Übertragungskanäle untersuchte und eine Empfehlung kurzfristiger Maßnahmen für Mitgliedsländer abgab, um die Auswirkungen der Verwerfungen auf ihre Volkswirtschaft abzuschwächen.

Die Exekutivdirektoren überprüften im April 2008 außerdem die erste Beurteilung des IWF-Stabs zu den Ereignissen an den Finanzmärkten, wobei sie die vorläufigen Ergebnisse und Empfehlungen weitgehend unterstützten. Die Direktoriumsaudits über die Beurteilung erfasste die Praktiken zum Risikomanagement bei strukturierten Finanzprodukten, die Bewertung dieser Produkte, die Rolle und Ausgestaltung der bonitätsmäßigen Beurteilung sowie die Rechnungslegungs- und Offenlegungspraktiken, das Krisen- und Liquiditätsmanagement, einschließlich der Praktiken der Zentralbanken, sowie die Regulierung und Aufsicht von Banken und anderen Finanzinstituten.⁵ Die Exekutivdirektoren räumten zwar ein, dass die Ereignisse zum Zeitpunkt der Aussprache noch im Fluss waren, sie betonten jedoch, dass der IWF bei seiner Überwachungstätigkeit die Ursachen der Verwerfungen analysieren und Lehren daraus ziehen müsse. Sie ermutigten den Stab, weiterhin eng mit nationalen Behörden, internationalen Gremien und Marktteilnehmern zusammenzuarbeiten. Außerdem wurde im Laufe des Jahres eine neue Methodik

6 Das Kommunikee, PR 08/78, findet sich in Anhang III auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/cm/2008/041208.htm.

entwickelt, um in den aufstrebenden Marktwirtschaften zwischen Schwachstellen und Krisenrisiko zu unterscheiden; die Anfälligkeitsbeurteilung vom Frühjahr 2008 legte ebenfalls den Schwerpunkt auf die Auswirkungen, die die Finanzmarkt-turbulenzen auf diese Volkswirtschaften zeitigen.

Angesichts der steigenden Bedeutung von Staatsfonds im internationalen Währungs- und Finanzsystem ließ das Exekutivdirektorium in seiner Aussprache vom März 2008 über diese Fonds verlauten, dass der IWF gut positioniert sei, um in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen die Entwicklung von freiwilligen Prinzipien und Praktiken für Staatsfonds zu fördern und zu koordinieren. Der IWF stellt das Sekretariat für eine internationale Arbeitsgruppe zur Verfügung, die aus Vertretern von 25 Mitgliedsländern besteht und die Aufgabe hat, bis zur Jahrestagung von IWF und Weltbank 2008 einen gemeinsamen Satz von freiwilligen Prinzipien für Staatsfonds zu entwickeln. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss, das wichtigste Beratungsgremium für den Gouverneursrat des IWF, begrüßte diese Initiative in seinem Kommunikee vom 12. April 2008.⁶

Um das Regelwerk für die Überwachungstätigkeit des IWF noch weiter zu stärken, begann das Exekutivdirektorium im April 2008 eine Aussprache über die Ausgestaltung der Dreijahresüberprüfung der Überwachung. Es wird erwartet, dass die Überprüfung eine Erklärung zu Überwachungs-prioritäten enthält.

Die Überwachungstätigkeit des Fonds im Geschäftsjahr 2008 wird ausführlich in Kapitel 3 beschrieben.

PROGRAMMUNTERSTÜTZUNG UND KAPAZITÄTSAUFBAU

Das Exekutivdirektorium überprüft ständig die Finanzfazilitäten des IWF, seine Arbeit im Bereich des Kapazitätsaufbaus sowie die anderen Programme und Instrumente, durch die der IWF die Mitgliedsländer unterstützt, und es passt sie an die sich ändernden Bedürfnisse der Mitglieder an. Die Nachfrage der *aufstrebenden Volkswirtschaften* nach IWF-Krediten ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, da die Verbesserungen, die diese Länder an ihrer Wirtschaftspolitik angebracht haben, Früchte tragen. Die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten haben sich verbessert und die Marktbedingungen sind günstig. Trotz des Konjunkturabschwungs in den fortgeschrittenen Ländern blieb das Wachstum dieser Volkswirtschaften auch im Geschäftsjahr 2008 stark, und sie erwiesen sich als widerstandsfähig gegen die Finanzmarkt-turbulenzen, obwohl in einigen Fällen Zahlungsbilanzprobleme entstehen. Es gibt jedoch noch Schwachstellen, insbesondere in den Schwellen-ländern, die von großen Kapitalzuflüssen zur Finanzierung ihres Leistungsbilanzdefizits abhängig sind. Neben seiner Bereitschaft zur Unterstützung durch die bestehenden Kredit-instrumente des Fonds legt das Direktorium deshalb verstärkt den Schwerpunkt auf die Analyse von Finanzsektorrisiken

und makrofinanziellen Verbindungen, auf die Beratung und technische Hilfe zur Verbesserung des Schuldenmanagements sowie auf die Entwicklung eines Liquiditäts- oder Krisenvor-beugungsinstruments – eine Kreditlinie mit raschem Zugang oder eine Kreditlinie zur Förderung der Finanzstabilität – für Länder, die sich in die globalen Kapitalmärkte integrieren und mit einer plötzlichen Umkehr der Kapitalzuflüsse kon-frontiert sind.

Das Exekutivdirektorium unternimmt außerdem Schritte, um die Arbeit des IWF in *einkommensschwachen Ländern* zu ver-tiefen. Diese Arbeit entwickelt sich in dem Maß weiter, in dem die Volkswirtschaften dieser Länder wachsen und reifen. Der Schwerpunkt wird heute verstärkt darauf gelegt, die Länder zu beraten, wie sie auf Kapitalzuflüsse, Preisschwankungen bei Rohstoffen (einschließlich der Preise für Lebensmittel und Öl), Entwicklungen an den Finanzmärkten und Fragen im Hinblick auf die Schuldentragfähigkeit reagieren können. Eine der größten Herausforderungen für die Entscheidungsträger in den einkommensschwachen Ländern waren im Geschäfts-jahr 2008 die rapide steigenden Kosten für Lebensmittel- und Treibstoffimporte. Diese Teuerung unterwandert die Bemühungen zur Bekämpfung der Armut und die Fähigkeit der einkommensschwachen Länder, bis zum Jahr 2015 die Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals - MDGs) zu erreichen. Der IWF reagierte umgehend und half den anfälligen Mitgliedern, die Auswirkungen steigender Preise auf Fiskalpolitik, Zahlungsbilanz und Einkommen zu beurteilen. Er hat eine Arbeitsgruppe einberufen, die die Reaktion des Fonds auf diese Krise koordiniert. In einem Informationsgespräch im April 2008 bestätigten die Exekutivdirektoren weitgehend das Arbeitsprogramm der Arbeitsgruppe und sprachen sich dafür aus, einkommensschwache Länder, die mit höheren Lebensmittel- und Treibstoffpreisen konfrontiert sind, mit Politikberatung zu unterstützen und Ländern mit Zahlungs-bilanzproblemen durch bestehende und neue Regelungen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) und über die Fazilität für exogene Schocks (ESF) Finanzhilfe zu gewähren. Die Exekutivdirektoren ermutigen den IWF-Stab außerdem zur Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen, die sich mit Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots beschäftigen.

Als Teilnehmer der Hochrangigen Arbeitsgruppe für die weltweite Nahrungsmittelkrise, die die Vereinten Nationen im April 2008 einrichteten, arbeitet der IWF mit einer Reihe von VN-Sonderorganisationen und der Weltbank zusammen, um eine abgestimmte Reaktion auf die Herausforderung der globalen Nahrungsmittelpreise zu finden, unter anderem durch die Erstellung eines Aktionsplans und die Koordinie-rung von dessen Umsetzung. Anfang des Geschäftsjahres 2009 billigte das Direktorium Finanzmittel im Rahmen der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität für sieben von der Krise betroffene Länder und es erwog die Revision der Fazilität für exogene Schocks, um sie leichter zugänglich zu

7 Siehe „IMF Executive Board Recommends Reforms to Overhaul Quota and Voice“, PR 08/64, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0864.htm. Der Bericht unter dem Titel „Report of the Managing Director to the IMFC on Quota and Voice Reform in the IMF“ findet sich auf der CD-ROM sowie im Internetauftritt des IWF: www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4242.

8 Gemäß dem IWF-Übereinkommen wurden jedem Mitglied ursprünglich 250 Grundstimmen plus eine Stimme pro 100 000 SZR seiner Quote zugeteilt.

machen für Länder, die mit Nahrungsmittel- und Treibstoffpreiserhöhungen konfrontiert sind.

Eine weitere Maßnahme, um die einkommensschwachen Länder bei ihren Bemühungen zur Armutsbekämpfung und auf ihrem Weg zu den MDGs zu unterstützen, bestand in dem Beschluss des Exekutivdirektoriums im Geschäftsjahr 2008, Änderungen an der Schuldeninitiative für hoch verschuldete arme Länder (Heavily Indebted Poor Countries - HIPC) vorzunehmen, um sie flexibler zu gestalten. Um die Entschuldung für HIPC mit längerfristigem Zahlungsverzug zu beschleunigen, beschloss das Direktorium, dass Erfolge, die im Rahmen eines stabsüberwachten Programms erzielt werden und bestimmte Standards erfüllen, als Leistungsnachweis für solide Politikmaßnahmen anerkannt werden können, die die Länder benötigen, um den in dieser Initiative vorgesehen sogenannten Entscheidungspunkt zu erreichen. Dabei handelt es sich um den Zeitpunkt, an dem die internationale Gemeinschaft in Erwartung weiterer Wirtschaftsreformen eine Entschuldung zusagt (und eine vorgezogene Teilentlastung gewährt werden kann). Liberia war das erste Land, das von den Änderungen am Regelwerk profitierte (siehe Kasten 4.1). Das Direktorium prüfte außerdem ein neues Regelwerk für einen effektiveren Kapazitätsaufbau und Finanzhilfe an so genannte fragile Staaten (zum Beispiel Länder in der Konfliktfolgezeit, deren wirtschaftliche und soziale Entwicklung beeinträchtigt wird durch schlechte Regierungsführung, begrenzte Verwaltungskapazität, soziale Spannungen und eine Tendenz zu politischer Instabilität) und es forderte die Geschäftsführung auf, operative Vorschläge für eine Aussprache im Geschäftsjahr 2009 vorzulegen, die die Auffassungen des Direktoriums und potentieller Empfänger und Geber widerspiegeln.

Das Exekutivdirektorium unternimmt Schritte, um die *Hilfe des IWF im Bereich des Kapazitätsaufbaus*, d. h. technische Hilfe und Ausbildung, für die Länder effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Es legt den Schwerpunkt auf eine bessere Prioritätensetzung, eine stärkere Integration der technischen Hilfe und Ausbildung in die Überwachung und Kreditvergabe, eine bessere Zusammenarbeit mit anderen Gebern und eine größere externe Finanzierung als Ergänzung zu den Eigenmitteln des IWF. Es prüft außerdem die Erhebung von Gebühren, die nach dem Pro-Kopf-Einkommen der Empfängerländer gestaffelt sind. Viele Verbesserungen in der Arbeit des Fonds im Bereich des Kapazitätsaufbaus sind in den vergangenen Jahren bereits umgesetzt worden, darunter der verstärkte Einsatz von regionalen Zentren für technische Hilfe und Ausbildung, eine Führungsrolle der Regionalabteilungen des Fonds bei der Festlegung der Strategien im Bereich der technischen Hilfe in Koordination mit den Länderbehörden, die Einführung quantitativer Leistungsindikatoren für technische Hilfe und die verstärkte Mobilisierung von Gebermitteln für Ausbildung.

Die Rolle, die der IWF bei der Unterstützung von Schwellen- und Entwicklungsländern spielt, wird eingehend in Kapitel 4 beschrieben.

VERWALTUNGSFÜHRUNG, FINANZLAGE UND ORGANISATION

Im Anschluss an zwei Jahre ausführlicher Diskussionen verabschiedete der Gouverneursrat am 28. April 2008 ein wichtiges Reformpaket für die Verwaltungsführung des Fonds, das die Mitsprache- und Vertretungsrechte der Schwellen- und Entwicklungsländer erhöhen wird.⁷ Das Paket, das über die vom Gouverneursrat in der Entschließung vom 18. September 2006 getroffenen Zusagen hinausgeht, legt eine Quotenformel fest, die einfacher und transparenter ist als das Fünf-Formel-System, das sie ersetzt. Es fordert zudem eine Ad-hoc-Quotenerhöhung für 54 Mitglieder, um ihre Quotenanteile an ihr relatives Gewicht und ihre Rolle in der Weltwirtschaft anzupassen. Das Paket enthält außerdem eine Änderung, die eine Verdreifachung der Grundstimmen⁸ vorsieht, um die Mitspracherechte der einkommensschwachen Länder zu erhöhen (es handelt sich um die erste Erhöhung der Grundstimmen seit der Gründung des Fonds). Damit wird ein Mechanismus eingeführt, der sicherstellen soll, dass das Verhältnis zwischen den gesamten Grundstimmen und den gesamten Stimmrechten bei zukünftigen Quotenerhöhungen konstant bleibt. Die Änderung billigt außerdem einen zweiten Stellvertretenden Exekutivdirektor für die Exekutivdirektoren, die von einer großen Anzahl von Mitgliedern gewählt werden, was unter den gegenwärtigen Umständen den zwei afrikanischen Wahlgruppen im Exekutivdirektorium des IWF zugute kommt. Die Entschließung des Gouverneursrats stellt im Hinblick auf die Modernisierung und Umstrukturierung des Fonds einen wichtigen Schritt nach vorn dar und zielt darauf, den IWF besser an die sich ändernden Gegebenheiten in der Weltwirtschaft anzupassen. Die vorgeschlagene Änderung hinsichtlich der Erhöhung der Grundstimmen und des zweiten Stellvertretenden Exekutivdirektors tritt in Kraft, sobald sie von drei Fünftel der IWF-Mitglieder, die 85 Prozent der gesamten Stimmrechte vertreten, verabschiedet wird. Die Ad-hoc-Quotenerhöhungen treten in Kraft, sobald die vorgeschlagene Änderung in Kraft getreten ist; zudem erfordern sie die Zustimmung der betreffenden Länder sowie die Einzahlung der jeweiligen Quotenerhöhung.

Das Direktorium erzielte außerdem Einvernehmen über einen neuen Einkommens- und Ausgabenrahmen, der die Finanzen des IWF auf eine solidere Grundlage stellen soll. Auf der Ausgabenseite plant das Direktorium für die drei nächsten Geschäftsjahre Einsparungen in Höhe von etwa 100 Millionen \$ durch Personalabbau und Kürzungen bei den sonstigen Kosten und es legte dar, wie eine schlankere und neu ausgerichtete Institution sich besser für die Mitglieder einsetzen kann. Auf der Einkommensseite billigte der Gouverneursrat am 5. Mai 2008 einen Änderungsvorschlag zur Ausweitung der Investitionsermächtigung des Fonds, der in

⁹ Siehe „IMF Board of Governors Approves Key Element of IMF's New Income Model“, PR 08/101, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr08101.htm.

¹⁰ Siehe „IMF Managing Director Strauss-Kahn Applauds Executive Board's Landmark Agreement on Fund's New Income and Expenditure Framework“, PR 08/74, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0874.htm. Der Bericht mit dem Titel „Report of the Managing Director to the IMFC on a New Income and Expenditure Framework for the IMF“ findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF: www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4245.

¹¹ Im Juni 2008 hat der IWF eine „Integritäts-Hotline“ eingerichtet, die es Einzelpersonen innerhalb und außerhalb des Fonds ermöglicht, auf vertraulicher Basis Beschwerden über mögliches Fehlverhalten von Stabsmitgliedern vorzubringen.

Kraft tritt, wenn drei Fünftel der IWF-Mitglieder, die 85 Prozent der gesamten Stimmrechte besitzen, zustimmen.⁹ Im Rahmen des neuen Einkommensmodells unterstützt das Exekutivdirektorium außerdem einen Vorschlag zur Gründung einer Stiftung, die durch die Erlöse aus dem Verkauf eines begrenzten Teils der Goldbestände des Fonds finanziert wird. Alle Exekutivdirektoren haben bekundet, dass sie entweder dazu bereit sind, die Entscheidung zur Veräußerung eines begrenzten Anteils der Goldbestände des Fonds zu unterstützen, oder dass sie sich für eine parlamentarische Zustimmung zu einer solchen Entscheidung einsetzen werden.¹⁰ Parallel zu den grundsätzlich verabschiedeten Änderungen am Einkommens- und Ausgabenrahmen des Fonds änderte das Direktorium das Mandat des Haushaltsausschusses, damit dieser die Einnahmen- und Ausgabenseite zusammen in einem integrierten Rahmen prüfen kann.

Die Kommunikationsstrategie des IWF wurde im Geschäftsjahr 2008 ebenfalls im Exekutivdirektorium überprüft. Das Direktorium begrüßte die Anstrengungen, die ergriffen werden, um die Geschäftstätigkeit des Fonds besser mit seiner Kommunikationsarbeit abzustimmen und so Unterstützung für die Reformagenda des Direktoriums zu gewinnen. Im Rahmen dieser Strategie geht der Fonds verstärkt zu Internet- und Multimedialechnologie über und die Außenkontakte werden besser auf die wichtigsten Zielgruppen der Meinungsmacher ausgerichtet. Der IWF erweitert außerdem seine Außenkontakte, indem er systematisch wichtige Dokumente nicht nur in Englisch, sondern auch in anderen Sprachen veröffentlicht, die in der Arbeit des Fonds häufig benutzt werden, und indem er sein Publikationsprogramm neu ausrichtet.

Die institutionelle Transparenz des IWF ist nach wie vor sehr groß. Im Geschäftsjahr 2008 veröffentlichte der Fonds seine dritte jährliche Aktualisierung über die Umsetzung seiner Transparenzpolitik und wies darauf hin, dass die Veröffentlichung von Dokumenten zwar freiwillig ist, dass aber dennoch die überwältigende Mehrheit der Länderdokumente und Grundsatzpapiere veröffentlicht werden.

Das Direktorium setzte im Geschäftsjahr 2008 außerdem seine Bemühungen fort, das Risikomanagement-Regelwerk des Fonds zu verbessern. Es begrüßte in einem informellen Informationsgespräch im Januar die Aktualisierung des Beratungsausschusses für Risikomanagement und rief dazu auf, die Prioritätensetzung im Risikomanagement-Regelwerk zu verbessern und die Risiken, die sich aus der

Angabe falscher Informationen durch die Mitglieder ergeben, stärker zu prüfen. Der externe Prüfungsausschuss ließ in einer Direktoriumsunterrichtung im Januar verlauten, dass er die internen und externen Prüfungsverfahren des Fonds für zufrieden stellend hält, und er ermutigte den Fonds, Schritte zu unternehmen, um seine Finanzausweise übersichtlicher zu gestalten, Verfahren für die anonyme Anzeige von Mitarbeitern in Bezug auf Verstöße gegen Vorschriften einzuführen und den Beschwerdeprozess zu formalisieren.¹¹

Als Teil seiner Bemühungen zur Formalisierung des Regelwerks für die Rechenschaftspflicht des IWF forderte das Direktorium die Geschäftsführung des Fonds im Geschäftsjahr 2007 auf, Umsetzungspläne für die vom Direktorium gebilligten Empfehlungen in der Beurteilung des Unabhängigen Evaluierungsbüros (Independent Evaluation Office - IEO) zur Geschäftstätigkeit des Fonds vorzulegen und im Geschäftsjahr 2008 regelmäßig Prüfberichte über den Stand der Umsetzung zu erstellen. Bisher wurden drei Umsetzungspläne vorgelegt. Sie erfassen die vom Direktorium bestätigten Empfehlungen in der IEO-Evaluierung über die Hilfe des IWF an Afrika südlich der Sahara, die Beratungstätigkeit des Fonds im Bereich der Wechselkurspolitik und die strukturpolitischen Auflagen in IWF-unterstützten Programmen. Der erste Prüfbericht dieser Reihe, der im Geschäftsjahr 2008 veröffentlicht wurde, erfasste die Empfehlungen der IEO-Evaluierungen, die im Direktorium erörtert wurden, bevor das neue formalisierte Regelwerk eingesetzt wurde.

Mit dem Ziel, seine eigene Arbeit besser zu fokussieren, verabschiedete das Direktorium im Geschäftsjahr 2008 die Empfehlungen einer Arbeitsgruppe von Exekutivdirektoren, die einberufen worden war, um die Struktur und das Mandat der Direktoriumsausschüsse zu prüfen, und es änderte das Mandat einer Reihe dieser Ausschüsse entsprechend. Hervorzuheben unter den gebilligten Änderungen sind die oben bereits erwähnte Erweiterung des Mandats des Haushaltsausschusses und die Einsetzung eines Verbindungsausschusses für die Weltbank und andere internationale Organisationen, der das Direktorium über die Entwicklungen bei anderen Institutionen unterrichten soll, deren Arbeit die Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum betrifft.

Weitere Informationen über die Verwaltungsführung, Finanzlage und Organisation des Fonds finden sich in Kapitel 5.

ENTWICKLUNGEN IN DER WELTWIRTSCHAFT UND AN DEN FINANZMÄRKTEN



Die Entwicklung der Weltwirtschaft war im Geschäftsjahr 2008 geprägt vom Zusammenspiel drei starker Kräfte: Eine eskalierende Finanzkrise verlangsamte das Wachstum in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften, das Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern blieb sehr stark und der Inflationsdruck verstärkte sich weltweit, was teilweise auf die rapide steigenden Rohstoffpreise zurückzuführen war.

Insgesamt stieg das globale BIP, gemessen an Wechselkursen zu Kaufkraftparität (KKP), im Jahr 2007 um 4,9 Prozent und lag damit das vierte Jahr in Folge über dem Trendwachstum (Schaubild 2.1). Vom vierten Quartal an verlangsamte sich allerdings die Wirtschaftsaktivität in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere in den Vereinigten Staaten, wo die Krise auf dem Markt für bonitätsschwache Hypotheken einen breiten Fächer von Finanzmärkten und -instituten belastete. Das Wachstum verlangsamte sich in den Schwellen- und Entwicklungsländern zu Beginn des vierten Quartals 2007 zwar auch, es blieb jedoch im historischen Maßstab betrachtet in allen Regionen robust.

Die Devisenmärkte waren von den Entwicklungen an den Finanzmärkten ebenfalls betroffen. Der reale effektive Wechselkurs des US-Dollar ging ab Mitte 2007 stark zurück, da die Auslandsinvestitionen in Wertpapiere der Vereinigten Staaten durch die Abschwächung der Wachstumsaussichten und die erwarteten Zinssenkungen in den Vereinigten Staaten gedämpft wurden. Die Währungen einer Anzahl von Ländern mit großem Leistungsbilanzüberschuss – zum Beispiel China und die Öl exportierenden Länder im Nahen Osten – wurden nach wie vor gesteuert. Die wichtigste Gegenreaktion für die Abwertung des Dollar war die Aufwertung des Euro, des Yen und anderer frei schwankender Währungen, wie zum Beispiel der kanadische Dollar und einige Währungen von aufstrebenden Volkswirtschaften.

Die drastischen Preiserhöhungen bei Primärrohstoffen, insbesondere bei Nahrungsmitteln und Öl, haben die Gesamtinflation in fast allen Mitgliedsländern des Fonds nach oben gedrückt, was vor allem in den aufstrebenden Volkswirtschaften Übertragungswirkungen auf die Kerninflation mit sich brachte. Rapide steigende Nahrungsmittelpreise waren für einen Rückgang der Realeinkommen verantwortlich; dies betraf vor allem die Länder, in denen Lebensmittel einen größeren Teil des Konsumkorbs ausmachen. Während die Ölexporteure von den Rekordölpreisen profitierten, verschlechterten sich Handelsbilanz und Wachstumsaussichten in einigen Nettoölimportländern.

FORTGESCHRITTENE VOLKSWIRTSCHAFTEN

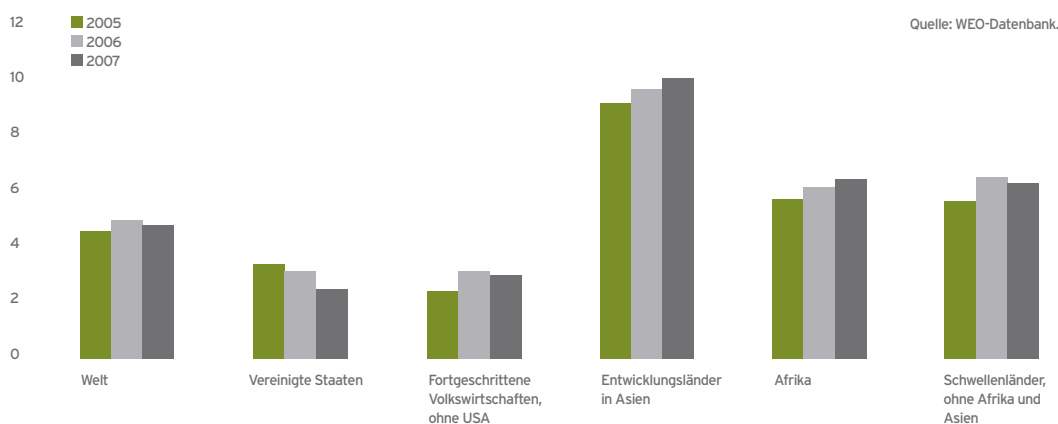
Die Übertragungswirkungen der Kreditverschlechterung, die sich auf dem amerikanischen Markt für zweitklassige Hypotheken bemerkbar machte, führten im August 2007 auf den Interbankenmärkten zu einer richtiggehenden Liquiditätskrise bei befristeten Finanzierungen. Bis Oktober 2007 hatten die wichtigsten Zentralbanken mit aggressiven Maßnahmen, wie etwa Liquiditätsspritzen für in Schwierigkeiten geratene Institute, für eine vorübergehende Beruhigung der Märkte gesorgt. Der Druck flammte jedoch wieder auf und wurde Ende 2007 noch stärker, als führende Finanzinstitute begannen, beträchtliche Verluste anzuzeigen. Diese waren insbesondere auf Risikopositionen gegenüber Wertpapieren, die mit zweitklassigen Hypotheken zusammenhängen, zurückzuführen. Die Marktlage verschlechterte sich durch Anzeichen einer Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten noch weiter. Die Ausbreitung der Krise setzte sich fort, weil die Sorgen über die systemischen Auswirkungen noch verschärft wurden durch eine Verschlechterung der Kreditqualität, einen Rückgang in der Bewertung strukturierter Kreditprodukte und eine unzureichende Marktliquidität, die mit einem breit angelegten Abbau der Fremdvverschuldung im Finanzsystem einherging.

Die Vereinigten Staaten blieben zwar das Epizentrum der Krise, aber die Finanzinstitute in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften waren aufgrund ihrer

SCHAUBILD 2.1

Reales BIP-Wachstum

(Prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr)



12 In IWF-Publikationen erfasst dieser Ausdruck Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, die Slowakische Republik, die Tschechische Republik, die Türkei und Ungarn.

Risikopositionen gegenüber strukturierten Krediten und – in unterschiedlichem Ausmaß – Schwächen in der Finanzaufsicht sowie in den Risikomanagementsystemen der Finanzinstitute ebenfalls betroffen. Die führenden Zentralbanken in den Vereinigten Staaten und Europa begegneten diesen Entwicklungen mit entschlossenen Maßnahmen zur Eindämmung der systemischen Risiken. Sie stellten durch bereits bestehende und neu geschaffene Kreditlinien in großem Umfang kurzfristige Finanzierungen zur Verfügung, da die Privatbanken sich aus den Interbankmärkten zurückzogen, und sie übernahmen die Rolle der Gegenparteien an den Märkten für befristete Finanzierungen, weil die Nichtbank-Finanzinstitute ihren Rückzug vom Markt antraten. Die Staatsfonds spielten bei der Eindämmung der Marktverwerfungen ebenfalls eine wichtige und zeitnahe Rolle, indem sie wichtigen Finanzinstituten beträchtliche Kapitalbeträge zur Verfügung stellten. Die Finanzsysteme waren gegen Ende des IWF-Geschäftsjahres aber immer noch einer großen Belastung ausgesetzt, was sich in anhaltenden Spannungen an den Interbankmärkten, hohen Kreditaufschlägen und darin zeigte, dass mit hoher Hebelwirkung arbeitende Investoren unter illiquiden Marktbedingungen Vermögenswerte veräußerten (Schaubild 2.2).

Die Zentralbanken in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften standen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß, vor dem Dilemma eines steigenden Inflationsdrucks bei gleichzeitiger Eintrübung der Wachstumsaussichten, wobei die Erlangung des richtigen Gleichgewichts von den jeweiligen Umständen in den einzelnen Ländern und Regionen abhing. Eine Anzahl von Zentralbanken lockerte die Geldpolitik. Am stärksten war dies in den *Vereinigten Staaten* der Fall, wo die Zentralbank Federal Reserve zwischen August 2007 und April 2008 den Satz für Tagesgeld um 300 Basispunkte senkte. Die Wirtschaftsaktivität ging in den Vereinigten Staaten im vierten Quartal 2007 stark zurück, und Konsum und Unternehmensinvestitionen brachen angesichts der verschlechterten Stimmung und der verschärften Kreditbedingungen ein. Das Wachstum betrug im Jahr 2007 nur 2,2 Prozent, ein Rückgang gegenüber 3 Prozent 2006, und es fiel im ersten Quartal 2008 noch weiter, auf etwa 1 Prozent, da die Korrektur auf dem Häusermarkt der Vereinigten Staaten zu einem Rückgang bei den Investitionen in Wohnimmobilien führte und der Konsum der privaten Haushalte deutlich zurückging. Steigende Ölpreise führten Ende 2007 und Anfang 2008 zu einer Abschwächung des Konsums und zu einer Erhöhung der zwölfmonatigen Gesamtinflation auf über 4 Prozent. Die Abschwächung der Wachstumsaussichten in den Vereinigten Staaten im Vergleich zu den Handelspartnern und die Erwartung von Zinssenkungen dämpften die Auslandsinvestitionen in US-Wertpapiere, was den Dollar unter Abwärtsdruck setzte. Die Abwertung des Dollar gegenüber dem Euro, dem Yen und anderen frei schwankenden Währungen, wie zum Beispiel der kanadische Dollar und die Währungen einiger Schwellenländer, förderte die Nettoexporte, die

einzigste Stärke der US-Wirtschaft, und das Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten ging etwas zurück, auf 5,3 Prozent des BIP im Jahr 2007. (Schaubild 2.3 zeigt die Leistungsbilanzsalden der einzelnen Länder und Regionen als Prozentsatz des Welt-BIP.)

Den größten Teil von 2007 und Anfang 2008 wuchs die Wirtschaftsaktivität in den *fortgeschrittenen europäischen Volkswirtschaften* weiterhin in einem robusten Tempo. Die starke Inlandsnachfrage wurde angetrieben durch stetiges Beschäftigungswachstum und steigende Investitionen. Der Euroraum als Ganzes verzeichnete 2007 ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent und erreichte damit fast die hohe Wachstumsrate des Jahres 2006, und im Vereinigten Königreich lag das Wachstum trotz der Spannungen im Bankensektor bei 3,1 Prozent. Im ersten Quartal 2008 beschleunigte sich das Wachstum im Euroraum trotz der Eintrübung der Verbraucher- und Geschäftsstimmung im Anschluss an die Verwerfungen im Finanzsektor, trotz der Auswirkungen der steigenden Ölpreise auf das reale verfügbare Einkommen und trotz der Aufwertung des Euro und der Abschwächung im Exportmarkt auf fast 3 Prozent. Die britische Zentralbank Bank of England reagierte auf die schwächeren Wachstumsaussichten mit einer Senkung der Zinssätze, die Europäische Zentralbank ließ die Leitzinsen dagegen unverändert.

Japans Volkswirtschaft blieb im ersten Quartal von 2008 weitgehend robust gegenüber dem globalen Konjunkturabschwung. Das BIP-Wachstum lag 2007 bei 2,1 Prozent und beschleunigte sich im ersten Quartal von 2008, angetrieben von hohen Nettoexporten und Unternehmensinvestitionen, auf 3,3 Prozent. Japans außenwirtschaftlicher Überschuss blieb hoch. Die Konjunktur kühlte sich allerdings im zweiten Quartal von 2008 etwas ab und die japanische Zentralbank Bank of Japan ließ die Zinssätze unverändert.

SCHWELLEN- UND ENTWICKLUNGSLÄNDER

Im Geschäftsjahr 2008 profitierten die Finanzbedingungen in den meisten aufstrebenden Marktwirtschaften weiterhin von den verbesserten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten in diesen Ländern und von solideren Bilanzen im öffentlichen Sektor. Einige Länder, insbesondere die *Schwellenländer Europas*¹², in denen das inländische Kreditwachstum durch externe Finanzierung und große Leistungsbilanzdefizite angetrieben wurde, gerieten jedoch unter Marktdruck. Die öffentlichen Schuldtitel der Schwellenländer blieben zwar weitgehend robust gegenüber den Finanzturbulenzen in den reifen Volkswirtschaften und die Kreditvergabe der Banken blieb bis zum vierten Quartal 2007 stark, aber die Ausgabe von Unternehmensanleihen ging in den Schwellenländern im dritten Quartal von 2007 beträchtlich zurück und blieb Anfang 2008 gedämpft, während die Finanzierungskosten anstiegen (Schaubild 2.4).

Das Wachstum in den *europäischen Schwellenländern* ging 2007 um fast einen ganzen Prozentpunkt auf

SCHAUBILD 2.2

Aufschläge auf den Dreimonats-LIBOR gegenüber dem Übernacht-Index-Swap (In Basispunkten)

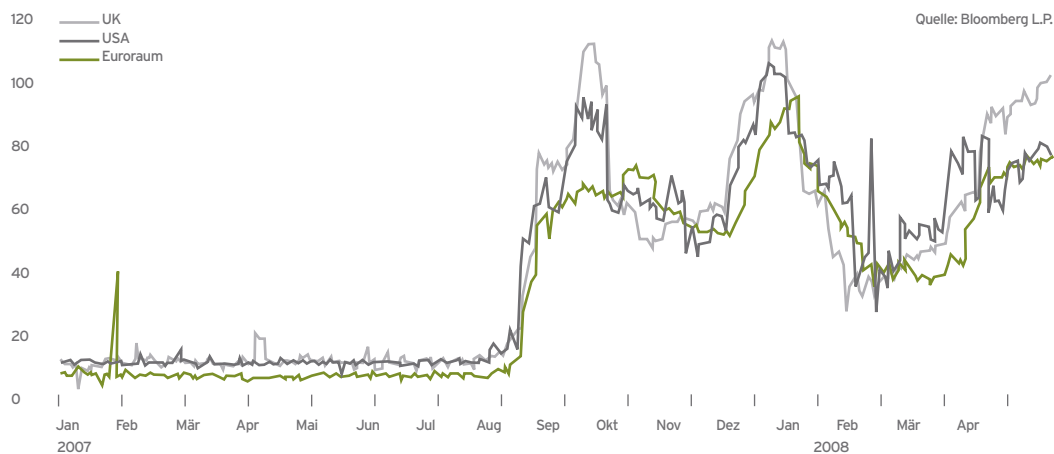
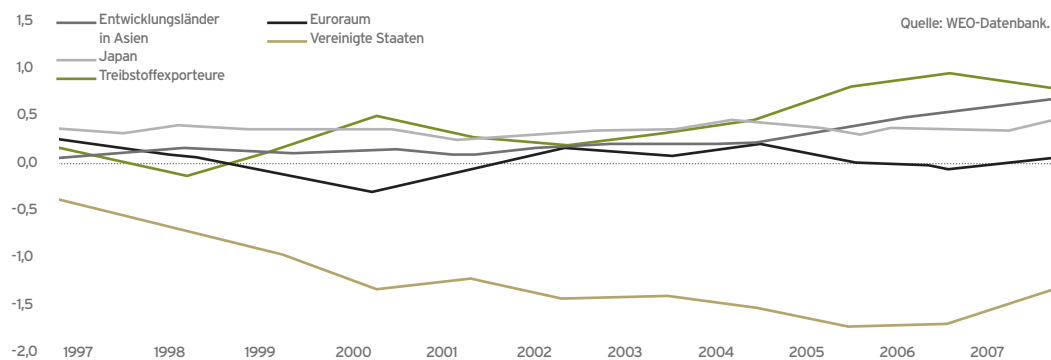


SCHAUBILD 2.3

Saldo der Leistungsbilanz (Prozent des Welt-BIP)



13 Die Gruppe wurde 1991 von 12 ehemaligen Sowjetrepubliken gegründet: Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, die Kirgisische Republik, die Republik Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan.

5,7 Prozent zurück, übertraf jedoch das sechste Jahr in Folge das Wachstum in den fortgeschrittenen europäischen Volkswirtschaften. In den meisten europäischen Schwellenländern wurde das Wachstum weiterhin von einer hohen Binnennachfrage angetrieben, die im Jahr 2007 die Produktion wieder beträchtlich überstieg. Das führte dazu, dass sich das Leistungsbilanzdefizit der Region auf 6,7 Prozent des BIP ausweitete. Die Nachfrage wurde nach wie vor durch starkes Kreditwachstum gestützt, das durch Kapitalzuflüsse und in vielen Ländern durch kräftige Lohnzuwächse angetrieben wurde, die auf die gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen waren. Der Inflationsdruck erhöhte sich insbesondere gegen Ende des Jahres aufgrund der steigenden Lebensmittel- und Energiepreise und der zunehmenden Arbeitskosten. Die meisten Zentralbanken in den aufstrebenden Volkswirtschaften verschärften als Reaktion auf den zunehmenden Inflationsdruck die Geldpolitik.

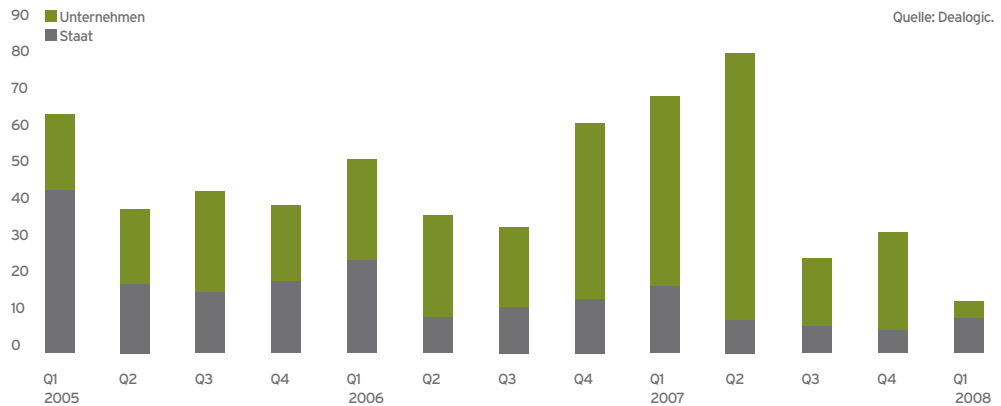
Das reale BIP-Wachstum lag 2007 in der *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*¹³ bei 8,5 Prozent, weil hohe Rohstoffpreise, eine expansive Wirtschaftspolitik, starke Kapitalzuflüsse während des größten Teils des Jahres, rasches Kreditwachstum und steigende Vermögenspreise zu einem starken Wachstum der Binnennachfrage führten.

Das Wachstum in den *aufstrebenden Ländern Asiens* blieb während des Jahres 2007 stark, selbst wenn es einige Anzeichen für eine Abschwächung gab, hauptsächlich Anfang 2008. Die außenwirtschaftlichen Überschüsse blieben hoch. China verzeichnete das stärkste Wachstum, wo die Produktion 2007 um 11,4 Prozent zunahm (im Jahresvergleich). Es wurde angetrieben durch Konsum, starke Investitionszunahme und Nettoexporte. In Indien ging das Wachstum in der zweiten Hälfte von 2007 geringfügig auf 8,5 Prozent zurück (im Jahresvergleich), da sich der Konsum als Reaktion auf eine Verschärfung der Geldpolitik

SCHAUBILD 2.4

Externe Anleiheemissionen der Schwellenmärkte

(Milliarden US-Dollar)



14 Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate.

trotz anhaltend hoher Investitionen abkühlte. Die hohe Binnennachfrage in der Region führte im Verbund mit steigenden Lebensmittel- und Energiepreisen in einer Reihe von Ländern zu mehr Inflationsdruck.

Die Wirtschaftsleistung in *Lateinamerika und der Karibik* wuchs 2007 um robuste 5,6 Prozent, etwas mehr als 2006. Die Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten dämpfte das Wachstum im Nachbarland Mexiko; das Wachstum in Mittelamerika und in den Rohstoff exportierenden Ländern Südamerikas blieb jedoch stark, während es sich in Brasilien angesichts der anhaltend sinkenden realen Zinsen und der hohen Beschäftigung beträchtlich beschleunigte. Ein Anstieg der Binnennachfrage war der wichtigste Antrieb für das Wachstum in der Region. Aufgrund der in einigen Ländern festzustellenden hohen Kapazitätsauslastung und der steigenden Lebensmittelpreise gingen die Leistungsbilanzüberschüsse zurück und die Inflation beschleunigte sich.

Gestützt auf die längste Periode von stetigem Wirtschaftswachstum seit der Unabhängigkeit legte die Wirtschaftsleistung in *Afrika südlich der Sahara* 2007 um 6,8 Prozent zu. Diese Entwicklung wurde durch das sehr starke Wachstum in den Öl exportierenden Ländern angetrieben und gestützt durch eine robuste Expansion in den anderen Volkswirtschaften der Region. In den Ländern, die kein Öl exportieren, stieg die Wirtschaftsleistung vor allem dank Binnennachfrage

und Investitionen – ein Ergebnis der Verbesserungen in der makroökonomischen Stabilität und der in den meisten Ländern durchgeführten Reformen.

Das Wachstum im *Nahen Osten* blieb ebenfalls stark und erreichte 2007 einen Wert von 5,8 Prozent. Die Steigerung der Ölproduktion war zwar begrenzt, hohe internationale Ölpreise ermöglichten in den Exportländern jedoch höhere öffentliche Ausgaben und eine starke Expansion der Kreditvergabe an den Privatsektor. Trotz gestiegener Binnenausgaben und Importe verringerten sich die großen Leistungsbilanzüberschüsse in den Öl exportierenden Ländern nur geringfügig – auf etwa 22,8 Prozent des BIP – da höhere Ölpreise für größere Exporterlöse sorgten. Diese Länder hielten an ihren Währungssystemen mit Wechselkursanbindung oder -steuerung fest. Das Wachstum war in einigen Ländern der Region, die kein Öl exportieren, sogar noch stärker und wurde angetrieben von Handel, Finanzauswirkungen der Öl exportierenden Länder sowie von heimischen Reformen. Der Inflationsdruck stieg in den Ländern des Golf-Kooperationsrats beträchtlich¹⁴. Das war zurückzuführen auf eine starke Binnennachfrage, steigende Lebensmittelpreise, Angebotsengpässe auf dem Immobilienmarkt, die zu höheren Mieten führten, sowie Zinssenkungen (um den Entwicklungen in den führenden fortgeschrittenen Volkswirtschaften zu folgen, wie es unter den Wechselkursanbindungen der Länder des Golf-Kooperationsrats erforderlich ist).

ÜBERWACHUNG ZUR FÖRDERUNG VON MAKROÖKONOMISCHER UND FINANZIELLER STABILITÄT UND WACHSTUM



Überwachung ist der Kern des IWF-Mandats. Der IWF ist nach dem IWF-Übereinkommen für die Überwachung des internationalen Währungssystems verantwortlich, um Schwachstellen aufzudecken, die dessen Stabilität unterwandern können. Im Rahmen dieses Mandats überwacht der IWF die Wirtschaftspolitik seiner 185 Mitgliedsländer, erstellt Analysen und bietet Politikberatung, die auf die besonderen Umstände der einzelnen Länder zugeschnitten ist (die so genannte bilaterale Überwachung). Des Weiteren überwacht er die wirtschaftlichen Bedingungen und Entwicklungen an den internationalen Kapitalmärkten und beurteilt die globalen Auswirkungen wichtiger wirtschaftlicher und finanzieller Entwicklungen, wie zum Beispiel die Bedingungen auf den Ölmärkten oder außenwirtschaftliche Ungleichgewichte (multilaterale Überwachung). Diese Tätigkeiten werden ergänzt durch die IWF-Überwachung der regionalen Institutionen, die für die Geld- und Wirtschaftspolitik einer Ländergruppe zuständig sind, die durch formelle Vereinbarungen, wie zum Beispiel Währungsunionen, aneinander gebunden sind (regionale Überwachung; siehe Kasten 3.1).

Angesichts der außergewöhnlichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten, der dramatischen Verlangsamung des Wachstums in einigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften und der drastischen Erhöhung der Weltpreise für Lebensmittel und Öl im Geschäftsjahr 2008 intensivierte das Exekutivdirektorium des IWF seine Anstrengungen zur weiteren Stärkung und Modernisierung der Überwachungstätigkeit des Fonds.¹⁵

¹⁵ Im Juni 2008 forderte die G-8 den IWF auf, gemeinsam mit der Internationalen Energieagentur und geeigneten nationalen Behörden die realen und finanziellen Ursachen für die drastischen Steigerungen der Öl- und Rohstoffpreise, die Volatilität dieser Preise und die Auswirkungen der Preissteigerungen auf die Weltwirtschaft zu untersuchen und die Ergebnisse im Oktober 2008 bei der Jahrestagung von IWF und Weltbank vorzulegen.

Die Entscheidung des Fonds von 2007 zur bilateralen Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder enthält einen Grundsatz, der den Mitgliedern empfiehlt, Wechselkursmaßnahmen zu vermeiden, die zu außenwirtschaftlicher Instabilität führen, unabhängig von dem Zweck der betreffenden Maßnahme. Dieser Grundsatz bedeutet, dass die Länder sich zu Politikmaßnahmen verpflichten, die mit der außenwirtschaftlichen Stabilität im Einklang stehen.

KASTEN 3.1

Die Überwachungstätigkeit des Fonds

Bilaterale Überwachung. Wenn ein Land dem IWF beitrifft, verpflichtet es sich unter Artikel IV des IWF-Übereinkommens zu einer Politik, die geordnetem Wirtschaftswachstum und Preisstabilität förderlich ist, und zur Vermeidung von Wechselkursmanipulationen, die auf einen unfairen Wettbewerbsvorteil abzielen. Das Land verpflichtet sich außerdem, dem IWF zutreffende und zeitnahe Daten über seine Volkswirtschaft zu übermitteln. Der IWF hat nach Artikel IV das Mandat sicherzustellen, dass die Mitglieder diesen Verpflichtungen nachkommen, und er erfüllt diese Aufgabe durch die ständige Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder. Er steht in ständigem Kontakt mit den nationalen Behörden von seinem Hauptsitz in Washington, D.C. und entsendet gewöhnlich einmal pro Jahr Stabteams in die einzelnen Mitgliedsländer. (Zwischen diesen formellen Besuchen, den so genannten Artikel-IV-Konsultationen, finden häufig informelle Stabsbesuche statt.) Während einer Artikel-IV-Konsultation analysiert das IWF-Team wirtschaftliche und finanzielle Daten und erörtert mit Regierungs- und Zentralbankbeamten die wirtschaftlichen Entwicklungen seit der vorhergehenden Konsultation, die Wechselkurs-, Geld-, Fiskal- und Finanzsektorprioritäten des Landes sowie andere Politikmaßnahmen, die direkte Auswirkungen auf die binnen- und außenwirtschaftliche Stabilität haben. Das Team kann sich auch mit Parlamentariern und Vertretern von Nichtregierungs-Organisationen, zum Beispiel Gewerkschaften, Universitäten und Finanzmarktteilnehmern, treffen. Es erstellt ein Dokument, das die Ergebnisse und Politikberatung zusammenfasst und anschließend den nationalen Behörden übergeben wird, die dann auf Wunsch das Dokument veröffentlichen können. Das Team legt dem Exekutivdirektorium außerdem einen Bericht zur Prüfung und Diskussion vor. Diese Aussprache schließt die Artikel-IV-Konsultation formell ab und es wird eine Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache an die Regierung des betreffenden Landes übermittelt. Durch diese gleichberechtigte gegenseitige Beurteilung bietet die internationale Gemeinschaft Politikberatung für die einzelnen Mitglieder. Die Lehren, die aus den internationalen Erfahrungen gezogen werden, können für die nationalen Politikmaßnahmen genutzt werden. Wenn das Mitgliedsland zustimmt, wird der vollständige Artikel-IV-Konsultationsbericht zusammen mit einer Öffentlichen Informationsmitteilung (Public Information Notice - PIN), die die Direktoriums Aussprache zusammenfasst, im Internetauftritt des IWF veröffentlicht.

In den Artikel-IV-Konsultationen zeigt der IWF die Stärken und Schwächen der Politikmaßnahmen so-

wie mögliche Anfälligkeiten auf und berät die Länder gegebenenfalls in Bezug auf geeignete Korrekturmaßnahmen. Diese systematischen und regelmäßigen Direktoriumsprüfungen der einzelnen Mitgliedsländer werden ergänzt durch häufige informelle Sitzungen. Die Länder können auch auf freiwilliger Basis am Programm zur Bewertung des Finanzsektors (Financial Sector Assessment Program - FSAP) teilnehmen oder Berichte über die Einhaltung von Standards und Kodizes (Report on the Observance of Standards and Codes - ROSC) zu anderen Bereichen beantragen. Die Ergebnisse dieser Beurteilungen sind ein wichtiger Bestandteil der Überwachung.

Multilaterale Überwachung. Aufgrund der Verbindungen zwischen den nationalen Volkswirtschaften und den Finanzsystemen sowie zwischen der internationalen Wirtschaft und den Finanzmärkten überwacht der Fonds die internationalen Wirtschafts- und Finanzentwicklungen und -aussichten um sicherzustellen, dass das internationale Währungs- und Finanzsystem reibungslos funktioniert, und um Schwachstellen aufzudecken, die seine Stabilität untergraben können. Die multilaterale Überwachung erfolgt durch die Direktoriums Aussprachen über den zweimal pro Jahr veröffentlichten Weltwirtschaftsausblick (*World Economic Outlook* - WEO), der die Stabsanalyse über die Aussichten der Weltwirtschaft und die für die einzelnen Länder geeigneten Politikmaßnahmen enthält, sowie über den Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems (*Global Financial Stability Report* - GFSR), der sich auf die Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten sowie auf die Risiken, mit denen sie konfrontiert sind, konzentriert. Das Direktorium führt außerdem informelle Diskussionen über die Entwicklungen in der Weltwirtschaft und an den Finanzmärkten, während der IWF-Stab ständig die Entwicklungen an den reifen und entstehenden Finanzmärkten sowie die Entwicklungen der Weltwirtschaft überwacht.

Regionale Überwachung. Die bilaterale und multilaterale Überwachung wird ergänzt durch die regionale Überwachung formeller Vereinbarungen, wie zum Beispiel Währungsunionen, bei denen die Mitglieder Zuständigkeiten für die Geld- und Wechselkurspolitik an regionale Institutionen abgetreten haben. Des Weiteren wird sie ergänzt durch regionale Wirtschaftsaussichten, die grenzüberschreitende Erkenntnisse für Länder mit regionalen Verbindungen aufführen.

16 Siehe „IMF Executive Board Holds Seminar on Globalization, Financial Markets, and Fiscal Policy“, PIN 08/28, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0828.htm.

17 Der WEO ist verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/02/index.htm. Private Kapitalzuflüsse können zwar langfristig Vorteile mit sich bringen, wenn sie gut eingesetzt werden, sie bergen jedoch auch beträchtliche Risiken für die makroökonomische Stabilität. Die geeignete Politikreaktion auf große Kapitalzuflüsse hängt von den jeweiligen länderspezifischen Umständen und der Art der Zuflüsse ab. Die wichtigste Lehre aus einer umfassenden länderübergreifenden Analyse der Politikreaktionen der letzten zwanzig Jahre besteht darin, dass eine Verstärkung der öffentlichen Ausgaben – an Stelle von übermäßigen Ausgaben in Zeiten mit hohen Kapitalzuflüssen – dazu beitragen kann, die negativen Auswirkungen großer Zuflüsse abzuschwächen.

18 Siehe „IMF Executive Board Adopts New Decision on Bilateral Surveillance Over Members' Policies“, PIN 07/69, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0769.htm. Die Entscheidung findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0769.htm#decision.

19 Unter dem Bretton-Woods-System, das 1944 geschaffen wurde, verpflichteten sich die Zentralbanken der Länder, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, einen festen Wechselkurs zwischen ihrer Währung und dem Dollar zu halten, wobei der Dollar zu einem festen Preis von 35 \$ pro Unze in Gold konvertierbar war. Das Bretton-Woods-System brach 1971 zusammen, als die Vereinigten Staaten den Handel mit Gold zu einem festen Preis aufgaben.

Im Juni 2007 verabschiedete das Direktorium ein neues umfassenderes Regelwerk zur bilateralen Überwachung, das das seit 1977 bestehende Regelwerk ersetzte. Das Direktorium bekräftigte außerdem die Anstrengungen, die darauf zielen, die Kenntnisse über die Verbindungen zwischen den nationalen Volkswirtschaften und der Weltwirtschaft sowie zwischen den Finanzmärkten und der Realwirtschaft zu verbessern. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um das Vertrauen in die globalen Finanzmärkte sowie ihre Stabilität wieder herzustellen und um die globalen Konjunkturaussichten zu verbessern. Des Weiteren wurden neue Initiativen eingeleitet, wie zum Beispiel die Koordinierung der Arbeit zur Entwicklung freiwilliger Grundsätze für Staatsfonds (siehe unten).

Das Direktorium unternahm außerdem Schritte, um die Kenntnisse des Fonds über die Verbindungen zwischen fiskalischen und finanziellen Faktoren zu vertiefen. Es veranstaltete im Februar 2008 ein Seminar zur Frage, wie die Fiskalpolitik dazu beitragen kann, dass die Länder die Vorteile der Globalisierung und der vergrößerten Finanzmarkt-tiefe nutzen können. (Kasten 3.2).¹⁶

BILATERALE ÜBERWACHUNG

Im Geschäftsjahr 2008 schloss das Exekutivdirektorium 123 Artikel-IV-Konsultationen ab (siehe CD-Tabelle 3.1 auf der CD-ROM). Es legte außerdem den Schwerpunkt darauf, die globale Perspektive des Fonds zu stärken und die Ergebnisse des WEO und des GFSR, die beiden wichtigsten Instrumente des Fonds zur multilateralen Überwachung (siehe unten), besser in die bilaterale Überwachung zu integrieren. Eine weitere Aufgabe bestand darin, die Analyse der Verbindungen zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzsektor und die Untersuchung der Übertragungswirkungen zwischen den nationalen Volkswirtschaften und der internationalen Wirtschaft zu verbessern. Der WEO vom April 2008 beschrieb zum Beispiel drei Verteidigungslinien, die die Länder zum Schutz gegen die Auswirkungen der Marktturbulenzen anwenden können: eine Kombination aus Lockerung der Geldpolitik, Konjunkturimpuls und öffentlichen Mitteln kann eine ergänzende Rolle spielen, um die Nachfrage zu stützen und die negative Wechselwirkung zwischen Finanzmärkten und Realwirtschaft zu begrenzen. Der WEO vom Oktober 2007 beschäftigte sich mit

den geeigneten Politikreaktionen auf große Kapitalzuflüsse.¹⁷ Außerdem wird die regionale Dimension für die bilaterale Politikdiskussion des Fonds immer wichtiger und Fachdokumente zu ausgewählten Themen sowie Stabsberichte konzentrieren sich stärker auf die regionalen Übertragungswirkungen und auf länderübergreifende Erfahrungen.

Die Wechselkursüberwachung ist eine der Hauptaufgaben des IWF. Der Fonds hat sich ständig bemüht, sein Regelwerk zur Beurteilung der Wechselkurse zu verbessern und es an die grundlegenden makroökonomischen und finanziellen Entwicklungen in den Mitgliedsländern anzupassen. Das Exekutivdirektorium aktualisierte am 15. Juni 2007 nach einer einjährigen Überprüfung sein Überwachungsregelwerk.¹⁸ Die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder ist viel breiter und umfassender als die Entscheidung von 1977 zur Überwachung der Wechselkurspolitik, die im Anschluss an den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems verabschiedet wurde und durch die neue Entscheidung ersetzt wird.¹⁹ Die neue Entscheidung setzt klare Erwartungen und sollte deshalb die Qualität, Ausgewogenheit und Wirksamkeit der IWF-Überwachung verbessern. Sie klärt und konkretisiert außerdem die Frage, welche Wechselkursmaßnahmen die Länder vermeiden sollten und wann diese Maßnahmen die internationale Gemeinschaft betreffen. Einige Höhepunkte der neuen Entscheidung werden in Kasten 3.3 beschrieben.

Die wichtigen operativen Aspekte zur Umsetzung der Entscheidung von 2007 werden zurzeit geklärt, unter anderem durch einen Meinungsaustausch der Exekutivdirektoren über die Begriffe und Methodiken zur Beurteilung der außenwirtschaftlichen Stabilität, zur Analyse der Wechselkurse und Leistungsbilanzpositionen sowie zur Beurteilung der Wechselkurspolitik. Die diesbezügliche Überwachungsrichtlinie an den Stab wird voraussichtlich im Geschäftsjahr 2009 aktualisiert. In einem informellen Seminar gegen Ende des Geschäftsjahres 2008 begann das Direktorium eine Überprüfung des Systems und der Methodik zur Klassifizierung der De-facto-Wechselkursregime der Mitglieder, um die Definitionen der verschiedenen Kategorien zu klären und operationellere und eindeutige Kriterien für ihre Anwendung festzulegen. Diese Diskussionen finden ihren Niederschlag im diesjährigen Jahresbericht über Wechselkursregelungen und

KASTEN 3.2

Globalisierung, Finanzmärkte und Fiskalpolitik

Im Februar 2008 erörterte das Exekutivdirektorium ein von der Abteilung Fiskalpolitik vorgelegtes Papier zum Thema „Globalisierung, Finanzmärkte und Fiskalpolitik“.¹ Das Seminar prüfte die Frage, wie die Fiskalpolitik dazu beitragen kann, dass die Länder die Vorteile der Globalisierung und der vergrößerten Finanzmarkttiefe nutzen können.

Die Auswirkungen der Globalisierung auf die öffentlichen Finanzen.

Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass die öffentlichen Einnahmen trotz des allgemeinen Trends zu niedrigeren Steuersätzen – bei der Körperschaftssteuer – bis vor kurzem hoch waren. Sie räumten zwar ein, dass Steuerwettbewerb gesund sein kann, wiesen jedoch auch darauf hin, dass stetig steigende Steuereinnahmen keine Selbstverständlichkeit sind und dass ein schädlicher Steuerwettbewerb die öffentlichen Einnahmen der Mitglieder unterwandern kann. Auf der Ausgabenseite kann die Globalisierung wegen des steigenden Bedarfs an sozialer Sicherung und steigender Investitionen in Humankapital und physisches Kapital zu Aufwärtsdruck führen. Die Exekutivdirektoren riefen ebenfalls dazu auf, den Eventualverbindlichkeiten im Finanzsektor mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sie stellten fest, dass zeitnahe Interventionsstrategien zur präventiven Umstrukturierung von bedrohten Finanzinstituten die von der öffentlichen Hand letztendlich zu tragenden Kosten reduzieren können, dass solche Strategien aber keine Erwartungen hinsichtlich öffentlicher Rettungsaktionen für Finanzinstitute schaffen dürfen. Das Direktorium ließ verlauten, dass der Einsatz der Fiskalpolitik insoweit gerechtfertigt ist als die Globalisierung und Vergrößerung der Finanzmarkttiefe Druck auf die öffentlichen Finanzen ausüben. Das bedeutet nicht zwangsläufig eine Verschärfung der Fiskalpolitik, sondern die Fiskalpolitik sollte durch den nötigen Spielraum auf der Einkommens- und Ausgabenseite dazu in die Lage versetzt werden, flexibel auf den Druck zu reagieren.

Marktzugang. Größerer Zugang zu externer Marktfinanzierung kann die Haushaltsdisziplin sowohl stärken als auch schwächen. Der Einfluss der Marktdisziplin auf die Fiskalpolitik kann durch größere Transparenz und eine glaubwürdige politische Verpflichtung zu einer soliden Fiskalpolitik gestärkt werden. Die Globalisierung und Vergrößerung der Finanzmarkttiefe kann es Ländern mit einer soliden Politik erleichtern, im Ausland Kredite in Inlandswährung aufzunehmen und damit die Schuldentoleranz erhöhen.

Fiskalpolitik bei höheren Kapitalströmen. Die Globalisierung und Vergrößerung der Finanzmarkttiefe haben die Effektivität der Fiskalpolitik verändert und zu höheren Kapitalströmen geführt. Die stabilisierende Rolle der Fiskalpolitik als Reaktion auf Kapitalzuflüsse hängt von den länderspezifischen Umständen ab. Wenn große Kapitalzuflüsse die Gesamtnachfrage erhöhen und der Spielraum für den Einsatz der Geldpolitik begrenzt ist, kann eine Verschärfung der Fiskalpolitik angemessen sein. In einigen Fällen ist es jedoch auch möglich, dass die Anpassung hauptsächlich durch den realen Wechselkurs oder durch vorübergehende Kapitalkontrollen erfolgt, selbst wenn die Fiskalpolitik auch in diesen Fällen noch nützlich sein kann. Einige Direktoren stellten jedoch fest, dass die Fiskalpolitik aufgrund der großen Zeitverzögerung bei der Umsetzung von fiskalpolitischen Maßnahmen möglicherweise nicht das beste Instrument zur Bewältigung von beträchtlichen Umschwüngen in den Kapitalströmen ist.

Übertragungswirkungen. Die Globalisierung verstärkt die Übertragungswirkungen von fiskalpolitischen Maßnahmen. Mehrere Direktoren sprachen sich deshalb dafür aus, die internationale politische Zusammenarbeit in einigen Bereichen zu stärken, mehrere andere Direktoren sprachen sich jedoch dagegen aus, ein neues IWF-Mandat für Koordinierungsmaßnahmen einzuführen.

1 Das Dokument ist verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/hp/pp/2007/eng/111607a.pdf.

Die Richtlinie zur Überwachung (veröffentlicht im Mai 2005) enthält Anleitungen für den IWF-Stab zur Durchführung der bilateralen Überwachung. Sie berücksichtigt die Entwicklung im Laufe der Zeit und die Schlussfolgerungen der Zweijahresüberprüfung der Überwachung von 2004. Die Richtlinie erfasst sowohl den Inhalt (insbesondere die Auswahl der Themen, die in den Artikel-IV-Konsultationen behandelt werden sollten und die Qualität, mit der Themen behandelt werden, die in den Direktoriatsüberprüfungen der Überwachung besondere Aufmerksamkeit erhielten) als auch die Modalitäten der Überwachung. Sie enthält außerdem Anleitungen zu der Frage, wie Themen, die sich auf die Artikel VIII und XIV beziehen, in den Artikel-IV-Konsultationen behandelt werden sollten. Dabei geht es um Zahlungs- und Überweisungsbeschränkungen im internationalen Leistungsverkehr sowie um multiple Kurspraktiken. Die Richtlinie gibt ferner Anleitungen zur Behandlung von anderen Themen, die rechtlich nicht von der Überwachung nach Artikel IV erfasst werden, aber nach Anweisung des Exekutivdirektoriums dennoch in den Artikel-IV-Konsultationen angesprochen werden sollten. Die Mitglieder sind nach Artikel IV im Rahmen der Überwachung nicht verpflichtet, in diesen Bereichen Informationen bereitzustellen oder bestimmte Politikmaßnahmen zu ergreifen.

KASTEN 3.3

Die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder

Die neue Entscheidung erweitert die Entscheidung von 1977 in mehreren wichtigen Bereichen und klärt das Überwachungs-Regelwerk, das im IWF-Übereinkommen aufgeführt wird (den Mitgliedern werden also keine neuen Verpflichtungen auferlegt):

- Der Begriff der außenwirtschaftlichen Stabilität wird als Organisationsprinzip in die bilaterale Überwachung eingeführt und erfasst sowohl die Leistungs- als auch die Vermögensübertragungsbilanz der Zahlungsbilanz.
- Die wesentlichen Modalitäten einer wirksamen Überwachung werden festgelegt. Dazu gehören die Bereitschaft zur Kooperation, Dialog und Überzeugungsarbeit sowie die Notwendigkeit von Offenheit und Ausgewogenheit. Des Weiteren wird betont, dass die jeweiligen Länderumstände angemessen berücksichtigt werden müssen und dass eine multilaterale und mittelfristige Perspektive erforderlich ist.
- Der Begriff der Wechselkursmanipulation zur Erzielung eines unfairen Wettbewerbsvorteils gegenüber anderen Mitgliedern wird geklärt – diese Manipulation ist unter Artikel IV des IWF-Übereinkommens verboten – und diese Vorgehensweise wird mit dem Begriff einer fundamentalen Wechselkursfehlpassung in Beziehung gebracht.

- Die Mitglieder erhalten umfassendere Anleitungen für die Durchführung der Wechselkurspolitik um sicherzustellen, dass unabhängig von ihrem Zweck alle Politikmaßnahmen erfasst werden, die außenwirtschaftliche Instabilität verursachen können. Der IWF erhält Anleitungen für die Durchführung der Überwachung.

Das Exekutivdirektorium bestätigte die vom IWF-Stab vorgelegte Definition für den Begriff der fundamentalen Wechselkursfehlpassung. Es betonte jedoch, dass bei der Anwendung dieses Begriffs Vorsicht geboten ist, dass die beträchtlichen Messungsunsicherheiten entsprechend zu berücksichtigen sind und dass die Schätzungen der Fehlanpassungen sorgfältiges Urteilsvermögen erfordern. In der Praxis sollte ein Wechselkurs nur dann als fundamentale Fehlanpassung eingeschätzt werden, wenn die Fehlanpassung beträchtlich ist. Außerdem sollte bei der Beantwortung der Frage, ob eine fundamentale Fehlanpassung vorliegt, im Zweifelsfall zugunsten der Behörden entschieden werden. Das Direktorium ließ außerdem verlauten, dass die Beurteilung der Fehlanpassung ausgewogen erfolgen sollte, unabhängig von der Art des Wechselkursregimes und der Größe der Volkswirtschaft, und eine Anzahl von Direktoren betonten, dass die Beurteilung der Fehlanpassung marktempfindliche Informationen enthalten kann und deshalb bei der Vermittlung dieser Daten die nötige Vorsicht geboten ist.

20 Der diesem Bericht beigelegte Anhang II „Financial operations and transactions“ enthält in Tabelle II.9 „De facto classification of exchange rate regimes and monetary policy framework“ eine kurze Zusammenfassung der Wechselkursregime der Mitglieder. Der Anhang findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/ar/2008/eng/index.htm.

Devisenbeschränkungen (*Annual Report on Exchange Arrangements and Exchange Restrictions* – AREAER), den der Fonds seit 1950 veröffentlicht. Der AREAER wird in Konsultation mit den Behörden der Mitgliedsländer erstellt, basiert jedoch auf dem unabhängigen Urteil des Stabs. Der Bericht enthält eine umfassende Beschreibung der Wechselkursregelungen, Wechselkursbeschränkungen, Kapitalverkehrskontrollen und sonstigen Devisenmaßnahmen aller IWF-Mitglieder.²⁰

Als Ergänzung zu den Anstrengungen des Exekutivdirektoriums, der Geschäftsführung und des Stabs zur

Beurteilung der Effektivität der Überwachung führte das Unabhängige Evaluierungsbüro des IWF (IEO) im Geschäftsjahr 2007 eine Evaluierung der Beratungstätigkeit des IWF im Bereich der Wechselkurspolitik für den Zeitraum 1995 bis 2005 durch. Bei der Aussprache des Direktoriums über die Evaluierung im Mai 2007 bestätigten die Exekutivdirektoren weitgehend die Schlussfolgerung des IEO, der IWF solle die Effektivität seiner Analysen, seiner Beratungstätigkeit und seines Dialoges mit den Mitgliedsländern verbessern und dem Eindruck einer Ungleichbehandlung bei der Wechselkursüberwachung entgegenreten. Die meisten Exekutivdirektoren pflichteten der Einschätzung

21 Siehe „IMF Executive Board Discusses Implementation Plan Following IEO Evaluation of the IMF's Exchange Rate Policy Advice, 1999-2005“, PIN 07/119, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn07119.htm.

22 Im April 2008 veröffentlichte der Fonds ein Papier, das diese Methodik beschreibt: „Exchange Rate Assessments: CGER Methodologies“ wurde veröffentlicht als Occasional Paper No. 261. Siehe www.imf.org/external/pubs/cat/longres.cfm?sk=19582.0.

23 Die vollständigen Zusammenfassungen der Direktoriumsaudiosprachen über den WEO vom Oktober 2007 und vom April 2008 finden sich auf der CD-ROM sowie in den Berichten selbst, die im Internetauftritt des IWF verfügbar sind. Siehe www.imf.org/external/np/cs.aspx?id=29 für Verknüpfungen zu den einzelnen Ausgaben des WEO und der WEO-Aktualisierungen.

des IEO bei, dass die Spielregeln der Wechselkursüberwachung in einigen wichtigen Bereichen immer noch unklar sind. Während des Prüfungszeitraums hatte es Probleme bei der Umsetzung verschiedener Aspekte der bestehenden Richtlinie gegeben und die meisten Exekutivdirektoren kamen überein, dass es in mehreren Bereichen noch Spielraum für Verbesserungen gibt, darunter die Qualität der Analyse der Wechselkurshöhe und die Integration der Analyse von Politikauswirkungen in die regionale und bilaterale Überwachung. Sie stimmten außerdem der IEO-Empfehlung zu, die Geschäftsführung des Fonds solle sicherstellen, dass die Arbeit des Fonds im Bereich der Wechselkurse effektiv organisiert und gesteuert wird – im Einklang mit der laufenden Arbeit zur Integration der Finanzsektorfragen in die Überwachungstätigkeit des Fonds – und sie forderten eine weitere Stärkung der bestehenden Koordinierungsmechanismen (darunter der Überwachungsausschuss und die Beratungsgruppe für Wechselkursfragen [Consultative Group on Exchange Rate Issues – CGER; siehe unten]). Die meisten Exekutivdirektoren hoben hervor, dass die Geschäftsführung des Fonds dafür verantwortlich ist, dem Exekutivdirektorium alle Informationen zu liefern, die es zur Durchführung der Überwachung benötigt, und dass sie dem Exekutivdirektorium gegenüber Rechenschaft ablegen muss, wie sie diese Aufgabe mit der Notwendigkeit in Einklang bringt, dass der Fonds als vertraulicher Berater der Mitglieder dient.

Auf der Basis der vom Direktorium bestätigten IEO-Empfehlungen erstellten der Stab und die Geschäftsführung einen Umsetzungsplan, den das Direktorium im September 2007 erörterte (siehe Kapitel 5).²¹ Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass der Umsetzungsplan zu Recht den Schwerpunkt auf die Entscheidung von 2007 zur bilateralen Überwachung legte und dass die Stärkung der Arbeit im Bereich der Wechselkursfragen in erster Linie im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen durchgeführt werden muss. Viele Exekutivdirektoren ließen verlauten, dass eine Verbesserung der Methodik und eine Ausweitung der Arbeit des CGER eine große Bereicherung für die Arbeit des IWF im Bereich der Wechselkurse darstellen würde. Eine Anzahl von Direktoren wiesen allerdings darauf hin, dass es immer noch beträchtliche technische Schwierigkeiten bei der Schätzung der Gleichgewichtswechselkurse gibt.

Der CGER erstellt seit Mitte der 90er Jahre Wechselkursbeurteilungen aus einer multilateralen Perspektive

für eine Reihe von fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit dem Ziel, die länderspezifische Analyse in den Artikel-IV-Berichten des IWF zu bereichern und multilaterale Übereinstimmung zu fördern. Diese Beurteilungen sind zusätzliche Instrumente für die IWF-Stabsmitglieder, die für die einzelnen Länder zuständig und für die Formulierung der Wechselkursbeurteilungen im Rahmen der bilateralen Überwachungstätigkeit des Fonds verantwortlich sind. Die Rolle der Wechselkurse in der außenwirtschaftlichen Anpassung nimmt zu, da die Weltwirtschaft immer stärker integriert wird. In den letzten 15 Jahren haben der Welthandel und die internationale Finanzintegration rapide zugenommen. Die Relation zwischen Welthandel und Welt-BIP ist um mehr als 40 Prozent gestiegen und die Relation zwischen internationalen Überkreuzbeteiligungen und Welt-BIP hat sich mehr als verdoppelt. Die Schwellenländer haben beträchtlich zu diesen Entwicklungen beigetragen. Dies zeigt sich im Zuwachs ihres Anteils am Welthandel – von 27 Prozent im Jahr 1990 auf 40 Prozent im Jahr 2006 – und in ihrer Bedeutung bei den internationalen Kapitalströmen. Der Fonds hat deshalb den Anwendungsbereich seiner CGER-Methodik auf etwa 20 aufstrebende Länder erweitert. Damit soll untersucht werden, inwieweit der Leistungsbilanzsaldo und der reale effektive Wechselkurs mit den zugrunde liegenden Eckdaten übereinstimmen.²²

MULTILATERALE ÜBERWACHUNG

Um die politischen Entscheidungsträger und die Öffentlichkeit besser zu unterstützen und zu informieren, hat der Fonds die Kontinuität seiner multilateralen Überwachungsarbeit verstärkt. Dies geschieht beispielsweise durch formelle vierteljährliche Aktualisierungen der WEO-Prognosen und einen vierteljährlichen Zwischenbericht zur Finanzstabilität als Ergänzung zu den beiden Hauptinstrumenten der multilateralen Überwachung, WEO und GFSR, die zweimal pro Jahr veröffentlicht werden. Der IWF hat außerdem die Analyse von makrofinanziellen Verbindungen, Wechselkursen und Übertragungswirkungen vertieft, insbesondere in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Märkten.

Weltwirtschaftsausblick

In seiner Diskussion über den WEO vom September 2007²³ räumte das Exekutivdirektorium ein, dass der globale Ausblick nach einer Phase starken Wirtschaftswachstums in der ersten Hälfte von 2007 außergewöhnlich unsicher geworden war, und es betonte die



LINKS: Vorlage des GFSR vom April 2008 in Washington, D.C. RECHTS: Markt in Port-au-Prince, Haiti.

Bedeutung solider Politikmaßnahmen und anhaltender Wachsamkeit. In der Diskussion im März 2008 ließ das Exekutivdirektorium verlauten, dass sich die globalen Wachstumsaussichten für 2008 seit der WEO-Aktualisierung vom Januar 2008 beträchtlich verschlechtert hatten. Die Exekutivdirektoren erörterten die globalen Wirtschaftsentwicklungen und -aussichten vor dem Hintergrund außergewöhnlich großer Unsicherheiten in Bezug auf die Dauer und Kosten der Finanzkrise, die sich weit über die amerikanischen Märkte für zweitklassige Hypotheken hinaus ausgebreitet hatte. Das Wachstum verlangsamte sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften angesichts der verschärften Finanzbedingungen, in den sich rasch globalisierenden Schwellenländern blieb es jedoch stark. Die Exekutivdirektoren betonten, dass die noch in der Entwicklung begriffenen Ereignisse an den Finanzmärkten das größte Risiko für den Ausblick darstellen. Viele Direktoren verwiesen auf die positive Dynamik, die durch die potentielle Stärke der Binnennachfrage in den schnell wachsenden Schwellenländern angetrieben wurde, sie räumten jedoch ein, dass diese Volkswirtschaften negativen externen Risiken durch Handels- und Finanzkanäle ausgesetzt sind. Die Exekutivdirektoren wiesen außerdem darauf hin, dass die Risiken in Bezug auf Inflationsdruck und den Ölmarkt zugenommen haben, da die Rohstoffpreise infolge von hoher Nachfrage und zunehmendem Anlegerinteresse an Rohstoffen als Anlageklasse und anderen Finanzfaktoren drastisch gestiegen sind. Eine Anzahl von Direktoren sahen auch die andauernde Gefahr einer ungeordneten Korrektur der globalen Ungleichgewichte, trotz der jüngsten Abwertung des US-Dollar gegenüber anderen frei schwankenden Währungen und trotz des Rückgangs im Leistungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten.

Vor diesem Hintergrund betonten die Direktoren, dass die politischen Entscheidungsträger weltweit mit weit reichenden Veränderungen konfrontiert sind. Die Hauptpriorität in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften besteht darin, die Finanzkrise effektiv zu bewältigen und den Abwärtsrisiken für das Wachstum entgegenzuwirken, dabei aber gleichzeitig den Inflationsdruck und die längerfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu berücksichtigen. Für viele Schwellen- und Entwicklungsländer besteht die Herausforderung darin, den Inflationsdruck zu kontrollieren und gleichzeitig zu verhindern, dass die starke Binnennachfrage zu Schwachstellen führt. Eine Reihe dieser Volkswirtschaften sind bereits mit den Auswirkungen der Konjunkturabschwächung in den fortgeschrittenen Ländern konfrontiert, und eine starke und länger anhaltende Abkühlung der Weltwirtschaft erfordert umsichtige Reaktionen von den Entscheidungsträgern. Das Direktorium ließ verlauten, dass die Politikansätze der einzelnen Länder unter diesen schwierigen globalen Bedingungen abgestimmt werden müssen.

Die Exekutivdirektoren begrüßten die andauernden Konsultationen zwischen den Ländern, insbesondere die Gespräche, die die Währungsbehörden der fortgeschrittenen Volkswirtschaften untereinander und mit internationalen Gremien wie dem IWF und dem Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum - FSF) führen, um die Finanzturbulenzen zu bewältigen. Gemeinsame Anstrengungen können effektiver sein als individuelle Bemühungen zur Förderung von Vertrauen und Nachfrage. Die Exekutivdirektoren betonten, dass der Fonds hervorragend positioniert ist, um den Politikreaktionen auf die gegenwärtige Krise eine multilaterale Perspektive zu verleihen. Denn er bietet ein Forum

24 Die vollständige Zusammenfassung der Direktoriums Aussprache über den GFSR vom Oktober 2007 und April 2008 findet sich auf der CD-ROM sowie im Internetauftritt des IWF. Siehe www.imf.org/external/pubs/ft/GFSR/index.htm.

für Diskussionen und Meinungsaustausch, fördert die Abstimmung der nationalen Politikmaßnahmen und beurteilt ihre Übertragungswirkungen in einer zunehmend integrierten Weltwirtschaft.

Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems

Bei ihrer Diskussion über den GFSR vom März 2008²⁴ stellten die Exekutivdirektoren fest, dass sich die globale Finanzstabilität seit der Diskussion über den GFSR vom Oktober 2007 beträchtlich verschlechtert hat. Diese Aussprache hatte sich ebenfalls auf die Finanzmarkturbulenzen konzentriert, da die Verschlechterung auf dem amerikanischen Markt für zweitklassige Hypotheken zu erheblichen Verwerfungen auf den Kredit- und Refinanzierungsmärkten geführt hatte und Risiken für den makroökonomischen Ausblick in den Vereinigten Staaten und weltweit mit sich brachte. Den Direktoren zufolge besteht die unmittelbare Priorität der politischen Entscheidungsträger darin, die Unsicherheit abzubauen, die Risiken für das globale Finanzsystem abzuschwächen und das Vertrauen wieder herzustellen. Laut Direktorium ist es wichtig, bei der Umsetzung der Empfehlungen des GFSR, die sowohl an den öffentlichen wie auch an den privaten Sektor gerichtet sind, die zeitliche Abfolge und Prioritätensetzung, die Länderumstände und die Koordinierung zwischen den zuständigen internationalen und nationalen Behörden angemessen zu berücksichtigen. Es betonte die Rolle des Fonds, der bei diesen Anstrengungen in Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Institutionen und Gremien einen Beitrag leisten kann.

Die Exekutivdirektoren stimmten der Schlussfolgerung des GFSR weitgehend zu, der zufolge die Märkte und Investoren sowie der öffentliche Sektor und die Währungsbehörden gemeinsam das Ausmaß der Fremdverschuldung in einem breiten Fächer von Finanzinstituten sowie die damit verbundenen Risiken einer ungeordneten Korrektur unterschätzt haben. Das Risikomanagement und die Offenlegungspraktiken des Privatsektors sowie die Finanzsektoraufsicht und -regulierung bleiben hinter der rasch voranschreitenden Finanzinnovation und den Änderungen in den Geschäftsmodellen zurück. Des Weiteren hat die anhaltende Unsicherheit über das Ausmaß und die Ausbreitung der Verluste die systemischen Risiken erhöht. Die potentiellen Verluste können beträchtlich sein und die Finanzinstitute sollten umgehend durch

Erhöhung von Eigenkapital und mittelfristige Refinanzierung die Schieflagen in ihren Bilanzen beseitigen.

Die Krisenfestigkeit, die die Schwellen- und Entwicklungsländer bisher gezeigt haben, kann durch steigende Kosten, verschärfte externe Finanzierungsbedingungen oder eine Umkehr der drastischen Preissteigerungen auf dem Rohstoffmarkt auf die Probe gestellt werden. Eine andauernde Wachstumsschwäche in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften oder eine Ausbreitung der Probleme in den Finanzmärkten kann je nach Länderumständen außerdem negative Auswirkungen auf die Schwellenmärkte haben, zum Beispiel durch eine Erhöhung der Anfälligkeit gegenüber potentiellen Kapitalabflüssen in denjenigen Schwellenländern, die besonders abhängig von Direktinvestitionen der fortgeschrittenen Volkswirtschaften sind.

Das Direktorium räumte ein, dass solide Kenntnisse über die Bewertung und Verbuchung von strukturierten Finanzprodukten erforderlich sind, um die Tiefe und das Ausmaß der gegenwärtigen Finanzmarktinstabilität einschätzen zu können. Das Direktorium stellte fest, dass Anreize bestehen, diese längerfristigen, illiquiden strukturierten Produkte in hohem Maß durch kurzfristige Mittel auf dem Interbankmarkt zu refinanzieren. Den Rating-Agenturen wurde nahe gelegt, die Qualität ihrer Methodiken zu überprüfen. Die Exekutivdirektoren begrüßten allgemein die schnellen und innovativen Maßnahmen der Zentralbanken, die darauf zielten, dem Bankensystem Liquidität zuzuführen und so das reibungslose Funktionieren der Interbankmärkte zu gewährleisten. Ferner stellten sie fest, dass die Finanzmarkturbulenzen eindeutig zeigen, dass die Zentralbanken ihre Rolle in Bezug auf die Finanzstabilität und die Umsetzung der Geldpolitik überdenken müssen, wobei sie darauf hinwiesen, dass diese Rollen immer stärker miteinander verbunden sind. Während die Behörden in den einzelnen Ländern Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen einer ungeordneten Korrektur der Finanzmarktbedingungen einzudämmen, sollte der Fonds in Koordinierung mit anderen multilateralen Gremien wie dem FSF und mit nationalen Behörden eine größere Rolle in internationalen Foren spielen, um die Politik zu beeinflussen.

Multilaterale Konsultation

Im Geschäftsjahr 2007 führte der Fonds mit der multilateralen Konsultation ein neues Instrument ein, um die Zusammenarbeit geeigneter Ländergruppen bei

- 25 Der IMFC ist ein Beratungsgremium des Gouverneursrats des IWF. Er besteht aus 24 Gouverneuren (oder ihren Stellvertretern). Siehe Kasten 5.3, „Wie der IWF geführt wird“, für weitere Informationen über die Zusammensetzung und Geschäftstätigkeit des IMFC.
- 26 Siehe „IMF Executive Board Discusses Multilateral Consultation on Global Imbalances“, PIN 07/97, und „Staff Report on the Multilateral Consultation on Global Imbalances with China, the Euro Area, Japan, Saudi Arabia, and the United States“, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0797.htm. bzw. www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/062907.pdf.
- 27 Es erörterte die Entwicklungen in der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (West African Economic and Monetary Union – WAEMU) zu Beginn des Geschäftsjahres 2009.
- 28 Siehe „IMF Executive Board Concludes 2007 Discussion on Common Policies of Member Countries with CEMAC“, PIN 07/81, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0781.htm. Die Mitglieder der CEMAC sind Äquatorialguinea, Gabun, Kamerun, die Republik Kongo, Tschad und die Zentralafrikanische Republik.

der Bewältigung von Herausforderungen zu fördern, vor denen die Weltwirtschaft und die einzelnen Länder stehen. Die erste multilaterale Konsultation des IWF bot den fünf Teilnehmern – China, der Euroraum, Japan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Staaten – ein Forum zur Erörterung der globalen Ungleichgewichte und der Frage, wie sie am besten verringert werden können, ohne das robuste Wachstum der Weltwirtschaft zu beeinträchtigen. Im Geschäftsjahr 2008 überprüfte das Direktorium diese Erfahrung und kam zu dem Schluss, dass die multilaterale Konsultation zu einer Einigung im Hinblick auf eine schlüssige mittelfristige Vorgehensweise beigetragen hat, die Maßnahmen enthält, die die Ungleichgewichte im Laufe der Zeit schrittweise abbauen und gleichzeitig das globale Wachstum stützen. Die Konsultation war außerdem in regionaler wie internationaler Hinsicht nützlich und traf auf sehr starke Unterstützung. Die Absichtserklärungen der Teilnehmer waren zwar nicht so ehrgeizig wie es der Fonds im Rahmen der Artikel-IV-Konsultationen und im WEO empfohlen hatte, sie stellten aber dennoch einen bedeutsamen Schritt nach vorn dar, und nach ihrer Umsetzung dürften sie mittelfristig einen beträchtlichen Beitrag zur Reduzierung der Ungleichgewichte leisten. Die Veröffentlichung dieser Politikabsichten bietet außerdem einen nützlichen Plan für die Zukunft. Die Exekutivdirektoren empfahlen dem Fonds, weiterhin eine aktive Rolle im Überwachungsprozess zu spielen, und dies wurde in den Artikel-IV-Berichten über die jeweiligen Länder auch umgesetzt.

Die Exekutivdirektoren ließen verlauten, dass die multilaterale Konsultation ein nützliches Instrument darstellt, um die multilaterale Überwachungstätigkeit des Fonds zu stärken und zu vertiefen. Sie stellten fest, dass die multilaterale Konsultation zwei einzigartige Aspekte aufweist: freiwillige Teilnahme einer begrenzten Zahl von Teilnehmern, die zu einer Korrektur von Ungleichgewichten beitragen können, und ein Regelwerk, in dem die Stimme der gesamten internationalen Gemeinschaft durch das Exekutivdirektorium und den Internationalen Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee – IMFC) Gehör findet.²⁵ Diese Merkmale und die Unsicherheit in Bezug auf die Frage, welche zukünftigen Probleme behandelt werden müssen, erfordern ein gewisses Maß an Flexibilität in den operationellen Modalitäten.²⁶

REGIONALE ÜBERWACHUNG UND AUSSENKONTAKTE

Da die Mitglieder einer Währungsunion Zuständigkeiten für die Geld- und Wechselkurspolitik – zwei wesentliche Bereiche der IWF-Überwachung – an regionale Institutionen abgetreten haben, führt der IWF zusätzlich zu seinen Artikel-IV-Gesprächen mit den einzelnen Mitgliedern dieser Unionen formelle Diskussionen mit den Vertretern dieser Institutionen. Im Geschäftsjahr 2008 erörterte das Exekutivdirektorium des IWF die Entwicklungen in der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (Central African Monetary and Economic Union – CEMAC), der Ostkaribischen Währungsunion (Eastern Caribbean Currency Union – ECCU) und im Euroraum.²⁷

Währungsunionen

CEMAC. Die makroökonomischen Bedingungen in der CEMAC waren zum Zeitpunkt der Direktoriumsaussprache im Juni 2007²⁸ sehr günstig, was zum großen Teil auf die anhaltend hohen Ölpreise zurückzuführen war. In Bezug auf das Wachstum ist die Region jedoch hinter das übrige Afrika südlich der Sahara zurückgefallen. Es gab nur wenig Handels- und Finanzintegration, die Abhängigkeit von Öleinnahmen ist gestiegen und die tief sitzenden strukturellen Hindernisse für die wirtschaftliche Diversifizierung bestehen nach wie vor. Diese Probleme müssen dringend angegangen werden, wenn die Region die Millennium-Entwicklungsziele erreichen soll (siehe Kapitel 4). Das Direktorium begrüßte deshalb das jüngste Reformpaket, das die Staatsscheffs der CEMAC zur Stärkung der regionalen Institutionen und Förderung des Integrationsprozesses verabschiedet haben.

ECCU. In seiner Diskussion im Februar 2008 begrüßte das Exekutivdirektorium die gute Wirtschaftsleistung der ECCU, die sich durch robustes Wachstum und allgemein niedrige Inflation auszeichnete. Die Direktoren stellten aber auch fest, dass die Region weiterhin vor beträchtlichen Herausforderungen steht und deshalb den Schwerpunkt darauf legen sollte, das Wachstum zu sichern und die Krisenfestigkeit der Volkswirtschaft durch die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Diversifizierung zu stärken. Das Direktorium betonte außerdem die Notwendigkeit, die haushaltspolitische Konsolidierung zu beschleunigen, Verzerrungen im Steuersystem zu vermeiden und die Ausgaben unter Kontrolle zu halten. Es lobte die

29 Die Mitglieder der ECCU sind Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia sowie St. Vincent und die Grenadinen. Siehe „IMF Executive Board Concludes 2007 Discussion on Common Policies of Member Countries of the Eastern Caribbean Currency Union“, PIN 08/12, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/hp/sec/pn/2008/pn0812.htm.

30 Siehe „IMF Executive Board Discusses Euro Area Policies“, PIN 07/89, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/hp/sec/pn/2007/pn0789.htm.

Fortschritte bei der Verbesserung des Regulierungsrahmens für das Bankensystem und den Finanzsektor im Allgemeinen und empfahl anhaltende Maßnahmen zur Stärkung des risikobasierten Aufsichtsregelwerks. Die Exekutivdirektoren begrüßten den neuen Auftrieb in der wirtschaftlichen Integration und stellten fest, dass die Liberalisierung der Kapital- und Beschäftigtenströme ein entscheidender Faktor ist, damit die Region die Vorteile der Globalisierung umfassender nutzen kann. Da Datenmängel nach wie vor ein Hindernis für eine effektive Politikgestaltung und Überwachung darstellen, ermutigten die Exekutivdirektoren die nationalen und regionalen Behörden, das Statistikwesen und die Datenverwaltung zu verbessern.²⁹

Euroraum. In ihrer Aussprache über die Politikmaßnahmen im Euroraum im Juli 2007³⁰ begrüßten die Exekutivdirektoren den Übergang der Konjunktur im Euroraum von der Erholung zum Aufschwung. Sie gingen davon aus, dass das reale BIP-Wachstum kurzfristig über dem Potentialwachstum bleibt und dass weiterhin mit einem soliden Beschäftigungszuwachs zu rechnen ist, was teilweise auf die Reformen in den Arbeitsmärkten und Sozialsystemen zurückzuführen sei. Mit steigender Kapazitätsauslastung wird der Inflationsdruck allerdings schrittweise zunehmen, so dass eine weitere Verschärfung der Geldpolitik erforderlich sein kann. Die Exekutivdirektoren gingen davon aus, dass die außenwirtschaftliche Position des Euroraums weitgehend im Gleichgewicht ist und dass sich der reale effektive Wechselkurs des Euro innerhalb des mittelfristigen Gleichgewichts bewegt. Sie begrüßten die im Gang befindlichen, breit gefassten Strukturreformen und betonten, dass eine Fortsetzung dieser Reformen im Einklang mit den Verpflichtungen, die die Behörden im Rahmen der

multilateralen Konsultation (siehe oben) eingegangen sind, die Aussichten für eine geordnete Korrektur der globalen Leistungsbilanzungleichgewichte verbessern würde. In die Zukunft gerichtet wird die Alterung der Bevölkerung wahrscheinlich zu einer beträchtlichen Verlangsamung des Potentialwachstums führen. Die große Herausforderung der Region besteht also darin, gemeinsam eine strukturelle Produktivitätssteigerung zu erreichen und die Erwerbsquote zu erhöhen. Die Exekutivdirektoren betonten die Notwendigkeit einer raschen Umsetzung der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente und begrüßten Schritte zur Integration der nationalen Zahlungssysteme sowie der Clearing- und Abwicklungssysteme für Wertpapiere. Sie lobten zudem die laufenden Arbeiten zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Bankenzusammenschlüsse und -übernahmen.

Sonstige regionale Überwachungsinitiativen und Außenkontakte

Der Fonds hat in den letzten Jahren Schritte zur Erweiterung und Stärkung seiner regionalen Arbeit unternommen. Einige Länderabteilungen haben Untersektionen eingerichtet, die für regionale Fragen zuständig sind, sowie abteilungsweite Arbeitsgruppen, die sich übergreifenden Themen widmen. So untersuchen zum Beispiel Arbeitsgruppen in der Afrikaabteilung Fragen wie die Ausweitung der Entwicklungshilfe, der Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie die Entwicklung von inländischen Kapitalmärkten. In der Europaabteilung werden Themen wie große grenzüberschreitende Kapitalströme, schnelles Kreditwachstum, die Auswirkungen der Finanzintegration auf Wachstum und Aufsicht, der Einsatz von EU-Mitteln durch neue Mitgliedsländer, die Wettbewerbsfähigkeit der Mittelmeerländer sowie Schwachstellen in



LINKS: Entladung von Bananen auf der Karibikinsel St. Martin. RECHTS: Besucher in der Europäischen Zentralbank, Frankfurt, Deutschland.

31 Die REOs sind verfügbar unter www.imf.org/external/pubs/ft/reo/reorepts.aspx. Die im Geschäftsjahr 2008 in Bezug auf die REOs veröffentlichten Dokumente finden sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF.

32 Die Studie „Financial Integration in the Nordic-Baltic Region: Challenges for Financial Policies“ ist verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/seminars/eng/2007/nordbal/pdf/0607.pdf.

Südosteuropa behandelt. Die Abteilung Westliche Hemisphäre beschäftigt sich mit Fragen in Bezug auf den Finanzsektor, Geld- und Wechselkurspolitik, Renten sowie Öl und natürliche Ressourcen. Das Regionalbüro des Fonds für Asien und den Pazifik, das seinen Sitz in Tokio hat, leistet Forschungs- und Informationsarbeit in Bezug auf regionale Überwachung.

Außerdem erstellen die fünf Länderabteilungen des IWF inzwischen zweimal pro Jahr einen Regionalen Wirtschaftsausblick (*Regional Economic Outlook* – REO). Die Veröffentlichung der REOs geht einher mit umfangreichen Informationsveranstaltungen in mehreren Ländern der einzelnen Regionen: zum Beispiel Seminare für Regierungsbeamte und Universitätsvertreter, Medienveranstaltungen und Interviews mit IWF-Beamten. Nach der Veröffentlichung der REOs werden Presseveröffentlichungen mit einer Zusammenfassung der REO-Ergebnisse, der vollständige Text der REOs sowie Niederschriften in den Internetauftritt des IWF eingestellt und die Pressekonferenzen werden im Web übertragen.³¹

Der IWF veranstaltet außerdem verschiedene regionale Foren und nimmt an solchen Foren teil. So nahm der IWF zum Beispiel im Juni 2007 an der sechsten jährlichen Regionalkonferenz für Zentralamerika teil, die Finanzminister, Zentralbankgouverneure und Vertreter von Finanzsektor-Aufsichtsbehörden aus Zentralamerika, Panama und der Dominikanischen Republik zusammenführte. Bei dieser Tagung wurden zwei wichtige regionale Projekte erörtert: die Konsolidierung der Aufsicht über regionale Finanzkonglomerate und die fiskalische Koordinierung, darunter die Einrichtung einer Zollunion für Zentralamerika. Weitere Themen waren die Entwicklung der Aktienmärkte und der Märkte für Schuldtitel des Privatsektors sowie die Fiskalpolitik zur Unterstützung der wirtschaftlichen und sozialen Stabilität. Im Oktober 2007 veranstalteten der IWF-Stab und die Behörden von Honduras einen regionalen Workshop über mittelfristige Ausgabenrahmen. Teilnehmer des Workshop waren Haushaltsexperten aus Zentralamerika, der Dominikanischen Republik

und Panama sowie Redner des IWF, der Weltbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank, aus Kolumbien und aus Spanien. Im November 2007 veranstaltete die IWF-Abteilung Westliche Hemisphäre eine Konferenz über wirtschaftliche und finanzielle Verbindungen in der westlichen Hemisphäre. Ein Regionalseminar über Globalisierung und Steuern unter Beteiligung von Finanzministern und leitenden Beamten aus 13 afrikanischen Ländern fand im Februar 2008 in Nigeria statt und im März 2008 wurde in Tunis ein hochrangiges Seminar über die Finanzlage in Afrika durchgeführt (siehe Kapitel 4). Der IWF nahm außerdem im April und September 2007 an den Tagungen des handelspolitischen Koordinierungsausschusses (Trade Policy Coordination Committee) des zentralasiatischen Programms für regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Central Asia Regional Economic Cooperation) in Manila teil. Er war auch Teilnehmer an der Jahrestagung der Finanzminister und Zentralbankgouverneure des Golf-Kooperationsrats im Oktober 2007 in Dschidda sowie an einer Konferenz über die Rolle des Privatsektors in der wirtschaftlichen Entwicklung und regionalen Integration des Maghreb, die im November 2007 in Tunis stattfand.

Im Juni 2007 veranstaltete der IWF ein Grundsatzseminar über Finanzintegration in der nordisch-baltischen Region, in dem IWF-Stabsmitglieder und Exekutivdirektoren, der Vertreter der Europäischen Zentralbank beim IWF und Fachwissenschaftler eine IWF-Studie über die Regelungen für grenzüberschreitende Aufsicht und Krisenmanagement erörterten. Die Studie beschreibt Lücken, die möglicherweise infolge der zunehmenden Finanzintegration der Region entstanden sind. Da die Finanzintegration in Europa insgesamt zunimmt und die meisten Länder der nordisch-baltischen Region an das europäische Regulierungs-Regelwerk angebunden sind, sollten diese Herausforderungen in einem breiteren europäischen Kontext angegangen werden.³²

Im September 2007 veranstaltete das Direktorium das erste Seminar der neuen Reihe von Seminaren über



LINKS: Wertpapierhändler und Kursmakler auf dem Parkett der New Yorker Börse. RECHTS: Zur Versteigerung freigegebenes zwangsvollstrecktes Haus, Long Island, New York.

33 Siehe „IMF Executive Board Discusses Selected Regional Issues in the Caribbean“, PIN 07/124, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn07124.htm.

34 Siehe das im Direktorium erörterte Papier „The Recent Financial Turmoil—Initial Assessment, Policy Lessons, and Implications for Fund Surveillance“, das verfügbar ist auf der CD-ROM sowie im Internetauftritt des IWF, www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/040908.pdf.

die wirtschaftlichen Entwicklungen und Aussichten in der Karibik.³³ Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass die lange Tradition von offenen Volkswirtschaften den Karibikländern gute Dienste erwiesen und sie dazu in die Lage versetzt hat, ein relativ hohes Pro-Kopf-Einkommen zu erzielen. Die makroökonomische Entwicklung der Region war in den letzten Jahren günstig, und die Anstrengungen zur Förderung von sozialer Entwicklung und ausgewogenem Wachstum haben zu beträchtlichen Fortschritten im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich und bei der Armutsbekämpfung geführt. Die Region weist aber immer noch Schwachstellen auf. Dazu gehören die begrenzte wirtschaftliche Diversifizierung, anhaltend hohe Leistungsbilanzdefizite, eine hohe Staatsverschuldung und das Risiko von Naturkatastrophen, insbesondere Wirbelstürme. Die Exekutivdirektoren begrüßten die Initiative zur Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarkts und einer Wirtschaftsunion in der Karibik, da eine verstärkte regionale Zusammenarbeit von entscheidender Bedeutung ist, damit die Länder der Karibik die Globalisierung optimal nutzen können. Die Direktoren ließen verlauten, dass eine engere Integration der immer noch sehr stark abgeschotteten Finanzmärkte der Karibik das Wachstum fördern kann. Sie stellten fest, dass die hohen Steueranreize, die die Karibikländer gewähren, um Investitionen anzuziehen, zu Einnahmeneinbußen führen, und sie räumten ein, dass der Abbau der europäischen Zollpräferenzen für Bananen und Zucker bei mehreren Ländern der Region zu beträchtlichen Verlusten führt. Die Direktoren verwiesen außerdem auf die Bedeutung einer zeitnahen Auszahlung von Entwicklungshilfe und konzessionären Darlehen zur Unterstützung der Anpassungs- und Umstrukturierungsbemühungen der Länder.

FINANZSEKTORÜBERWACHUNG

Der Fonds verbessert ständig seine Arbeit im Bereich der Finanzsektorüberwachung auf bilateraler, multilateraler und regionaler Ebene und er entwickelt analytische Instrumente zur Beurteilung der Finanzsektorstabilität auf der Ebene der einzelnen Institutionen wie auch systemweit. Des Weiteren entwickelt er quantitative analytische Methodiken zur Identifizierung, Messung und Beurteilung der Auswirkungen von Kredit- und Liquiditätskrisen im Finanzsektor sowie zur Verbesserung der Stresstests. Diese Instrumente werden in der Arbeit des Fonds bereits eingesetzt, insbesondere im Rahmen der Programme zur Bewertung des Finanzsektors (FSAP). Zu den Initiativen des Geschäftsjahres 2008 gehören Analyse- und Grundsatzarbeit in Bezug auf die Auswirkungen der Finanzkrise von 2007 auf die Konjunktur, die verstärkte Untersuchung der makrofinanziellen Verbindungen in den übergreifenden Teilen des WEO, eine Stärkung der Finanzsektoranalyse in den Artikel- IV-Konsultationen und eine weitere Betonung der FSAPs, interne Weiterbildung zu Finanzsektorfragen, Datenerfas-

sungsinitiativen, die sich auf die Risikopositionen der Finanzinstitute gegenüber anderen Sektoren und die damit zusammenhängenden Risiken beziehen, sowie analytische und empirische Arbeit zu der Frage, wie Reformen im Finanzsektor und im realen Sektor einander ergänzen können. Der IWF-Stab arbeitete weiterhin mit dem FSF und seinen Arbeitsgruppen zusammen und führte Gespräche mit dem Privatsektor, Regulierungsstellen und nationalen Behörden, Standardsetzenden Organisationen und anderen Gremien.

Beurteilung der Finanzkrise und Empfehlungen

In seinem Kommunikee vom Oktober 2007 forderte der IMFC den Fonds auf, die Ursachen der Turbulenzen, die im August 2007 auf den Finanzmärkten ausbrachen, zu untersuchen und die politischen Lehren daraus zu ziehen. Als Reaktion darauf untersuchten fünf Arbeitsgruppen der IWF-Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte (MCM) in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen FSF-Arbeitsgruppen und anderen interessierten Gruppen die strukturellen Ursachen der gegenwärtigen Krise und erarbeiteten mittelfristige Empfehlungen. Ihre Ergebnisse wurden im April 2008 im Direktorium erörtert und werden in Kasten 3.4 zusammengefasst.³⁴ Die kürzerfristigen Politikreaktionen, die möglicherweise erforderlich sind, um die Krise zu bewältigen und abzuschwächen, werden im GFSR vom April 2008 erörtert (siehe oben).

Die Turbulenzen an den Finanzmärkten hielten gegen Ende des Geschäftsjahres 2008 zwar noch an und es gab noch keinen Konsens über geeignete Gegenmaßnahmen, die Überwachungsarbeit des Fonds hat jedoch bereits reagiert. Die jüngsten Entwicklungen lassen den Schluss zu, dass die Überwachung und Politikberatung in den folgenden Bereichen noch verbessert werden kann:

- In seinem Dialog mit den Aufsichtsbehörden und Regulierungsstellen sollte der Fonds darauf hin wirken, dass die Risikomanagement-Praktiken der Finanzinstitute angemessen sind, insbesondere in Bezug auf komplexe strukturierte Finanzprodukte, und dass die Stresstests sowohl in den Institutionen des Privatsektors als auch bei den Aufsichtsbehörden robust sind.
- Viele dieser Themen gelten auch für den Dialog des Fonds mit Zentralbanken. In Ländern, in denen die Zentralbank keine Aufsichtsfunktion hat, ist es besonders wichtig, das Ausmaß der Zusammenarbeit mit der Bankenaufsicht und die Vorkehrungen für koordinierte Maßnahmen und rechtzeitige Interventionen bei Verwerfungen im Finanzsektor zu beurteilen.
- Der Fonds sollte den Regelwerken für Stresstests und Bankensanierung in den aufstrebenden Volkswirtschaften besondere Aufmerksamkeit schenken; dies gilt insbesondere für die Länder,

ERGEBNISSE

LEHREN UND EMPFEHLUNGEN

Risikomanagementpraktiken

Die Risikomanagementpraktiken in vielen Finanzinstituten wiesen Mängel bei Urteilsvermögen und Verwaltungsführung auf. Die Institute stützten sich zu sehr auf modellgestützte Strategien, die auf begrenzten historischen Daten basierten, ohne ihre Grenzen angemessen zu berücksichtigen. Die Absicherungsstrategien waren zu konzentriert, und insbesondere bei strukturierten Finanzprodukten wurde den Risiken, die mit der Flankenfläche der statistischen Verteilung verbunden sind, sowie den Liquiditätsrisiken nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Risikomanager sollten die Annahmen, die den Risikomanagement- und Preismodellen zugrunde liegen, aggressiv in Frage stellen und das Risikoprofil ihrer Firmen überprüfen, darunter die Absicherungsstrategien, das Gegenparteirisiko sowie mögliche Zweitrundeneffekte von Marktschocks.

Die Geschäftsleitung muss sicherstellen, dass die internen Führungs- und Kontrollstrukturen robust sind und dass die Informations- und Entscheidungsbefugnisse genau definiert und angemessen sind.

Die Aufsichtsbehörden müssen vor allem in guten Zeiten eine aktivere Rolle bei der Überwachung des Risikomanagements einnehmen und strengere Stresstests verlangen.

Die Regulierungsbehörden sollten prüfen, ob die Undurchschaubarkeit und Komplexität von strukturierten Kreditprodukten wie CDOs auf ABS (besicherte Anleihen, die durch verbriefte Kreditforderungen besichert werden) die Marktdisziplin unterwandern und aufsichtliche und sonstige Maßnahmen erfordern, wobei allerdings eine Überregulierung vermieden werden sollte.

Bewertung, Offenlegung und Rechnungslegung

Die Verbuchung von strukturierten Produkten und Mängel in den Bewertungsmodellen sowie im Finanzberichtswesen haben zur Tiefe und Länge der Krise beigetragen.

Die Aufsichtsbehörden sollten sicherstellen, dass die Finanzinstitute robuste Preis-, Risikomanagement- und Stresstestmodelle entwickeln. Eine Verschärfung der Aufsichtsnormen für strukturierte Finanzprodukte sollte geprüft werden (zum Beispiel Kapitalpuffer).

Die Aufsichtsbehörden sollten sich für bessere interne Verfahren zur Steuerung des Bewertungsmodellrisikos innerhalb der regulierten Institute einsetzen.

Eine grenzüberschreitende Konvergenz der Bilanzierungs- und Regulierungsstandards sowie der Publizitätsanforderungen der Banken sollte angestrebt werden, insbesondere wenn globale Finanzinstitute betroffen sind. Die Offenlegung von außerbilanziellen Beteiligungen, Kreditarbitragefonds (structured investment vehicle – SIV), und Verbriefungsgesellschaften (conduits) sollte gestärkt werden.

Es sollten Schritte unternommen werden, um die Preisfindung und Liquidität von schwer zu bewertenden verbrieften Instrumenten zu verbessern – zum Beispiel durch eine größere Standardisierung und die Einrichtung eines zentralen Registers.

ERGEBNISSE

LEHREN UND EMPFEHLUNGEN

Praktiken der Rating-Agenturen

Die Verfahren der Rating-Agenturen haben die mit strukturierten Produkten verbundenen Risiken nicht erfasst. Die Anleger in strukturierte Produkte haben sich zu sehr auf Bonitätsbewertungen verlassen und haben die Anfälligkeit dieser Produkte gegenüber heftigen Preisschwankungen und starken Herabstufungen vernachlässigt.

Die Rating-Agenturen sollten ihre Bewertungsmethoden und -praktiken verbessern. Zumindest sollten sie differenzierte Beurteilungen für strukturierte Produkte einführen, Informationen über die Anfälligkeit der Ratings dieser Produkte gegenüber Herabstufungen verbreiten und mehr Informationen über ihre Rating-Methoden veröffentlichen.

Die Zulassungs- und Lizenzverfahren könnten genutzt werden, um potentielle Interessenkonflikte in den Rating-Agenturen zu reduzieren und die Transparenz sowie die Offenlegung der Rating-Methoden zu verbessern.

Die nationalen Behörden und führenden internationalen Standard-Organisationen sollten den Einsatz und die Effektivität der Kreditwürdigkeitsprüfungen in der Bankenaufsicht prüfen, insbesondere angesichts möglicher Änderungen an den Beurteilungsmaßstäben für strukturierte Produkte.

Aufsicht und Krisenmanagement

Die konsolidierte Aufsicht war unzureichend und die Aufsichtsbehörden haben die mit den neuen Finanzinstrumenten verbundenen Risiken nicht ausreichend berücksichtigt. Das Gleiche gilt für die Verschlechterung der Emissionsstandards. Lücken im Krisenmanagement und beim Einschreiten der Aufsichtsbehörden wurden ebenfalls deutlich.

Das Regelwerk von Basel II ermöglicht eine risikobasierte Aufsicht und Länder mit international tätigen Banken sollten es schnell einführen. Der Übergang zu Basel II muss jedoch sorgfältig gesteuert werden, da eine lückenhafte oder unvollständige Umsetzung Risiken mit sich bringen würde. Die Eigenkapitalanforderungen müssen möglicherweise ausgeweitet werden und den Auswirkungsstudien in der Übergangszeit, in der beide Regelwerke Anwendung finden, sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Aufsichtspraktiken wie die Häufigkeit von Vor-Ort-Prüfungen und externe Prüfungen müssen verschärft werden und die Aufsichtsbehörden müssen die notwendigen Mittel erhalten, damit sie ihre Aufgabe effektiv erfüllen können.

Außerbilanzielle Einheiten sollten einer konsolidierten Aufsicht und Berichtspflicht unterliegen und den Reputationsrisiken und Eventualverbindlichkeiten sollte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Regelwerke für Bankensanierung und Einlagenversicherung müssen gestärkt werden und die Koordinierung zwischen den einzelnen Behörden muss effektiver werden. Die Zentralbanken sollten gut informiert und involviert bleiben.

Mindeststandards für Emissionen und Verbraucherschutz sollten für alle Finanzintermediäre gelten, um übermäßige Risikobereitschaft und Ausnutzung der aufsichtsrechtlichen Unterschiede einzudämmen.

Zentralbankliquidität

Mängel in den Regelwerken zur Bereitstellung von Notliquidität haben zu Störungen auf den Interbankmärkten geführt und die Turbulenzen verschärft.

Die Zentralbanken müssen in der Lage sein, Kredite an ein ausreichend breites Spektrum von Gegenparteien zu vergeben und ein ausreichend breites Spektrum von Sicherheiten anzunehmen, aber gleichzeitig ein übermäßiges Gegenpartei-/Kreditrisiko vermeiden. Es ist Vorsicht geboten, um die Stigmatisierung des Einsatzes von Zentralbankliquidität zu vermeiden.

Es wäre sinnvoll, die Zusammenarbeit zwischen den Zentralbanken zu verbessern, unter anderem durch die Einrichtung von dauerhaften Notfall-Swaplinien, um Liquiditätsprobleme bei Fremdwährungen anzugehen. Des Weiteren sollten die operationellen Regelwerke besser aufeinander abgestimmt werden.



LINKS: Skyline von Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate. RECHTS: Transport von Gemüse in Phnom Penh, Kambodscha.

³⁵ Die Aktualisierungen beschreiben die Entwicklungen, die die Einhaltung von Standards und Kodizes betreffen, sie enthalten aber keine Neubeurteilung des ursprünglichen FSAP.

³⁶ Diese Zahlen beziehen sich auf FSSAs, die im Geschäftsjahr 2008 im Direktorium erörtert wurden.

die große Leistungsbilanzdefizite aufweisen, die durch Auslandsschulden finanziert werden oder deren Finanzsektor von Banken in reifen Märkten beherrscht wird oder bei denen beides zutrifft. Die Schwellenländer haben sich zwar bisher als robust gegenüber den Turbulenzen auf den Finanzmärkten erwiesen, die Ansteckungsgefahr ist in den Ländern mit diesen Merkmalen jedoch beträchtlich.

PROGRAMM ZUR BEWERTUNG DES FINANZSEKTORS

Beurteilungen im Rahmen des FSAP, eine gemeinsame Initiative von IWF und Weltbank, sind ein bedeutsamer Beitrag zur Überwachung und der Fonds führt sie nach wie vor selektiv durch. Das FSAP wurde 1999 eingeführt, um den Mitgliedsländern auf freiwilliger Basis eine umfassende Evaluierung ihres Finanzsystems zu bieten, und es ist die Grundlage der IWF-Beurteilungen der Stabilität des Finanzsystems (Financial System Stability Assessment - FSSA). Dabei handelt es sich um Beurteilungen der Risiken für die makroökonomische Stabilität, die sich aus dem Finanzsektor ergeben, darunter die Fähigkeit des Finanzsektors, makroökonomischen Schocks zu widerstehen. Für Währungsunionen werden regionale FSAPs durchgeführt, insbesondere wenn wichtige Regulierungs- und Aufsichtsstrukturen auf regionaler Ebene angesiedelt sind. Regionale FSAPs wurden durchgeführt für die CEMAC und die ECCU, und ein FSAP für die WAEMU war gegen Ende des IWF-Geschäftsjahres in Gang.

Insgesamt sind 121 Erstbeurteilungen abgeschlossen oder in Gang und der IWF und die Weltbank konzentrieren sich verstärkt auf FSAP-Aktualisierungen. Zu den Kernelementen der Aktualisierungen gehören Analysen der Finanzstabilität, Aktualisierungen der

Berichte zur Einhaltung von Standards und Kodizes, die in den Erstbeurteilungen enthalten sind,³⁵ sowie eine erneute Beurteilung von Kernthemen, die in der Erstbeurteilung aufgeworfen wurden.

Im Geschäftsjahr 2008 wurden 17 FSAPs abgeschlossen, darunter 12 Aktualisierungen.³⁶ Weitere 45 (davon 24 Aktualisierungen) sind entweder in Gang oder wurden beschlossen und sind in Planung.

Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Der Fonds arbeitet bei Finanzsektorfragen auch eng mit anderen Organisationen zusammen. Er hat seine Zusammenarbeit mit der Weltbank in diesem Bereich im Rahmen des gemeinsamen Management-Aktionsplans von Weltbank und IWF (Joint Bank-Fund Management Action Plan) ausgeweitet (siehe Kapitel 5). Er hat seine Untersuchungen über die Schwachstellen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften vertieft und hat die Zusammenarbeit mit Standards setzenden Organisationen (wie zum Beispiel der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht), Zentralbanken und Finanzministerien sowie dem FSF und der G-20 ausgeweitet. Er erstellte einen Kurzbericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems (Global Financial Stability Note) für die Tagung des FSF im März 2008 und war Veranstalter oder Mitveranstalter für eine Reihe von Konferenzen und Seminaren zu Finanzsektorfragen (Kasten 3.5).

Anfälligkeitsbeurteilung

Die Anfälligkeitsbeurteilungen, die 2001 eingeführt wurden, bieten regelmäßige länderübergreifende Beurteilungen zu den Schwachstellen und Krisenrisiken in aufstrebenden Volkswirtschaften. Der Fonds entwickelte im Geschäftsjahr 2008 eine neue Methodik, die es ihm ermöglicht, in den Schwellenländern zwischen

Im Geschäftsjahr 2008 war der IWF Veranstalter oder Mitveranstalter einer Reihe von Konferenzen und Seminaren über Finanzglobalisierung und -stabilität.

Im Dezember 2007 veranstalteten das IWF-Regionalbüro für Asien und den Pazifik, das *21 COE-Market Quality Project* der Keio-Universität und das Finanzstudien- und Ausbildungszentrum der Finanzaufsichtsbehörde von Japan in Tokio eine Konferenz mit dem Titel „Financial Stability and Financial Sector Supervision: Lessons from the Past Decade and Way Forward“. Die Konferenz führte eine ausgewählte Gruppe von hochrangigen Beamten aus der asiatisch-pazifischen Region, Vertreter internationaler Finanzinstitutionen, Fachwissenschaftler, Vertreter des Privatsektors und andere betroffene Parteien zusammen, um die Fortschritte zu prüfen, die in den letzten zehn Jahren im Bereich der Bankreform und Finanzsektoraufsicht erzielt worden sind. Die Diskussionen konzentrierten sich auf die Frage, ob die Finanzsysteme in den Entwicklungsländern der Region dazu in der Lage sind, die fortlaufenden Änderungen im globalen Finanzsystem zu bewältigen, unter anderem durch eine effektive Umsetzung der Basel-II-Standards.

Der Fonds war außerdem Mitveranstalter von Seminaren und Konferenzen mit Mitgliedsländern und Denkfabriken. Im September 2007 veranstaltete er zusammen mit der *Federal Reserve Bank of Chicago* die zehnte internationale Bankenkonferenz zum Thema Globalisierung und systemisches Risiko unter dem Titel „Tenth Annual International

Banking Conference: Globalization and Systemic Risk“. Diese Konferenz bot ein Forum, in dem Entscheidungsträger aus fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften gemeinsam mit Universitätsexperten die folgenden Themen erörterten: die aktuelle Lage im grenzüberschreitenden Bankengeschäft, die Verstärkung oder Abschwächung von systemischen Risiken durch die Globalisierung, die potentiellen Ursachen für systemisches Risiko (insbesondere Banken, Versicherungsgesellschaften, Pensionsfonds, Hedgefonds sowie andere Kapitalmarktteilnehmer), Regulierungsmaßnahmen zur Lösung systemischer Probleme sowie Politikalternativen, die geprüft werden sollten. Im Januar 2008 war der Fonds Mitveranstalter eines Seminars mit der Brookings Institution in Washington, D.C. unter dem Titel „Global Downturn? The World Economy in 2008.“¹ Im April 2008 war er in Zusammenarbeit mit dem *World Economy and Finance Research Programme* des britischen *Economic and Social Research Council* Mitveranstalter einer Konferenz unter dem Titel „Conference on International Macro-Finance“ in Washington, D.C. Zu den Teilnehmern gehörten neben dem IWF-Stab Vertreter von Zentralbanken mehrerer Mitgliedsländer und führende Universitätsexperten. Die Konferenz diente als Forum, in dem die Teilnehmer die jüngsten theoretischen und empirischen Forschungsergebnisse vorstellen konnten. Es ging dabei um den Abbau der Kluft zwischen den beiden vorherrschenden Ansätzen zur Untersuchung internationaler Finanzfragen, d. h. makroökonomische Fragen offener Volkswirtschaften einerseits und Finanzwesen andererseits.

¹ Die Niederschrift des Seminars ist verfügbar auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/tr/2008/tr080131.htm.

37 Das Kommunikee, PR 07/236, findet sich in Anhang III auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/cm/2007/102007a.htm.

38 Siehe „IMF Executive Board Discusses a Work Agenda on Sovereign Wealth Funds“, PIN 08/41, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0841.htm. Ein vom Stab erstelltes Hintergrundpapier mit dem Titel „Sovereign Wealth Funds – A Work Agenda“ ist ebenfalls verfügbar auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/022908.pdf.

39 Das Kommunikee, PR 08/78, ist verfügbar in Anhang III auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/cm/2008/041208.htm.

40 Der Internetauftritt der internationalen Arbeitsgruppe, www.iwg-swf.org/, der im Juni 2008 eingerichtet wurde, bietet den Gruppenmitgliedern Zugang zu vertraulichen Arbeitsdokumenten. Er bietet interessierten Parteien außerdem Informationen, die von der Gruppe veröffentlicht wurden, sowie Verknüpfungen zu Internetauftritten von Staatsfonds. Über diese Website können auch Anfragen an den IWF gerichtet werden.

den zugrunde liegenden Schwachstellen einerseits und den Krisenrisiken andererseits zu unterscheiden und dadurch Schwachstellen auch in einem günstigen Umfeld mit niedrigem Krisenrisiko aufzudecken. Er hat die Absicht, dieses Verfahren auch auf reife Märkte auszuweiten. Die Anfälligkeitsbeurteilung vom Frühjahr 2008 beschäftigte sich mit den Folgen der globalen Turbulenzen für die aufstrebenden Volkswirtschaften und mit den Risiken, dass die übersteigerten Vermögenspreise zu einer drastischen Korrektur führen können und dass ein Rückgang der Kapitalzuflüsse eine weitere Abwärtsspirale bei Vermögenspreisen, Kreditqualität und Wachstumsaussichten verursachen kann.

Staatsfonds

Staatsfonds werden im internationalen Währungs- und Finanzsystem immer wichtiger und ihre Vermögenswerte werden inzwischen auf 1,9-2,8 Billionen \$ geschätzt. Hinzu kommt das hohe Wachstum der internationalen Reservebestände, die Ende 2007 sechs Billionen \$ betrugen. Staatsfonds bieten verschiedene wirtschaftliche und finanzielle Vorteile. In ihrem Heimatland fördern sie den Vermögenstransfer zwischen den Generationen, sie tragen dazu bei, extreme Ausschläge des Konjunkturzyklus zu vermeiden, sie fördern die fiskalische Stabilität und ermöglichen eine bessere Portfoliodiversifizierung von staatlichen Vermögenswerten. Sie können außerdem einen stabilisierenden Einfluss auf die globalen Finanzmärkte haben und die Liquidität erhöhen, was sich in den jüngsten Kapitalspritzen von Staatsfonds in mehrere große Banken zeigt (siehe Kapitel 2). Sie stellen die politischen Entscheidungsträger jedoch auch vor Herausforderungen.

Auf seiner Tagung 2007 würdigte der IMFC die positive Rolle der Staatsfonds für die Erhöhung der Marktliquidität und die Allokation von Finanzmitteln und er begrüßte in seinem Kommunikee die IWF-Studie zu Themen, die die Investoren und Empfänger von Finanzmitteln aus Staatsfonds betreffen, unter anderem den Dialog zur Festlegung bestmöglicher Praktiken.³⁷ Im November 2007 veranstaltete der Fonds das erste jährliche Rundtischgespräch für Manager von Staatsfonds und Devisenreserven in Washington, D.C., um einen Meinungs- und Erfahrungsaustausch über das Management von Reserven und anderen staatlichen Vermögenswerten zu ermöglichen. An dem Rund-

tischgespräch nahmen hochrangige Delegationen von Zentralbanken, Finanzministerien sowie Manager von staatlichen Vermögenswerten aus 28 Ländern teil. Die Diskussionen erfassten die Entwicklungen im Reservenbestand der einzelnen Länder sowie ihre Auswirkungen auf die Bilanzen der Zentralbanken.

Bei der Diskussion des Exekutivdirektoriums über Staatsfonds im März 2008³⁸ waren die meisten Exekutivdirektoren der Auffassung, dass der Fonds gut positioniert ist, um die Erstellung von allgemein anerkannten Grundsätzen und Praktiken für Staatsfonds zu organisieren und zu koordinieren. Sie betonten ferner, dass diese Arbeit in Abstimmung mit der Arbeit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development – OECD) und anderer Stellen durchgeführt werden sollte. Die Exekutivdirektoren forderten einen inklusiven und kooperativen Ansatz bei Staatsfonds, der die betroffenen Mitglieder und interessierten Parteien erfassen sollte, und sie kamen überein, dass diese Grundsätze und Praktiken auf freiwilliger Basis angenommen werden sollten.

In seinem Kommunikee vom April 2008³⁹ begrüßte der IMFC die Initiative des IWF, die Erstellung von bestmöglichen Praktiken für Staatsfonds zu organisieren und zu koordinieren, und ließ verlauten, dass er die Fortschritte auf seiner nächsten Tagung überprüfen wird.

Vom 30. April bis zum 1. Mai 2008 trafen sich Vertreter von Staatsfonds am Hauptsitz des IWF in Washington, D.C. mit Vertretern der Länder, in die sie investieren, sowie mit Vertretern der OECD und der Europäischen Kommission. Die Staatsfonds richteten formell eine internationale Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag hat, bis Oktober 2008 einen gemeinsamen Satz freiwilliger Grundsätze für Staatsfonds zu entwickeln. Dabei soll sie sich auf die bestehenden Grundsätze und Praktiken stützen, die die Investmentpraktiken und -ziele angemessen widerspiegeln.⁴⁰ Der IWF stellt das Sekretariat für die Arbeitsgruppe bereit, die aus Vertretern von 25 IWF-Mitgliedsländern besteht. Den Vorsitz der Arbeitsgruppe führen ein leitender Vertreter der *Abu Dhabi Investment Authority* und der Direktor der IWF-Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte. Die Vorsitzenden wurden von den teilnehmenden Staatsfonds ausgewählt.

41 Siehe „IMF Executive Board Concludes Financial Soundness Indicators—Experience with the Coordinated Compilation Exercise and Next Steps“, PIN 07/135, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/07135.pdf.

Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Der Fonds ist weiterhin sehr aktiv in der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (anti-money laundering/combating the financing of terrorism - AML/CFT), konzentriert sich aber auf die Bereiche, in denen er den größten komparativen Vorteil hat, das heißt die Beurteilung von Ländern, die systemisch wichtig sind oder die ein hohes Risiko für Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung aufweisen: zum Beispiel aufstrebende Volkswirtschaften und Länder mit mittlerem Einkommen, deren Finanzsystem sich schneller entwickelt hat als ihre AML/CFT-Sicherungen. Diese Arbeit hat starke Synergien mit der übrigen Arbeit des Fonds im Bereich der Finanzsektorbeurteilung und der Fonds integriert AML/CFT-Themen verstärkt in sein allgemeines Überwachungsmandat, indem er die Beziehungen zwischen Geldwäsche, informellen Sektoren und der formellen Wirtschaftstätigkeit überprüft. Die technische Hilfe des Fonds im Bereich AML/CFT unterstützt seine Beurteilungsarbeit. In Zukunft wird diese Arbeit stärker nachfrageorientiert sein und hauptsächlich durch externe Geber finanziert werden.

Indikatoren für die finanzielle Solidität

Bei den Indikatoren für die finanzielle Solidität (financial soundness indicator - FSI) handelt es sich um eine relativ neue Kategorie von Wirtschaftsstatistiken, die zusammen mit anderen Wirtschafts- und Finanzindikatoren benutzt werden, um die finanziellen Stärken und Schwachstellen im Finanzsektor eines Landes zu beurteilen. Der IWF hat eng mit nationalen Behörden und regionalen sowie internationalen Institutionen zusammengearbeitet, um einen Kernsatz und einen empfohlenen Satz von FSIs zu entwickeln. Das Exekutivdirektorium verabschiedete die FSIs 2001 und im Jahr 2003 beschloss es ein Arbeitsprogramm, das die Kapazitäten der Mitgliedsländer zur Erstellung von FSIs verbessern und die Übermittlung und Analyse von FSIs in der Arbeit des Fonds ausweiten soll. Im Rahmen dieses Arbeitsprogramms erstellte der IWF einen FSI-Leitfaden mit dem Titel *Financial Soundness Indicators Compilation Guide* und im Jahr 2004 führte er eine freiwillige FSI-Datenerhebung (Coordinated Compilation Exercise - CCE) durch. Die 62 Teilnehmer an dieser Datenerhebung erklärten sich dazu bereit, die zwölf Kern-FSIs und möglichst viele der 28 empfohlenen FSIs zu erstellen und dem IWF diese Daten

zusammen mit den entsprechenden Datenreihen und Metadaten zur Verbreitung bereitzustellen. Der IWF überwacht die FSIs routinemäßig im Rahmen seiner gestärkten Überwachung der Finanzsysteme und die FSIs werden häufig in Stabsberichte und FSAP-Berichte aufgenommen.

Im November 2007 prüfte das Exekutivdirektorium die Erfahrung mit dem Arbeitsprogramm und erörterte Vorschläge zur weiteren Arbeit mit den FSIs.⁴¹ Die Exekutivdirektoren vertraten die Auffassung, dass die FSIs ein wichtiger Ausgangspunkt für die Analyse der Finanzstabilität sind und ein wichtiges Element im IWF-Instrumentarium zur Beurteilung der Finanzsolidität darstellen. Sie betonten, dass die FSIs ein Standardelement der Überwachung, der FSAP-Berichte und der Anfälligkeitsbeurteilungen des IWF bleiben sollten, und sie begrüßten die Angabe von FSIs in Stabsberichten. Sie wiesen darauf hin, dass angesichts der unterschiedlichen Buchführungs-, Regulierungs- und Rechtssysteme bei der Interpretation der FSIs Vorsicht geboten ist. Das Direktorium forderte weitere Fortschritte bei der Verbesserung der länderübergreifenden Vergleichbarkeit und es rief zu weiteren Anstrengungen des IWF und anderer internationaler Behörden auf, um die Datenerhebungsmethodik und das Berichtswesen abzustimmen. Die Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus, dass der IWF regelmäßig FSIs erheben und verbreiten und eine zentrale öffentliche FSI-Datenbank einrichten sollte, die den Mitgliedsländern, internationalen Institutionen und Märkten zur Verfügung steht. Sie kamen überein, dass die Länder ermutigt - aber nicht verpflichtet - werden sollten, FSIs an den IWF zu übermitteln.

REGELWERK ZUR DATENANGABE FÜR DIE ÜBERWACHUNG UND ANDERE DATENINITIATIVEN

Datenübermittlung an den IWF zu Überwachungszwecken

Eine vom IWF-Stab erstellte Studie über das politische Regelwerk der Datenangabe zu Überwachungszwecken, die dem Exekutivdirektorium Ende des Geschäftsjahres 2008 vorgelegt und Anfang des Geschäftsjahres 2009 erörtert wurde, stellte fest, dass das Regelwerk insgesamt angemessen ist. Sie forderte jedoch auch, die Stabsbeurteilungen der Datenqualität klarer zu formulieren, die Datenangaben zur Beurteilung der außenwirtschaftlichen Stabilität

42 Weitere Informationen über die Initiative im Bereich von Standards und Kodizes und Kopien der Länderbeurteilungen finden sich im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/rosc/rosc.asp.

43 Siehe „IMF Launches Revised Fiscal Transparency Code and Manual“, PR 07/95, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr0795.htm. Der Kodex und das Handbuch sind ebenfalls verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4175 bzw. www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4177.

44 Der SDDS wurde 1996 eingeführt als Anleitung für Länder, die Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten haben oder anstreben und die bereits hohe Standards für die Qualität ihrer statistischen Daten erfüllen. Das GDDS wurde 1997 eingeführt, um Ländern bei der Verbesserung ihres Statistiksystems zu helfen, und steht allen IWF-Mitgliedern offen. Beide sind freiwillig, aber sobald ein Land am SDDS teilnimmt, ist die Einhaltung des Standards verbindlich. Siehe CD-Kasten 3.1 auf der CD-ROM sowie den Text „The IMF's Data Dissemination Initiative After 10 Years“ unter www.imf.org/external/pubs/ft/books/2008/datadiss/dissemination.pdf.

45 Siehe „IMF and World Bank Expand Databases on External Debt Statistics“, PR 08/37, auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0837.htm.

zu stärken, die Länderbeteiligung und -erfassung in den Finanzsektor-Dateninitiativen zu verbessern und geeignete Maßnahmen für die Fälle zu ergreifen, in denen Mitglieder trotz ausreichender Kapazitäten keine Daten zur Verfügung stellen.

Transparenz der öffentlichen Haushalte und Daten

Die in jüngster Zeit festzustellende Instabilität an den Finanzmärkten, wie etwa die Verwerfungen an den Kredit- und Wertpapiermärkten, unterstreichen die Notwendigkeit von monetären und finanziellen Statistiken, die zutreffend, umfassend, länderübergreifend vergleichbar und zeitnah sowie allgemein zugänglich sind. Im Geschäftsjahr 2008 ergriff der Fonds mehrere Initiativen zur Verbesserung der Transparenz und Qualität der Finanzsektordaten in seinen Mitgliedsländern (Kasten 3.6). Er rekonstituierte die Arbeitsgruppe für Wertpapierdatenbanken (Working Group on Securities Databases) und war Gastgeber eines Workshops für Zentralbankstatistik, der vom *Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics* organisiert wurde. Er veröffentlichte einen Leitfaden zur Erhebung von monetären und finanziellen Statistiken unter dem Titel *Monetary and Financial Statistics: Compilation Guide*, eine Ergänzung zu dem diesbezüglichen Handbuch mit dem Titel *Monetary and Financial Statistics Manual*. Der neue Leitfaden soll Ländern helfen, im Einklang mit den gegenwärtigen bestmöglichen Praktiken qualitativ hochwertige Daten zu erheben. Im Geschäftsjahr 2008 ist die Zahl der Volkswirtschaften, die für die statistischen Publikationen des Fonds Daten über ihren Auslandsvermögensstatus zur Verfügung stellen, weiter angestiegen und belief sich Ende des Jahres 2007 auf 113.

Im Mai 2007 verabschiedete das Exekutivdirektorium den revidierten Verhaltenskodex zur Transparenz der öffentlichen Haushalte (*Code of Good Practices on Fiscal Transparency*), ein zentrales Element in den Maßnahmen des IWF zur Förderung von Transparenz und guter Regierungsführung. Die Revision stützte sich auf einen breiten Konsultationsprozess, an dem die Länderbehörden, Organisationen der Zivilgesellschaft, internationale Institutionen, Universitäten und der Privatsektor teilnahmen. Außerdem wurden revidierte Fassungen des Handbuchs über Transparenz im Bereich der öffentlichen Haushalte (*Manual on Fiscal Transparency*) und des Leitfadens für Transparenz der Einnahmen aus der Rohstoffwirtschaft (*Guide on*

Resource Revenue Transparency) veröffentlicht. Im Rahmen der 1999 eingeführten freiwilligen Initiative zu Standards und Kodizes wurden nach Maßgabe des *Code of Good Practices on Fiscal Transparency* bis heute Beurteilungen von Praktiken für 86 Länder veröffentlicht.⁴² Die Transparenz der öffentlichen Haushalte ist eines von zwölf Themen, die von der Initiative erfasst werden. Dabei übermitteln der IWF und die Weltbank den Mitgliedstaaten auf deren Antrag eine Zusammenfassung der Beurteilung, inwieweit sie gute Praktiken und Standards in drei wichtigen Bereichen einhalten: transparente Regierungstätigkeit und -entschlussfassung, Finanzsektorstandards und Marktintegritätsstandards für den Unternehmenssektor. Die Beurteilungen sollen den Ländern helfen, ihre Wirtschaftsinstitutionen zu stärken, die Arbeit des IWF und der Weltbank bereichern und die Marktteilnehmer informieren (siehe CD-Kasten 3.1 auf der CD-ROM).⁴³

Im Februar 2008 veröffentlichten der IWF und die Weltbank neue verbesserte Fassungen der Datenbank zur vierteljährlichen Statistik der Auslandsverschuldung (Quarterly External Debt Statistics – QEDS) und der gemeinsamen Datenbank über Auslandsverschuldung (Joint External Debt Hub – JEDH). Die QEDS-Datenbank, die ursprünglich 2004 eingerichtet wurde, enthält Statistiken zur Auslandsverschuldung, die normalerweise von den einzelnen Ländern veröffentlicht werden, die am Speziellen Datenweitergabestandard des IWF (Special Data Dissemination Standard – SDDS) teilnehmen. Um die Verfügbarkeit von Daten über Auslandsschulden noch weiter zu verbessern, baten die Weltbank und der IWF eine Gruppe von einkommensschwachen Ländern, die am Allgemeinen Datenweitergabesystem (General Data Dissemination System – GDDS) des IWF teilnehmen, um die Unterbreitung vereinfachter vierteljährlicher Daten über die Auslandsverschuldung des öffentlichen Sektors. Vierzehn Länder haben die Einladung angenommen und zwölf von ihnen haben bereits damit begonnen, die angeforderten Daten bereitzustellen. Die Zahl der Meldeländer soll im Laufe der Zeit erhöht werden.⁴⁴ Die JEDH-Datenbank ist eine Gemeinschaftsaktion der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, des IWF, der OECD und der Weltbank. Sie stellt einen weiteren Schritt der betroffenen Institutionen dar, die weltweite Weitergabe von Daten über Auslandsverschuldung unter Beteiligung möglichst vieler Länder zu fördern.⁴⁵

Gut funktionierende Märkte für Anleihen in Inlandswährung können in den Schwellen- und Entwicklungsländern einen Beitrag zu starkem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Finanzstabilität leisten, international vergleichbare Daten über Anleihemärkte sind allerdings begrenzt. Im Jahr 2007 forderten die Finanzminister der Achtergruppe (G-8) den IWF und andere internationale Organisationen auf, die Qualität, Vergleichbarkeit und Konsistenz dieser Daten zu verbessern. Als Reaktion darauf rekonstituierte der IWF die Arbeitsgruppe für Wertpapierdatenbanken, der er vorsteht. Als der IWF die Arbeitsgruppe 1999 einsetzte, waren die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und die Europäische Zentralbank (EZB) Mitglieder. 2001 wurde die Arbeit dieser Gruppe ausgesetzt, um der EZB Zeit zu geben, ihre zentrale Wertpapierdatenbank zu vervollständigen. Im September 2007 trafen Vertreter der BIZ, der EZB, der Weltbank, der Deutschen Bundesbank, der Zentralbank von Mexiko und der US-Zentralbank *Federal Reserve* im IWF-Hauptsitz zusammen, um eine Bestandsaufnahme der verfügbaren Daten über lokale Anleihemärkte in den Schwellen- und Entwicklungsländern vorzunehmen und etwaige Lücken aufzudecken. Die Teilnehmer stellten fest, dass sowohl die BIZ als auch die EZB Datenbanken über inländische und internationale Schuldtitel haben, die im Hinblick auf die Anforderungen der Statistikbenutzer weiter entwickelt werden können. Im Anschluss an diese Sitzung war der IWF im März 2008 Gastgeber eines Workshops, der vom *Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics* organisiert wurde. Die Teilnehmer des Workshops, zu denen Vertreter von internationalen und regionalen Organisationen sowie von Zentralbanken und Statistikämtern einer Vielzahl von Ländern gehörten, waren sich einig, dass ein Leitfaden für die Erhebung von Wertpapierstatistiken erforderlich ist, da es bisher noch keinen internationalen Standard in diesem Bereich gibt. Der Leitfaden wird sich zunächst auf Schuldtitel konzentrieren und wird dann später auf andere Wertpapiere und Wertpapierbestände ausgeweitet werden.

Im April 2008 veröffentlichte der IWF außerdem einen Leitfaden zur Erhebung von monetären und

finanziellen Statistiken mit dem Titel *Monetary and Financial Statistics: Compilation Guide*. Er soll die Statistiker in den nationalen Stellen bei der Umsetzung der methodischen und statistischen Regelwerke, die im diesbezüglichen Handbuch aus dem Jahr 2000 mit dem Titel *Monetary and Financial Statistics Manual* aufgeführt werden, konkret unterstützen. Da auch Stromgrößen erfasst werden, stellen der *Leitfaden* und das *Handbuch* einen großen Fortschritt in den Anleitungen zu monetären Statistiken dar, die der IWF den Ländern seit 1948 bereitstellt. In der Vergangenheit lag der Schwerpunkt auf der Erhebung und Angabe von Bilanzdaten (Bestand am Ende des Monats) für die Zentralbank und andere einlagennehmende Unternehmen. Der *Leitfaden* konzentriert sich auf die grenzüberschreitende Harmonisierung der Quelldaten und der Methodik für die Erhebung und Darstellung der Statistiken. Er beschreibt außerdem das harmonisierte Regelwerk für die Angabe von monetären Daten an den IWF. Im Jahr 2004 führte der IWF die Standardformulare zur Datenangabe für die Übermittlung von Daten in den folgenden Bereichen ein: Bilanzdaten für einlagennehmende Unternehmen, Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds sowie andere institutionelle Finanzunternehmen. Bisher haben mehr als 100 Länder/Gebiete eine monatliche Übermittlung dieser Standardformulare eingeführt und die Zeitreihen dieser Daten werden vierteljährlich in der IWF-Publikation zu monetären und finanziellen Statistiken mit dem Titel *International Financial Statistics: Supplement on Monetary and Financial Statistics* veröffentlicht. Der Leitfaden enthält außerdem Beispieldaten, die nach Vertragsart gegliederte Untergruppen für Finanzderivate enthalten. Die in dem Leitfaden beschriebenen Finanzstatistiken, die die Aufteilung und Umverteilung von Finanzvermögenswerten und -verbindlichkeiten zwischen den einzelnen Sektoren einer Volkswirtschaft verbuchen, sind ein wichtiger Beitrag zum Bilanzansatz des IWF bei der Analyse der Anfälligkeit eines Landes gegenüber externen oder internen Schocks.

Der Fonds wird im Geschäftsjahr 2009 außerdem eine regelmäßige Erhebung und Verbreitung von FSIs einführen.

46 Der Leitfaden findet sich unter www.imf.org/external/np/sta/cdis/index.htm.

47 Die Daten über die CPIS finden sich unter www.imf.org/external/np/sta/pi/cpis.htm.

48 Unter der Überwachungs-Entscheidung von 1977 fand die Überprüfung der Überwachungsverfahren und der Überwachungsumsetzung von 1988 bis 2004 alle zwei Jahre statt. Aufgrund der in der mittelfristigen Strategie geforderten Straffung der IWF-Verfahren sieht die neue Entscheidung von 2007 Überprüfungen im Dreijahresturnus vor.

Koordinierte Erhebung über Direktinvestitionen

Im Jahr 2007 beschloss der IWF, in Zusammenarbeit mit seinen Partnern in der interinstitutionellen Arbeitsgruppe, darunter die OECD, das Statistikamt der Europäischen Gemeinschaften, die Europäische Zentralbank und die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, eine koordinierte Erhebung über Direktinvestitionen (Coordinated Direct Investment Survey) durchzuführen. Alle Mitgliedsländer des Fonds und einige Nichtmitglieder wurden zur Teilnahme eingeladen. Mit Stand von April 2008 hatten 135 Länder ihre Bereitschaft bekundet, an der Erhebung teilzunehmen. Die Erhebung sammelt Informationen über die ausstehenden Direktinvestitionen, aufgegliedert nach Aktien und Anleihen, Aktiva und Passiva sowie Gegenpartei-Land, mit Stand von Ende 2009. Die Erhebung erfasst außerdem die globalen Gesamtbeträge und die geographische Verteilung der Positionen und trägt somit zu einem besseren Verständnis der Globalisierung bei. Die ersten Ergebnisse werden bis Ende 2010 oder Anfang 2011 erwartet und vom IWF veröffentlicht. Im Jahr 2007 wurde eine Taskforce eingerichtet, die den IWF bei der Erstellung eines Leitfadens für die Länder unterstützt, die an der Erhebung teilnehmen.⁴⁶ Die Erhebung ist die erste koordinierte IWF-Maßnahme dieser Art für Daten über Direktinvestitionen. Sie folgt zum großen Teil dem Vorbild der sehr erfolgreichen koordinierten Erhebung über Portfolio-Investitionen (Coordinated Portfolio Investment Survey – CPIS), die seit 2001 jährlich unter der Schirmherrschaft des IWF durchgeführt wird.⁴⁷

Die Datenstandards-Initiativen

Datenstandards spielen nach wie vor eine wichtige Rolle bei der Stärkung der IWF-Überwachung. Die Umsetzung der Datenstandards-Initiativen des Fonds macht Fortschritte, und inzwischen gibt es 64 SDDS-

Teilnehmer und 92 GDDS-Teilnehmer, die insgesamt etwa 85 Prozent der IWF-Mitglieder repräsentieren. Im Februar 2008 erörterte das Exekutivdirektorium in einem informellen Seminar eine Studie über die in den letzten zehn Jahren mit dem GDDS gemachten Erfahrungen. Das Papier erläutert die möglichen zukünftigen Richtungen und legt den Schwerpunkt auf Datenweitergabe sowie auf Verbesserungspläne in Bezug auf die Häufigkeit und Zeitnähe der Daten. Ein Informationsprogramm mit den Mitgliedsländern ist in Gang (im April 2008 wurden zwei Konsultationen durchgeführt, eine in Südafrika und eine in Thailand). Die siebte Überprüfung der Datenstandards-Initiativen des IWF wird im Herbst 2008 im Exekutivdirektorium erörtert werden.

DIE DREIJAHRESPRÜFUNG DER ÜBERWACHUNG

In den letzten 30 Jahren hat das Exekutivdirektorium die Überwachungsarbeit des IWF regelmäßig überprüft.⁴⁸ Bei einer Direktoriatsunterrichtung im April 2008 erörterten die Exekutivdirektoren auf der Grundlage einer vom Stab vorgelegten Studie die Ausgestaltung der Dreijahresprüfung der Überwachung. Sie bietet die Möglichkeit, strategische Fragen in Bezug auf die Neuausrichtung der IWF-Überwachung zu diskutieren, darunter Schwerpunkt, Qualität der Analysen in Kernbereichen – makrofinanzielle Verbindungen und multilaterale Perspektive in der bilateralen Überwachung – Offenheit und innere Geschlossenheit bei der Beurteilung der außenwirtschaftlichen Stabilität sowie die Effektivität der Überwachungskommunikation. Die Überprüfung soll eine Erklärung zu den Überwachungsprioritäten enthalten, die dazu beitragen soll, die Überwachung fondsweit zu fokussieren, den Politikdialog mit den Mitgliedern zu stärken und die Rechenschaftspflicht zu erhöhen.

PROGRAMMUNTERSTÜTZUNG UND KAPAZITÄTSAUFBAU



Der IWF bietet seinen Mitgliedsländern je nach deren Bedürfnissen Unterstützung durch eine Vielzahl von Instrumenten. Er hat verschiedene Kreditfazilitäten (Tabelle 4.1) sowie Mechanismen für Politikunterstützung ohne Finanzhilfe. Auf Antrag der Mitglieder bietet er außerdem technische Hilfe und Ausbildung innerhalb des Aufgabenbereichs des Fonds. Das Exekutivdirektorium des IWF überprüft regelmäßig diese Instrumente um sicherzustellen, dass sie weiterhin den sich ändernden Bedürfnissen der Mitgliedsländer entsprechen.

Neben der Überwachung ist das Direktorium dafür zuständig, die Anträge der Mitglieder auf Finanzhilfe und Programmunterstützung zu prüfen und zu genehmigen. Im Rahmen der Kreditfazilitäten stellt der IWF den Mitgliedsländern befristete Finanzierungen zur Verfügung, um ihnen Zeit zu geben, ihre Politikmaßnahmen anzupassen und folgende Ziele zu erreichen: die Überwindung von kurzfristigen Zahlungsbilanzproblemen wie zum Beispiel Devisenbestände, die zur Finanzierung notwendiger Importe oder zur Begleichung von Auslandsverbindlichkeiten nicht ausreichen, die Stabilisierung ihrer Volkswirtschaft sowie die Vermeidung ähnlicher Probleme in der Zukunft. Die IWF-Finanzierung wird bereitgestellt, um Wirtschaftsreformprogramme zu unterstützen, die die Mitgliedsländer selbst in Zusammenarbeit mit dem IWF ausarbeiten. Sie soll eine katalytische Wirkung haben, die es dem betreffenden Land ermöglicht, das Vertrauen in seine Politikmaßnahmen wieder herzustellen und zusätzliche Finanzierungen von anderen Quellen anzuziehen. Das Exekutivdirektorium bewertet regelmäßig die Leistung, die die Mitglieder in ihrem jeweiligen Programm erbringen und in den meisten Fällen werden die Finanzmittel ausgezahlt, sobald die Programmziele erfüllt werden.

Technische Hilfe und Ausbildung helfen den Mitgliedsländern, die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie mit ihrem Beitritt zum IWF eingehen, d. h. eine Politik zu verfolgen, die finanzielle und makroökonomische Stabilität, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und geordnete Wechselkursregelungen fördert, und dem IWF zeitnahe, zutreffende und hochwertige Daten über ihre Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Technische Hilfe und Ausbildung sind außerdem Instrumente, um den Mitgliedsländern zu helfen, die aus den Artikel-IV-Konsultationen des IWF resultierenden Empfehlungen umzusetzen (siehe Kapitel 3). Die Abstimmung und Integration des Kapazitätsaufbaus in die Überwachungs- und Programmarbeit sind wichtige Ziele des IWF-Exekutivdirektoriums. Der IWF bietet technische Hilfe und Ausbildung hauptsächlich in den Kernbereichen seiner Expertise, darunter makroökonomische Politik, Steuern und Verwaltung der öffentlichen Einnahmen, Verwaltung der öffentlichen Ausgaben, Geldpolitik, Wechselkurssysteme, Finanzsektorreformen, Schuldenmanagement sowie makroökonomische und finanzielle Statistik. In den letzten Jahren haben die Mitgliedsländer verstärkt Anträge auf Hilfe in Bezug auf Globalisierungs- und Investitionsfragen gestellt. Dazu gehören die Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung; die Verbesserung der öffentlichen Investitionen, Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft und die Steuerung fiskalischer Risiken; die Annahme internationaler Standards und Kodizes für Daten, Finanzmanagement und das Management der öffentlichen Finanzen; die Behebung von Schwachstellen, die im Rahmen des gemeinsamen IWF-Weltbank-Programms zur Bewertung des Finanzsektors aufgedeckt werden; sowie die Durchführung von Schuldentragfähigkeitsanalysen.

FINANZHILFE UND POLITIKBERATUNG

Finanzierungen im Rahmen der wichtigsten Kreditfazilitäten des IWF unterliegen Gebühren (Zinsen) und in einigen Fällen Aufschlägen, die von der Art und Laufzeit der Finanzierung sowie von der Höhe der ausstehenden IWF-Kredite abhängen. Der größte Teil dieser Finanzierungen wird durch Bereitschaftskreditvereinbarungen bereitgestellt, die kurzfristige Zahlungsbilanzprobleme angehen, sowie durch Erweiterte Kreditvereinbarungen, die sich auf externe Zahlungsschwierigkeiten konzentrieren, die durch längerfristige Strukturprobleme verursacht werden. Im Geschäftsjahr 2008 billigte das Exekutivdirektorium des Fonds

934,2 Mio. SZR für den Einsatz von IWF-Mitteln unter diesen Fazilitäten (Tabelle 4.2). Dazu gehörten drei vorbeugende Bereitschaftskredit-Vereinbarungen – für Gabun (36 Monate, 77,2 Mio. SZR), Honduras (12 Monate, 38,9 Mio. SZR) und Irak (15 Monate, 475,4 Mio. SZR) – und eine Erweiterte Kreditvereinbarung mit einer Laufzeit von 36 Monaten für Liberia (342,8 Mio. SZR), die in Kombination mit konzessionärer Finanzierung unter der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (Poverty Reduction and Growth Facility – PRGF) gewährt wurde. Die PRGF ist das Hauptinstrument des IWF zur Bereitstellung von Finanzhilfe an einkommensschwache Länder (siehe unten). Das Direktorium verabschiedete außerdem eine Kürzung von 35 Mio. SZR für eine bestehende Bereitschaftskredit-Vereinbarung mit Paraguay.

Der IWF stellt subventionierte Kredite durch die PRGF bereit, eine Fazilität, die sich auf Armutsbekämpfung im Rahmen einer wachstumsorientierten Wirtschaftsstrategie konzentriert, und er bietet Schuldenerleichterung im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC) und der Multilateralen Entschuldungsinitiative (Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI). Ein einkommensschwaches Land, das eine PRGF-Vereinbarung oder Schuldenerleichterung wünscht, muss unter Beteiligung der inländischen betroffenen Parteien, darunter die Zivilgesellschaft, und auf der Grundlage einer Strategie, die vom Land selbst entwickelt und unterstützt wird, eine Länderstrategie zur Armutsbekämpfung (Poverty Reduction Strategy Paper – PRSP) erarbeiten. Das PRSP wird den Direktorien von IWF und Weltbank vorgelegt. Im Geschäftsjahr 2008 billigte das Exekutivdirektorium vier neue PRGF-Vereinbarungen (für Guinea, Liberia, Nicaragua und Togo) mit einer Gesamtzusage von 424,8 Mio. SZR (Tabelle 4.3). Des Weiteren verabschiedete es eine Erhöhung der bestehenden PRGF-Vereinbarung mit Burkina Faso in einem Betrag von 9,0 Mio. SZR. Mit Stand vom 30. April 2008 wurden die Reformprogramme von 25 Mitgliedsländern durch PRGF-Vereinbarungen unterstützt. Die Gesamtzusagen beliefen sich auf 1,1 Mrd. SZR und die ungezogenen Beträge machten 0,5 Mrd. SZR aus. Die insgesamt ausstehenden konzessionären Kredite beliefen sich per 30. April 2008 auf 3,9 Mrd. SZR (Schaubild 4.1).

Der IWF bietet finanzielle Nothilfe für Mitglieder in der Konfliktfolgezeit (Emergency Post-Conflict Assistance – EPCA) und bei Naturkatastrophen (Emergency Natural

TABELLE 4.1
Finanzfazilitäten des IWF

KREDITFAZILITÄT (JAHR DER VERABSCHIEDUNG)	ZIEL	BEDINGUNGEN	ABRUFSTAFFELUNG UND ÜBERWACHUNG
KREDITTRANCHEN UND ERWEITERTE FONDSFAZILITÄT⁴			
Bereitschaftskredit- vereinbarungen (1952)	Mittelfristige Hilfe an Länder mit kurzfristigen Zahlungsbilanz- Schwierigkeiten.	Die Annahme von Politiken, durch die die Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten eines Landes innerhalb eines annehmbaren Zeitraums gelöst werden können.	Vierteljährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen.
Erweiterte Fondsfazilität (1974) (Erweiterte Kreditvereinbarungen)	Längerfristige Hilfe zur Unterstützung der Strukturreformen der Mitglieder zur Lösung von langfristigen Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten.	Verabschiedung eines 3-Jahresprogramms über strukturelle Maßnahmen mit jährlicher ausführlicher Erklärung über die Maßnahmen der kommenden 12 Monate.	Vierteljährliche oder halbjährliche Käufe (Auszahlungen) abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und sonstigen Auflagen.
SONDERFAZILITÄTEN			
Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (1997)	Kurzfristige Hilfe bei Zahlungsbilanz- Schwierigkeiten, die auf Vertrauens- krisen auf den Märkten zurückzuführen sind.	Nur im Rahmen von Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarungen mit entsprechendem Programm und gestärkten Maßnahmen zur Wiedergewinnung des Marktvertrauens.	Die Fazilität steht für ein Jahr zur Verfügung; größerer Zugang zu Anfang der Periode mit wenigstens zwei Käufen (Auszahlungen).
Fazilität zur kompensierenden Finanzierung (1963)	Mittelfristige Hilfe für vorübergehende Exportverlustfälle oder übermäßige Ausgaben für Getreideimporte.	Steht nur zur Verfügung, wenn die Erlösau- fälle/übermäßigen Ausgaben zum großen Teil außerhalb der Kontrolle der Behörden liegen und wenn ein Mitglied eine Vereinbarung mit den Auflagen einer oberen Kredittranche hat oder wenn seine Zahlungsbilanzposition ansonsten zufrieden stellend ist.	Normalerweise erfolgt die Auszahlung über einen Mindestzeit- raum von sechs Monaten gemäß der Abrufstaffelung der Verein- barung.
Notfallhilfe	Hilfe für Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten in Bezug auf:		Keine, obwohl Hilfe nach Konflikten in zwei oder mehrere Käufe auf- geteilt werden kann.
(1) Naturkatastrophen (1962)	Naturkatastrophen	Angemessene Anstrengung zur Überwindung der Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten.	
(2) Länder nach Konflikten (1995)	Die Folgen von inneren Unruhen, politischen Umwälzungen oder internationalen bewaffneten Konflikten	Aufbau der institutionellen und administrativen Kapazitäten als Vorbereitung für eine Vereinbarung in der oberen Kredit- tranche oder eine PRGF.	
FAZILITÄTEN FÜR EINKOMMENSSCHWACHE MITGLIEDER			
Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität (1999)	Langfristige Hilfe für tief sitzende Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten struktureller Art; zielt auf nachhaltiges Wachstum mit Abbau der Armut.	Annahme eines 3-jährigen PRGF-Programms, gestützt auf eine Armutsbekämpfungsstra- tegie, die von dem Land erstellt wird und makroökonomische strukturelle sowie armuts- bekämpfende Maßnahmen erfasst.	Halbjährliche (oder gelegentlich vierteljährliche) Auszahlungen abhängig von der Einhaltung von Leistungskriterien und Überprüfungen.
Fazilität für exogene Schocks (2006)	Kurzfristige Hilfe zur Deckung eines vorübergehenden Zahlungsbilanz- bedarfs, der auf einen plötzlichen Schock zurückzuführen ist.	Annahme eines ein- bis zweijährigen Programms mit makroökonomischen Maßnahmen, die es dem Mitglied ermöglichen sich anzupassen sowie mit Strukturreformen, die wichtig für die Anpassung oder für eine Abmilderung zukünftiger Schocks sind.	Halbjährliche oder vierteljährliche Auszahlungen bei Einhaltung der Leistungskriterien und, in den meisten Fällen, bei Abschluss einer Überprüfung.

1 Mit Ausnahme der PRGF und der ESF stammen die für die Kreditvergabe des IWF benötigten Mittel aus den Kapitaleinzahlungen der Mitgliedsländer; jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die seine Finanzverpflichtung darstellt. Die Länder stellen einen Teil ihrer Quote in für den IWF annehmbaren Fremdwährungen - oder in SZR (siehe Kasten 5.2) - bereit, den Rest in der Inlandswährung. Ein IWF-Kredit wird ausbezahlt oder gezogen, indem der Kreditnehmer mit seiner eigenen Währung Devisen-Aktiva vom IWF kauft. Der Kredit gilt zurückgezahlt, wenn der Kreditnehmer seine Inlandswährung mit Devisen zurückkauft. Die PRGF- und ESF-Kredite werden durch einen eigenständigen PRGF-ESF-Treuhandfonds finanziert. (Unter der ESF ist bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Finanzierung erfolgt.)

2 Der *Gebührensatz* auf Mittel, die aus dem Allgemeinen Konto (GRA) ausbezahlt werden, wird als Aufschlag auf den wöchentlichen SZR-Zinssatz festgelegt. Der *Gebührensatz* gilt für den Tagessaldo aller ausstehenden Ziehungen aus dem Allgemeinen Konto während der einzelnen Geschäftsquartale des IWF. Zusätzlich wird auf jede Ziehung von IWF-Mitteln im Allgemeinen Konto mit Ausnahme von Ziehungen aus der Reservetranche eine einmalige Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent erhoben. Eine Vorab-Bereitstellungsgebühr (25 Basispunkte auf zugesagte Beiträge bis zu 100 Prozent der Quote, 10 Basispunkte danach) wird auf den Betrag erhoben, der im Rahmen eines Bereitschaftskredits oder einer Erweiterten Kreditvereinbarung während der einzelnen (jährlichen) Perioden gezogen werden kann; diese Gebühr wird bei anschließenden Ziehungen im Rahmen der Vereinbarung anteilmäßig zurückerstattet.

RÜCKKAUF- (RÜCKZAHLUNGS-) BEDINGUNGEN ³				
ZUGANGSGRENZE ¹	GEBÜHREN ²	VERPFLICHTUNGS- ZEITPLAN (JAHRE)	ERWARTUNGS- ZEITPLAN (JAHRE)	RATEN- ZAHLUNGEN
Jährlich: 100% der Quote, kumulativ: 100% der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basispunkte bei Beträgen über 300% der Quote). ⁵	3¼-5	2¼-4	Vierteljährlich
Jährlich: 100% der Quote,; kumulativ: 300% der Quote.	Gebührensatz plus Aufschlag (100 Basispunkte bei Beträgen über 200% der Quote; 200 Basispunkte bei Beträgen über 300% der Quote). ⁵	4½-10	4½-7	Halbjährlich
Keine Zugangsgrenze; dieser Zugang ist nur möglich, wenn der Zugang im Rahmen einer regulären Vereinbarung sonst die jährliche oder kumulative Grenze überschreiten würde.	Gebührensatz plus Aufschlag (300 Basispunkte, die ein Jahr nach der ersten Auszahlung und danach alle sechs Monate um 50 Basispunkte bis zu einem Höchstbetrag von 500 Basispunkten steigen).	2½-3	2-2½	Halbjährlich
Jeweils 45% der Quote für die beiden Elemente Export und Getreideeinfuhr; gemeinsame Obergrenze von 55% der Quote für beide Elemente.	Gebührensatz.	3¼-5	2¼-4	Halbjährlich
Normalerweise auf 25% der Quote begrenzt, obwohl in Ausnahmefällen größere Beträge bereitgestellt werden können.	Gebührensatz; der Gebührensatz kann jedoch vorbehaltlich der Verfügbarkeit von Mitteln auf 0,5 Prozent pro Jahr subventioniert werden.	3¼-5	Nicht zutreffend	Vierteljährlich
140% der Quote; 185% der Quote in Ausnahmefällen.	0,5%	5½-10	Nicht zutreffend	Halbjährlich
Jährlich: 25% der Quote (Norm für jährlichen Zugang); kumulativ: 50% der Quote abgesehen von Ausnahmefällen.	0,5%	5½-10	Nicht zutreffend	Halbjährlich

3 Bei Käufen, die nach dem 28. November 2000 erfolgten, wird von den Mitgliedern erwartet, die Rückkäufe (Rückzahlungen) im Einklang mit dem Erwartungs-Zeitplan zu tätigen; der IWF kann jedoch auf Antrag eines Mitglieds den Zeitplan der Rückzahlungserwartungen ändern, wenn das Exekutivdirektorium entscheidet, dass sich die externe Position des Mitglieds noch nicht ausreichend verbessert hat, um Rückkäufe zu tätigen.

4 Der Ausdruck *Kredittranchen* bezieht sich auf die Größe der Käufe (Auszahlungen) im Verhältnis zu den Quoten der Mitglieder im IWF; so sind Auszahlungen bis zu 25% der Quote eines Mitglieds Auszahlungen im Rahmen der ersten Kredittranche und verlangen von den Mitgliedern, dass sie angemessene Anstrengungen zur Überwindung ihrer Zahlungsbilanzprobleme nachweisen. Anträge auf Auszahlungen über 25% der Quote werden Ziehungen in den oberen Kredittranchen genannt; sie erfolgen in Ratenzahlungen und sind an die Erfüllung bestimmter Leistungskriterien gebunden. Diese Auszahlungen sind normalerweise verbunden mit einer Bereitschafts- oder Erweiterten Kreditvereinbarung. Der Zugang zu IWF-Mitteln außerhalb einer Kreditvereinbarung ist selten und wird es erwartungsgemäß auch bleiben.

5 Der Aufschlag wurde im November 2000 eingeführt.

TABELLE 4.2

Im GJ 2008 gebilligte Vereinbarungen unter den Hauptfazilitäten

(Millionen SZR)

MITGLIED	ART DER VEREINBARUNG	DATUM DES INKRAFTTRETENS	GEBILLIGTER BETRAG
Gabun	36-monatiger Bereitschaftskredit	7. Mai 2007	77,2
Honduras	12-monatiger Bereitschaftskredit	7. April 2008	38,9
Irak	15-monatiger Bereitschaftskredit	19. Dezember 2007	475,4
Liberia	36-monatige Erweiterte Fondsfazilität	14. März 2008	342,8
ZWISCHENSUMME			934,2
Paraguay (Rückgang) ¹	27-monatiger Bereitschaftskredit	15. Oktober 2007	(35,0)
INSGESAMT			899,2

1 Nur der Betrag des Rückgangs wird angegeben.

Quelle: IWF-Finanzabteilung.

TABELLE 4.3

Im GJ 2008 gebilligte PRGF-Kredite

(Millionen SZR)

MITGLIED	DATUM DER BEWILLIGUNG	BEWILLIGTER BETRAG
NEUE VEREINBARUNGEN		
Guinea	21. Dezember 2007	48,2
Liberia	14. März 2008	239,0
Nicaragua	5. Oktober 2007	71,5
Togo	21. April 2008	66,1
ZWISCHENSUMME		424,8
ERHÖHUNGEN¹		
Burkina Faso	9. Januar 2008	9,0
ZWISCHENSUMME		9,0
INSGESAMT		433,8

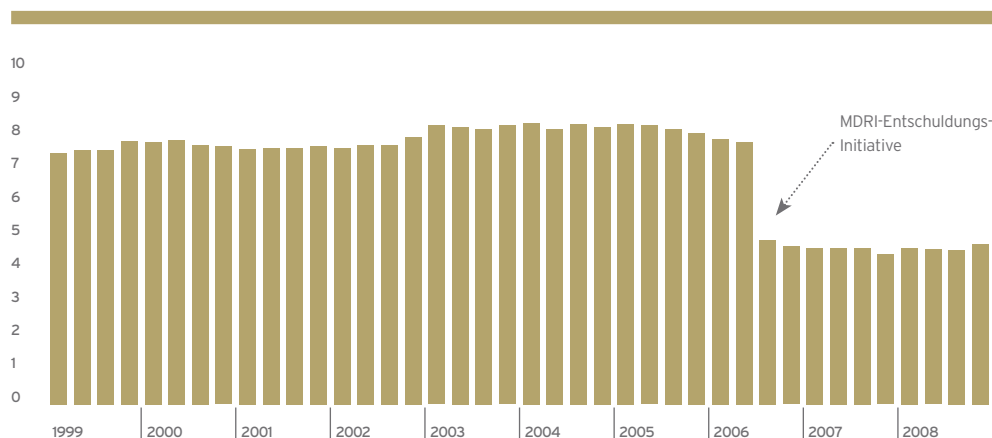
1 Unter dem Posten Erhöhungen wird nur der Betrag der Erhöhung aufgeführt.

Quelle: IWF-Finanzabteilung.

SCHAUBILD 4.1

Ausstehende konzessionäre Kredite, GJ 1999–GJ 2008

(Milliarden SZR)



49 Seit 2001 ermöglichen bilaterale Beiträge dem IWF, einkommensschwachen Ländern EPCA zu einem reduzierten Zinssatz von 0,5 Prozent pro Jahr zu gewähren, und 16 einkommensschwache Länder haben bisher davon profitiert. Anfang 2005, als die Subventionierung auf ENDA ausgeweitet wurde, setzte das Exekutivdirektorium das Ziel, zusätzliche Beiträge in Höhe von 45-65 Mio. SZR zu mobilisieren, um den geschätzten Bedarf für den Fünfjahreszeitraum bis 2009 zu decken. Seit 2005 haben 17 Länder 29 Mio. SZR zugesagt, was den IWF dazu veranlasste, die Mobilisierung von Finanzmitteln zu forcieren. Das Ziel besteht jetzt darin, 100 Mio. SZR an Beiträgen aufzubringen, um die bis 2014 prognostizierten Subventionskosten zu decken. Siehe CD-Tabellen 4.1. und 4.2 auf der CD-ROM für die Liste der Länder, die Beiträge zur ESF oder zur Nothilfe zugesagt oder geleistet haben.

50 Um den Zweck des vorgeschlagenen Instruments besser auszudrücken, wurde der Name geändert von „Kreditlinie zur Erhöhung der Devisenreserven“ (reserve augmentation line) zu „Kreditlinie mit raschem Zugang“ (rapid access line).

Disaster Assistance – ENDA). Länder, die Anspruch auf konzessionäre Kredite unter der PRGF haben, können Finanzmittel unter der Fazilität für exogene Schocks (Exogenous Shocks Facility – ESF) erhalten und haben außerdem Anspruch auf Nothilfe zu subventionierten Zinssätzen.⁴⁹ Im Geschäftsjahr 2008 billigte das Exekutivdirektorium Nothilfe von insgesamt 218,5 Mio. SZR. Dieser Betrag setzte sich zusammen aus zwei Anträgen im Rahmen der ENDA (133,3 Mio. SZR für Bangladesch und 2,1 Mio. SZR für Dominica) sowie drei Anträgen unter der EPCA (zwei Anträge in Höhe von jeweils 40,7 Mio. SZR wurden für Côte d'Ivoire gebilligt und ein Antrag über 1,8 Mio. SZR für Guinea-Bissau). Mit Stand vom 30. April 2008 hatten drei Länder – Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau und Libanon – ausstehende EPCA-Kredite in Höhe von 133,8 Mio. SZR und fünf Länder – Bangladesch, Dominica, Grenada, die Malediven und Sri Lanka – hatten ausstehende ENDA-Kredite in Höhe von insgesamt 245,4 Mio. SZR.

In den letzten Jahren haben eine Anzahl Länder beschlossen, ihre ausstehenden Kredite vorzeitig an den Fonds zurückzuzahlen. So zahlten zum Beispiel im Geschäftsjahr 2008 Bolivien, Irak und die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ihre ausstehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem IWF zu einem Gesamtbetrag von 330,9 Mio. SZR zurück.

Allgemein ist festzustellen, dass eine Reihe von IWF-Mitgliedern von einer Finanz- und Überwachungsbeziehung mit dem Fonds zu einer hauptsächlich überwachungsorientierten Beziehung übergegangen sind. Dies ist auf ihre verbesserten makroökonomischen Bedingungen und den leichten Zugang zu Privatkapital zurückzuführen, was wiederum auf dem außergewöhnlich breit verteilten globalen Wachstum in den letzten fünf Jahren und der Dynamik der Finanzmärkte beruht. Der Bedarf an IWF-Finanzierungen war in den letzten Jahren besonders gering bei den Mitgliedsländern mit mittlerem Einkommen, die traditionell die Hauptnutzer von IWF-Mitteln in den Kredittranchen waren, und die Billigung von Bereitschaftskredit- und Erweiterten Kreditvereinbarungen ist deshalb zurückgegangen. Viele einkommensschwache Länder profitieren ebenfalls von der verbesserten Wirtschaftspolitik, dem günstigen globalen Umfeld und der starken Nachfrage nach Rohstoffen. Die Nachfrage nach Finanzierung

im Rahmen der PRGF ist zwar nach wie vor stark, im Geschäftsjahr 2008 wurden aber dennoch weniger PRGF-Vereinbarungen gebilligt als in früheren Jahren, was teilweise auf den verstärkten Einsatz der IWF-Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument – PSI; siehe unten) zurückzuführen ist.

Aufstrebende Volkswirtschaften

In den letzten Jahren sind die Schwellenmärkte als Gruppe betrachtet eine Stärke für die Weltwirtschaft geworden und ihre Nachfrage nach traditioneller finanzieller Unterstützung durch den Fonds ist zurückgegangen. Viele haben beträchtliche Reserven zur Eigenversicherung aufgebaut und haben sich als krisenfest gegenüber den jüngsten Finanzmarkturbulenzen erwiesen. Flexiblere Wechselkurse und der zunehmende Einsatz von Schuldtiteln in Inlandswährung haben zwei Ursachen von Schwachstellen reduziert. Das Direktorium betonte, wie wichtig es ist, das Schuldenmanagement in diesen Volkswirtschaften zu verbessern, und mehrere Schwellenländer haben mit Unterstützung des Fonds Politikmaßnahmen umgesetzt, um ihre gesamtwirtschaftlichen Eckdaten zu verbessern. Die andauernden Marktstörungen könnten allerdings die Risiken für die Länder erhöhen, die von kurzfristigen Kapitalzuflüssen abhängig sind, um ein großes Zahlungsbilanzdefizit und rasches inländisches Kreditwachstum zu finanzieren.

Neue Instrumente für Schwellenmärkte

Da sich die Schwachstellen der Schwellenmärkte ständig ändern, prüft der IWF, ob seine Finanzinstrumente die Anforderungen der aufstrebenden Volkswirtschaften erfüllen. Es gibt ein ermutigendes Maß an Unterstützung für eine vorgeschlagene Kreditlinie mit raschem Zugang (rapid access line – RAL).⁵⁰ Die Mitglieder sind allerdings noch gemischter Auffassung über die konkrete Ausgestaltung, und bisher gibt es noch keinen Konsens darüber, welche Art von Instrument für die Mitgliedsländer am sinnvollsten wäre. Angesichts der jüngsten globalen Finanzmarkturbulenzen arbeitet der Fonds aber dennoch verstärkt an den Modalitäten eines neuen Liquiditätsinstruments und prüft die Vorschläge einiger Exekutivdirektoren, eine Finanzstabilitätslinie für Länder einzuführen, die sich



LINKS: Straße in Monrovia, Liberia. RECHTS: Der Geschäftsführende Direktor des IWF und Mitglieder des Direktoriums treffen sich mit dem Präsidenten von Tansania Jakaya Kikwete in Daressalam, Tansania.

51 Für weitere Informationen siehe IWF-Jahresbericht 2007, Seiten 46-47, und den Internetauftritt des Unabhängigen Evaluierungsbüros: www.ieo-imf.org.

in die globalen Kapitalmärkte integrieren und Finanzsektorreformen durchführen.

Einkommensschwache Länder

Der Fonds arbeitet nach wie vor eng mit den einkommensschwachen Ländern zusammen. Es erfolgte allerdings eine Neuausrichtung, indem sich der IWF auf die Kernbereiche seiner Expertise konzentriert: makroökonomische Politikmaßnahmen und Institutionen, die die für stetiges Wachstum und Armutsbekämpfung erforderliche Stabilität sichern. Strukturfragen außerhalb dieser Kernthemen rücken in den Hintergrund. Politikberatung, Finanzierung und Hilfe zum Kapazitätsaufbau (siehe unten) sind zwar auf die Bedürfnisse der einzelnen Länder zugeschnitten, der IWF stützt sich dabei allerdings auch auf seine länderübergreifende Erfahrung und Perspektive. Um die Arbeit des Fonds im Bereich der einkommensschwachen Länder besser zu fokussieren und die interne Abstimmung zu verbessern und um den Informationsaustausch sowie die Arbeit des Fonds mit den Gebern zu stärken wird der abteilungsübergreifende IWF-Ausschuss für einkommensschwache Länder umstrukturiert. Mit zunehmendem Wachstum und Reifegrad in einigen einkommensschwachen Ländern legt der Fonds den Schwerpunkt verstärkt auf Themen wie die Politikreaktionen auf Kapitalzuflüsse, extreme Schwankungen der Rohstoffpreise und Finanzmarktentwicklung. Themen wie Wachstum, Armutsbekämpfung und Schuldentragfähigkeit bleiben aber auch Prioritäten. Das Direktorium plant, die Rolle des Fonds in einkommensschwachen Ländern Anfang des Geschäftsjahres 2009 eingehend zu untersuchen.

Klärung der Rolle des Fonds in einkommensschwachen Ländern

Um die Rolle des Fonds in den einkommensschwachen Ländern zu klären und die Arbeit in diesem Bereich

zu stärken, reiste der Geschäftsführende Direktor des IWF im Februar 2008 nach Burkina Faso, Nigeria, Senegal und Tansania. Dort führte er mit afrikanischen Führern und Vertretern des Privatsektors und der Zivilgesellschaft Gespräche über die Herausforderungen, vor denen die afrikanischen Länder südlich der Sahara stehen, und erörterte mit ihnen die Rolle des IWF in der Region. Des Weiteren wollte er aus erster Hand erfahren, wie der IWF die Bemühungen seiner Mitglieder zur Stärkung des Wachstums und zur Reduzierung der Armut am besten unterstützen kann. Die Exekutivdirektoren des IWF besuchten ebenfalls im Februar eine Reihe von afrikanischen Ländern, um mit Staatschefs und hochrangigen Beamten sowie einem breiten Fächer von betroffenen Parteien zusammenzutreffen, darunter Vertreter des öffentlichen und privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der Entwicklungspartner.

Im Juni 2007 erörterte das Exekutivdirektorium außerdem den Umsetzungsplan für die vom Direktorium bestätigten Empfehlungen im Bericht des Unabhängigen Evaluierungsbüros über die Hilfe des IWF an Afrika südlich der Sahara (siehe Kapitel 5). Das Direktorium bestätigte die Verbesserungen in der makroökonomischen Leistung der Region im Zeitraum 1999-2005 und führte sie teilweise auf die Beratung und Geschäftstätigkeit des IWF zurück. Es zeigte aber auch Bereiche auf, in denen weitere Verbesserungen erforderlich sind, darunter die Rolle des IWF bei der Armutsbekämpfung, die Mobilisierung von Hilfe, die Erarbeitung alternativer Szenarien zur Verwirklichung der Millennium-Entwicklungsziele sowie die Anwendung der Analyse der Armutseffekte und sozialen Auswirkungen.⁵¹

Die Finanzhilfe des Fonds für einkommensschwache Länder ist nach wie vor wichtig als direkte Hilfe sowie

52 Die Zusammenfassung der Direktoriums-
aussprache findet sich auf der CD-ROM
und im Internetauftritt des IWF: „IMF
Executive Board Discusses the Fund's
Role in the Poverty Reduction Strategy
Process and Its Collaboration with
Donors“, PIN 07/130, [www.imf.org/
external/np/sec/pn/2007/pn07130.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn07130.htm).

53 Siehe „IMF Executive Board Fully
Restores Liberia's IMF Status, Approves
Financial Support Amounting to
US\$952 Million and HIPC Decision
Point Designation“, PR 08/52, auf der
CD-ROM oder im Internetauftritt des
IWF unter [www.imf.org/external/np/sec/
pr/2008/pr0852.htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0852.htm). Um sich für HIPC-
Unterstützung zu qualifizieren, muss
ein Land eine solide Wirtschaftspolitik
verfolgen, die durch den IWF und die
Weltbank unterstützt wird. Wenn das
Land einen Leistungsnachweis über
gute Wirtschaftspolitik erbringt und ein
PRSP bzw. ein Interims-PRSP erstellt,
erreicht es den Entscheidungspunkt,
der Zeitpunkt, an dem der IWF
und die Weltbank formell über die
Berechtigung des Landes entscheiden
und die internationale Gemeinschaft
sich dazu verpflichtet, die Schulden
des Landes auf ein tragbares Niveau
zu senken. Das Land muss dann
anschließend mit der Unterstützung
der internationalen Gemeinschaft
weitere Leistungsnachweise erbringen,
indem es Politikreformen durchführt,
die makroökonomische Stabilität
sichert und ein PRSP verabschiedet
und umsetzt. Von den im Pariser
Club versammelten Gläubigern sowie
anderen bilateralen und kommerziellen
Gläubigern wird dann erwartet, die
fällig werdenden Verbindlichkeiten
umzuschulden. Ein Land erreicht seinen
Abschlusszeitpunkt, sobald es die am
Entscheidungszeitpunkt gesetzten Ziele
erfüllt. Dann erhält es den Rest der
zugesagten Entschuldung.

54 Bei Einrichtung der MDRI wurden die
Kosten des IWF für die Gewährung von
MDRI-Entschuldung auf 2,6 Mrd. SZR
geschätzt.

55 Die Zusammenfassung dieser
Direktoriumsaussprache findet sich
auf der CD-ROM und im Internetauftritt
des IWF: „IMF Executive Board Modifies
HIPC Initiative“, PIN 08/03, [www.imf.
org/external/np/sec/pn/2008/pn0803.
htm](http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0803.htm).

als Katalysator für Unterstützung von anderen Gebern.
Im Oktober 2007 erörterte das Exekutivdirektorium
die Rolle des IWF im Prozess der Armutsbekämpfungs-
strategie (poverty reduction strategy – PRS) sowie
seine Zusammenarbeit mit Gebern und bekräftigte,
dass der IWF bei seiner Arbeit in den einkommens-
schwachen Ländern im Rahmen des PRS-Prozesses
den Schwerpunkt auf Politikberatung und technische
Hilfe zur Entwicklung geeigneter makroökonomischer
Regelwerke und makroökonomisch erforderlicher
Strukturen legen sollte.⁵² Es stellte fest, dass
die PRSPs inzwischen als operationeller Rahmen für
die Armutsbekämpfungsmaßnahmen der Länder und
für die Koordinierung der externen Hilfe zur Erreichung
der MDGs anerkannt werden. Die Exekutivdirektoren
kamen überein, dass der Hauptbeitrag des IWF zu den
MDG-Anstrengungen in der Unterstützung der Länder
bei ihren Bestrebungen liegt, makroökonomische
Stabilität, Schuldentragfähigkeit und solide öffentliche
Finanzen zu bewahren. Ferner stellten sie fest, dass der
Fonds auch in Zukunft eine besser vorhersehbare und
effektivere Entwicklungshilfe einfordern sollte.

Die Exekutivdirektoren ließen verlauten, dass eine enge
Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungspartnern
entscheidend ist für eine effektive Arbeit des IWF mit
seinen einkommensschwachen Mitgliedern und für
eine erfolgreiche Neuausrichtung der Rolle des Fonds.
Sie forderten eine Vertiefung dieser Zusammenarbeit
mit einer besseren Abgrenzung der Zuständigkeiten
und einer besseren Arbeitsteilung. Die Exekutivdi-
rektoren betonten gleichzeitig, dass die Einsicht der
Länder in die Notwendigkeit des Hilfsprozesses für
eine erfolgreiche Geberkoordinierung von entschei-
dender Bedeutung ist, und sie ließen verlauten, dass
die Vereinbarungen zwischen den Behörden, dem
IWF, der Weltbank und anderen Entwicklungspartnern
ein wichtiges Element der Zusammenarbeit mit den
Gebern sind. Der Fonds stärkte im Geschäftsjahr 2008
seine Zusammenarbeit mit der Weltbank durch die
Umsetzung des gemeinsamen Management-Akti-
onsplans (Joint Management Action Plan) und durch
Pilotprojekte in einer Reihe afrikanischer Länder in
Bereichen wie öffentliche Finanzwirtschaft, Finanz-
sektor sowie Management der natürlichen Ressourcen
(siehe Kapitel 5).

Schuldenerleichterung und Schuldenmanagement

Im Geschäftsjahr 2008 profitierten weitere Länder
von Schuldenerleichterung im Rahmen der HIPC-Ini-
tiative und der MDRI. Es wurden zudem Änderungen

am HIPC-Regelwerk angebracht, um stabsüberwachte
Programme (Staff-Monitored Program – SMP), die die
Kriterien von Programmen in der oberen Kredittran-
che erfüllen, in die Liste der Instrumente aufzuneh-
men, die die HIPC's im Rahmen der HIPC-Initiative als
Leistungsnachweis auf dem Weg zum Entscheidungs-
punkt verwenden können (siehe unten). Liberia, eines
von drei HIPC-berechtigten Ländern mit langwierigen
Rückständen gegenüber dem IWF, war das erste Land,
das von dieser Änderung profitierte und deshalb im
März seinen Entscheidungspunkt erreichte (siehe
Kasten 4.1).⁵³

Mit Stand vom 30. April 2008 hatten 33 Länder den
Entscheidungspunkt unter der erweiterten HIPC-
Initiative erreicht und davon waren 23 an ihrem
Abschlusspunkt angekommen. Insgesamt hat der
IWF 2,3 Mrd. SZR unter der HIPC- Initiative zugesagt
und 1,7 Mrd. SZR ausgezahlt. Im Geschäftsjahr 2008
gelangten drei Mitgliedsländer (Afghanistan, Liberia
und die Zentralafrikanische Republik) an ihren Ent-
scheidungspunkt und ein weiteres Land (Gambia)
erreichte seinen Abschlusspunkt. Des Weiteren billigte
das Exekutivdirektorium die Auszahlung einer HIPC-
Aufstockung an São Tomé und Príncipe.

Die MDRI wurde Anfang 2006 eingeführt, um die
Schulden berechtigter einkommensschwacher Länder
noch weiter zu reduzieren und Mittel bereitzustellen,
die diese Länder zur Erreichung ihrer MDGs einsetzen
können. Unter dem bestehenden Finanzierungsregel-
werk der MDRI erhalten die berechtigten Mitglieder
eine 100-prozentige Entschuldung ihres gesamten
Schuldenstandes gegenüber dem IWF mit Stand von
Ende Dezember 2004, der zu dem Zeitpunkt, an dem
sich das Mitglied für diese Entschuldung qualifiziert,
noch aussteht und der nicht von der Hilfe im Rahmen
der HIPC-Initiative erfasst wird.⁵⁴ (Siehe CD-Tabellen
4.3 und 4.4 auf der CD-ROM.)

Im Januar 2008 änderte das Exekutivdirektorium die
PRGF-HIPC-Treuhandurkunde und nahm SMPs, die
bestimmte Politikstandards erfüllen, in die Liste der
Instrumente auf, die eingesetzt werden können, um im
Rahmen der HIPC-Initiative einen Leistungsnachweis
für die Erreichung des Entscheidungspunkts zu erbrin-
gen. Diese Standards entsprechen den Standards für
Programme, die durch Vereinbarungen in den oberen
Kredittranchen oder durch die PRGF unterstützt wer-
den.⁵⁵ Durch diese Änderung wird es möglich, die Leis-
tung zu würdigen, die die betreffenden Länder bei der

Liberia beglich seine Rückstände gegenüber dem Fonds im März 2008, im Anschluss an die Begleichung der Rückstände gegenüber der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank im Dezember 2007, und die Mitglieder des Pariser Clubs gewährten dem Land im April 2008 eine Umschuldung zu Vorzugsbedingungen. Es werden weitere Schritte unternommen, um die Beziehungen zu anderen Gläubigern zu normalisieren.

KASTEN 4.1

Liberia: Begleichung der Rückstände gegenüber dem IWF

Nachdem Liberia seit 1984 in ständigem Zahlungsverzug gegenüber dem IWF gewesen war, normalisierte das Land am 14. März 2008 seine Beziehungen mit dem Fonds durch die Begleichung seiner Rückstände in Höhe von 543 Mio. SZR. Eine verbesserte Zusammenarbeit mit dem Fonds, darunter eine zufrieden stellende Leistung im Rahmen eines stabsüberwachten Programms mit den Kriterien der oberen Kredittranchen, ebneten den Weg für die Begleichung der Rückstände. Die Begleichung von Liberias Rückständen und die anschließende Quotenerhöhung unter der Elften Allgemeinen Überprüfung wurden durch Intertageskredite der Vereinigten Staaten ermöglicht. Zusätzlich haben eine große Zahl von IWF-Mitgliedsländern zu dem Finanzierungspaket beigetragen, das für die Entschuldung Liberias erforderlich war. Diese bilateralen Beiträge kamen infolge einer teilweisen Auszahlung des Saldos im ersten Sonderkonto des Fonds für Eventualfälle (Special Contingency Account - SCA-1) zustande. Dieser Betrag war als Rücklage und Sicherheit für mögliche Kreditverluste angelegt worden. Des Weiteren wurden

die Ausgleichsbeträge für gestundete Gebühren eingesetzt, die angelegt worden waren, um die Auswirkungen von Liberias Zahlungsrückständen auf die Einnahmen des Fonds auszugleichen (siehe Kapitel 5).

Im Anschluss an die Begleichung von Liberias Rückständen rekonstituierte das Exekutivdirektorium die Stimm- und diesbezüglichen Rechte des Landes sowie die Berechtigung, die allgemeinen Mittel des Fonds in Anspruch zu nehmen, und es hob die Aussetzung seiner Rechte zur Nutzung von SZR auf. Auf dieser Grundlage und angesichts der zufrieden stellenden Zusicherungen für Mittel, die die Entschuldung Liberias durch den IWF finanzieren werden, billigte das Direktorium im Geschäftsjahr 2008 Liberias Antrag auf Vereinbarungen über einen Gesamtbetrag von 582 Mio. SZR im Rahmen der PRGF und der Erweiterten Fondsfazilität (Extended Fund Facility - EFF). Es stellte außerdem fest, dass Liberia den Entscheidungspunkt im Rahmen der erweiterten HIPC-Initiative erreicht hat, und billigte Liberias Antrag auf Interims-HIPC-Unterstützung.

56 Die Zusammenfassung der Direktoriausssprache findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF: „IMF Executive Board Discusses Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI)–Status of Implementation and the Financing of the Fund’s Concessional Assistance and Debt Relief to Low-Income Member Countries“, PIN 07/122, www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn07122.htm. Die Direktoriausssprache stützte sich auf ein gemeinsames IWF-Weltbank-Papier mit dem Titel „Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative and Multilateral Debt Relief Initiative (MDRI)–Status of Implementation“, das verfügbar ist im Internetauftritt des IWF, www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/082807.pdf, zusammen mit einem gemeinsamen IWF-IDA-Papier mit dem Titel „Enhanced Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative–Status of Non-Paris Club Official Bilateral Creditor Participation“, www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/091007.pdf; die beiden Papiere bildeten den Hintergrund für die Direktoriausssprache.

Umsetzung von makroökonomischen Stabilisierungs- und Strukturreform-Programmen in dem Zeitraum erbringen, in dem der Fonds und andere internationale Institutionen die Finanzierungszusagen einholen, die für die Begleichung der Rückstände und die Gewährung von Schuldenerleichterung erforderlich sind.

Im September 2007 prüfte das Exekutivdirektorium den Umsetzungsstand der HIPC-Initiative und der MDRI und erörterte die Finanzierung der konzessionären Hilfe und der Schuldenerleichterung für einkommensschwache Mitgliedsländer.⁵⁶ Die Exekutivdirektoren brachten ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass die langfristige Schuldentragfähigkeit trotz der Entschuldung unter der HIPC-Initiative und der MDRI und der daraus folgenden Reduzierung der Schuldenquote für die meisten HIPCs eine große Herausforderung bleibt. Sie betonten, dass die HIPCs die öffentlichen Einnahmen erhöhen, ihre Produktions-

und Exportbasis diversifizieren und ihre öffentlichen Institutionen stärken müssen, um ihre strukturellen Schwachstellen anzugehen und eine langfristige Schuldentragfähigkeit zu sichern. Sie stellten außerdem fest, wie wichtig es ist, das Management der öffentlichen Schulden zu verbessern, und sie ermutigten die HIPCs, verantwortungsbewusste Finanzierungsstrategien auf der Grundlage ihrer Schuldentragfähigkeitsanalyse zu verfolgen. Sie betonten ferner, dass der Stab den HIPCs weiterhin technische Hilfe leisten sollte, um ihre Schuldenmanagement-Kapazitäten zu verbessern und ihnen zu helfen, mittelfristige Schuldenstrategien zu entwickeln. Sie riefen alle Gläubiger auf sicherzustellen, dass die Kredite an die HIPCs nicht zu einer erneuten Erhöhung des Schuldenstands führen und dass die Hilfe auf transparente Art erfolgt.

Der IWF hat gemeinsam mit der Weltbank ein Projekt eingeleitet, das die Schuldenmanagement-Kapazitäten der einkommensschwachen Länder verbessern soll.

57 Siehe „The Debt Sustainability Framework for Low-Income Countries: Introduction“ im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pubs/ft/dsa/lic.htm.

58 Die Diskussion erfolgte im Rahmen einer Überprüfung von zwei Stabspapieren, die die jüngste Arbeit des IWF hinsichtlich der angemessenen Reaktion auf die Aufstockung der Hilfeströme zusammenfassen. Diese Dokumente sind verfügbar im Internetauftritt des IWF: „Aid Inflows—The Role of the Fund and Operational Issues for Program Design“, www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/061407.pdf und „Fiscal Policy Response to Scaled-Up Aid“, www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/060507.pdf. Die Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache mit dem Titel „IMF Executive Board Discusses Operational Implications of Aid Inflows for IMF Advice and Program Design in Low-Income Countries“, PIN 07/83, findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0783.htm.

59 „Food and Fuel Price Increases in Sub-Saharan Africa: Background Note for WAEMU Meeting on April 23, 2008 in Abidjan“. Diese Mitteilung ist verfügbar auf der CD-ROM.

In diesem Zusammenhang besuchen Länderbeamte Fortbildungskurse, die sie in die Lage versetzen, das Schuldentragfähigkeits-Regelwerk als Politikinstrument einzusetzen (siehe „Aufbau von Institutionen und Kapazitäten“ weiter unten). Im Geschäftsjahr 2008 arbeitete der IWF-Stab eng mit der Exportkreditgruppe der OECD zusammen, um die Grundsätze für eine tragfähige Kreditvergabe, die im Januar 2008 beschlossen wurden, näher zu definieren. Die Grundsätze verpflichten die Exportkreditstellen der OECD zur Einhaltung der Vorzugsbedingungen, die der IWF und die Weltbank einkommensschwachen Ländern gewähren, und zur Berücksichtigung der Ergebnisse aus den Schuldentragfähigkeitsanalysen für die anderen einkommensschwachen Länder. Der Fonds und die Weltbank haben außerdem Webseiten eingerichtet, um den Geberorganisationen und Gläubigern Informationen über länderspezifische Schuldentragfähigkeitsanalysen und über Vorzugsbedingungen zur Verfügung zu stellen.⁵⁷

Nichtfinanzielle Unterstützung

Der Fonds bietet einkommensschwachen Ländern nichtfinanzielle Programmunterstützung durch eine Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik (Policy Support Instrument – PSI). Im Geschäftsjahr 2008 wurden zwei PSIs verabschiedet (für Mosambik und Senegal), wodurch sich die Gesamtzahl der Länder, für die ein PSI verabschiedet wurde, auf sechs erhöht. (Im Geschäftsjahr 2006 wurde ein PSI für Nigeria gebilligt und im Geschäftsjahr 2007 wurden PSIs für Kap Verde, Tansania und Uganda verabschiedet.) Das Exekutivdirektorium führte das Regelwerk für die PSIs im Geschäftsjahr 2006 ein, um die Bedürfnisse derjenigen einkommensschwachen Länder anzugehen, die keine Finanzhilfe des IWF mehr benötigen oder wollen, aber die Beratungs- und Überwachungsarbeit des IWF in Bezug auf ihre Wirtschaftspolitik weiterhin in Anspruch nehmen möchten. Durch die Bestätigung der Wirtschaftspolitik erfüllen die PSIs eine „Signalfunktion“, d. h. sie bieten indirekt Informationen über die Wirtschaftsleistung und -aussichten eines Landes, die von Außenstehenden benutzt werden können (zum Beispiel private Gläubiger, Geber und die breite Öffentlichkeit). Die PSIs haben die gleiche Struktur wie PRGF-Vereinbarungen und erfüllen viele der gleichen Zwecke. Sie stützen sich ebenso wie die PRGF-Vereinbarungen und Schuldenerleichterung auf die Erstellung einer Armutsbekämpfungsstrategie. Im Falle eines exogenen Schocks können zufrieden

stellend verlaufende PSIs die Grundlage für einen raschen Zugang zu ESF-Mitteln darstellen.

Aufstockung der Hilfe

Die internationale Gemeinschaft hat sich dazu verpflichtet, die Hilfe an einkommensschwache Länder aufzustocken und effektiver bereitzustellen, um diese Länder auf ihrem Weg zu den MDGs zu unterstützen (Kasten 4.2). Der IWF bietet den Ländern Politikberatung, Finanzhilfe (darunter Schuldenerleichterung) und technische Hilfe, um ihnen zu helfen, ein makroökonomisches Umfeld zu schaffen, in dem sie die Hilfe effektiv nutzen können. Im Juli 2007 erörterte das Exekutivdirektorium die Auswirkungen der geplanten Aufstockung der Hilfe an einkommensschwache Länder für die Rolle des Fonds sowie die Ausgestaltung von IWF-gestützten Politikprogrammen – insbesondere die Ausgestaltung der Fiskal-, Geld- und Wechselkurspolitik. (Kasten 4.3).⁵⁸

Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise

Im Geschäftsjahr 2008 richtete der Fonds eine abteilungsübergreifende Taskforce für Nahrungsmittel- und Treibstoffpreise ein, die im April 2008 dem Exekutivdirektorium in einem Informationsgespräch ihr Arbeitsprogramm vorlegte. Das Direktorium führte eine weit reichende Diskussion über die angemessene Reaktion auf die Nahrungsmittel- und Treibstoffkrise, den Einsatz der IWF-Fazilitäten und die Politikberatung. Das Direktorium verabschiedete das Arbeitsprogramm, und die Arbeit der Taskforce schreitet in drei Bereichen voran: Diagnose des Problems, Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, die an der Hochrangigen Arbeitsgruppe für die weltweite Nahrungsmittelkrise teilnehmen – dazu gehören auch einige VN-Sonderorganisationen – sowie mit der Weltbank, um sicherzustellen, dass der Beitrag des Fonds (darunter Finanzhilfe) mit den internationalen Anstrengungen zur Lösung der Probleme, die mit den Preiserhöhungen zusammenhängen, koordiniert wird sowie Politikberatung an die schwächsten Länder, damit die mittel- und langfristige Nachhaltigkeit der ergriffenen Politikmaßnahmen sichergestellt werden kann.

Der Fonds hat ein umfassendes Papier über die verschiedenen Politikoptionen erarbeitet und den Finanzministern der Mitgliedsländer der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion zur Diskussion vorgelegt.⁵⁹ Er berät außerdem PRGF-berechtigte und andere Länder zu möglichen Politikreaktionen auf

KASTEN 4.2

Globaler Monitoring-Bericht verweist auf unzureichende Fortschritte bei MDGs

Der IWF und die Weltbank überprüfen die Fortschritte der einkommensschwachen Länder auf dem Weg zu den Millennium-Entwicklungszielen und sie veröffentlichen jährlich gemeinsam ihre Ergebnisse im Globalen Monitoring-Bericht (*Global Monitoring Report* – GMR). Der fünfte GMR, der im April 2008 unter dem Titel *Global Monitoring Report: MDGs and the Environment – Agenda for Inclusive and Sustainable Development* veröffentlicht wurde, stellte fest, dass ein großer Teil der Welt die extreme Armut bis zum Jahr 2015 halbieren kann, die armen Länder die angestrebte Reduzierung der Kinder- und Müttersterblichkeit jedoch voraussichtlich nicht erreichen werden. In den Bereichen Grundschulabschluss, Ernährung sowie Wasserversorgung und Kanalisation wird es wahrscheinlich ebenfalls schwerwiegende Mängel geben.¹

Der Bericht betont die Verbindung zwischen Umwelt und Entwicklung und fordert dringende Maßnahmen im Bereich des Klimawandels. Er weist darauf hin, dass die Entwicklungsländer am meisten unter dem Klimawandel und der Zerstörung der natürlichen Ressourcen leiden müssen.

Die Entwicklungsländer brauchen Unterstützung, um auf der Grundlage der schwer errungenen Erfolge die Verbindungen zwischen Wachstum, Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit angehen zu können.

Die Fortschritte auf dem Weg zu den MDGs unterscheiden sich beträchtlich in den einzelnen Ländern, Regionen und Einkommensgruppen. Afrika südlich der Sahara liegt in allen Bereichen zurück, auch bei der Armutsbekämpfung, obwohl viele Länder der Region inzwischen ein höheres Wachstum erzielen. Wenn die Länder selbst sowie ihre Entwicklungspartner stärkere Anstrengungen unternehmen, bleiben die meisten MDGs für die meisten Länder erreichbar. Der Bericht legt einen integrierten Sechs-Punkte-Plan dar: Er setzt starkes inklusives Wachstum an die Spitze und fordert eine effektivere Hilfe, einen erfolgreichen Abschluss der Doha-Runde von Handelsgesprächen, eine stärkere Betonung von Gesundheitsversorgung, Bildung und Ernährung in den Programmen sowie einen Finanz- und Technologietransfer, um die Bekämpfung von und die Anpassung an Klimawandel zu unterstützen.

¹ Siehe „Progress Toward Nutrition, Health, Education, and Other Development Goals Off Track, Global Monitoring Report Finds“, PR 08/75. Der GMR findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/hp/sec/pr/2008/pr0875.htm.

60 Es handelte sich um die dritte Tagung der Beratungsgruppe, die im April 2007 gegründet wurde, um den Politikdialog des IWF mit der Gruppe der afrikanischen Gouverneure zu stärken. Sie besteht aus Mitgliedern der Gruppe der afrikanischen Gouverneure und dem Geschäftsführenden Direktor des IWF.

die gestiegenen Nahrungsmittelpreise, insbesondere Maßnahmen, die den Armen dienen. Im April 2008 reiste ein IWF-Stabsteam nach Haiti, ein großer Nettoimporteur von Nahrungsmitteln, um die Auswirkungen der steigenden Nahrungsmittelpreise auf das Wirtschaftsprogramm der Regierung zu beurteilen und zu erörtern, welche Art von Unterstützung den Bedürfnissen Haitis am besten entspricht. Eine Reihe von Ländern, vor allem in Afrika, haben zusätzliche Finanzhilfe beantragt (durch ihre PRGF-Vereinbarungen), um die höheren Kosten für Nahrungsmittelimporte zu decken. Anfang des Geschäftsjahres 2009 billigte das Exekutivdirektorium denn auch Finanzhilfe durch die PRGF für sieben Länder, deren Zahlungsbilanz von den steigenden Kosten für Nah-

rungsmittel- und Treibstoffimporte stark belastet ist. Das Direktorium prüft außerdem Möglichkeiten zur Änderung der Fazilität für exogene Schocks, um ihren Nutzen zu erhöhen.

Im April 2008 tagte die Beratungsgruppe für Afrika im Hauptsitz des IWF in Washington, D.C.,⁶⁰ um die Auswirkungen der hohen Weltpreise für Nahrungsmittel und Treibstoff sowie die Herausforderungen für die politischen Entscheidungsträger in Afrika südlich der Sahara und weltweit zu erörtern. Die Gruppe kam überein, dass die Politikmaßnahmen denjenigen helfen sollten, die am wenigsten dazu in der Lage sind, hohe Preise zu bewältigen, ohne die schwer erkämpften Fortschritte bei der wirtschaftlichen Stabilisierung

Im Juli 2007 erörterte das Exekutivdirektorium die operationellen Auswirkungen der Hilfsaufstockung für die Beratungstätigkeit und Programmgestaltung des IWF. Die Exekutivdirektoren stellten fest, dass eine Aufstockung der Hilfe bisher nur begrenzt festzustellen ist, und sie bekräftigten, dass der IWF bei seiner Arbeit in einkommensschwachen Ländern weiterhin den Schwerpunkt auf die Kernbereiche des Fonds legen sollte. Sie begrüßten die Feststellung, dass die IWF-unterstützten Programme die Hilfeleistungen inzwischen besser integrieren und Ausgaben zugunsten der Armen stärker fördern.

Die Exekutivdirektoren sprachen sich dafür aus, vor dem Hintergrund aufgestockter, aber volatiler und unsicherer Hilfeströme die bestmöglichen Praktiken für die Ausgestaltung der makroökonomischen Politik in IWF-gestützten Programmen festzustellen. Sie betonten dabei, dass sich die Formulierung der makroökonomischen Politik in einem Umfeld erhöhter Hilfe auf längerfristige Ausgabenpläne und die Verfügbarkeit von Ressourcen stützen sollte, wobei mittelfristige Regelwerke die geeigneten Politikinstrumente für diesen Zweck seien. Sie stellten fest, dass die Hilfsauszahlungen häufig schwanken, und sprachen sich dafür aus, die Ausgaben über einen bestimmten zeitlichen Rahmen zu glätten, sodass die Programme ausreichend finanziert werden. Sie betonten die Notwendigkeit einer sorgfältigen Überwachung der Ausgaben, um die Tragfähigkeit der Schulden zu sichern, wobei sie feststellten, dass ineffiziente Ausgaben lediglich die Schuldenlast erhöhen, ohne die wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse zu verbessern.

Die Exekutivdirektoren unterstrichen die Bedeutung einer Koordinierung der Fiskal-, Geld- und Wechselkurspolitik zur Steuerung der Hilfezuflüsse und viele von ihnen stellten fest, dass eine

Aufstockung der Hilfe die Notwendigkeit flexibler Wechselkurse mit sich bringt, wogegen ein kontrolliertes Floaten die Politik- und Programmgestaltung vor große Herausforderungen stellen kann. Sie ließen verlauten, dass der Fonds nach wie vor die wichtige Aufgabe hat, die Mitgliedsländer in Bezug auf Wechselkurspolitik zu beraten, und sie empfahlen eine Geldpolitik, die die Absorption der Hilfezahlungen mit Preisstabilität und ausreichenden Reservebeständen in Einklang bringt und gleichzeitig die Verdrängung der Privatinvestitionen verhindert.

Die Exekutivdirektoren ließen verlauten, dass Maßnahmen zur Reduzierung der Abhängigkeit von Hilfe ein integraler Bestandteil der makroökonomischen Politik zur Steuerung der aufgestockten Hilfe sein sollten. Sie betonten, dass die Stärkung der fiskalischen Institutionen und der öffentlichen Finanzwirtschaft entscheidend ist für eine effektive Nutzung der aufgestockten Hilfe. Sie forderten zudem die einkommensschwachen Länder auf, nach einer Beurteilung der bestehenden Systeme zeitlich gestaffelte Aktionspläne mit klaren Prioritäten zur Stärkung ihrer öffentlichen Finanzwirtschaftssysteme zu erstellen. Diese Pläne sollten vorrangig Reformmaßnahmen enthalten, die mit den lokalen Kapazitäten zur Durchführung dieser Reformen in Einklang stehen. Angesichts des wachsenden Trends zur Dezentralisierung betonten die Exekutivdirektoren die Notwendigkeit effektiver öffentlicher Finanzwirtschaftssysteme auf der Ebene von Ländern und Gemeinden, wo ein großer Teil der Sozialausgaben angesiedelt ist. Die Exekutivdirektoren betonten die Notwendigkeit einer andauernden Geberunterstützung, darunter technische Hilfe, an die einkommensschwachen Länder, damit diese Aktionspläne zur Verbesserung der öffentlichen Finanzwirtschaft entwickeln und umsetzen können.

61 Siehe „IMF Executive Board Discusses Aid for Trade“, PIN 08/14, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0814.htm. Das Papier mit dem Titel „Aid for Trade: Harnessing Globalization for Economic Development“ ist verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/080107.pdf.

zu gefährden. Sie stellten fest, dass zeitlich befristete gezielte Subventionen dazu beitragen können, die schwächsten Gruppen vor den Auswirkungen von Schocks zu schützen, wobei allerdings sichergestellt werden muss, dass die Subventionen nicht dauerhaft werden. Die Länder sollten zwar ein effizientes soziales Sicherheitsnetz aufbauen, die Gruppe stellte jedoch fest, dass dies nicht immer einfach ist und dass in einigen Fällen suboptimale Lösungen angemessen sind.

Die Gruppe ließ verlauten, dass Länder, die einen komparativen Vorteil in der Nahrungsmittelproduktion haben, Hindernisse für die heimische Produktion von Agrarprodukten abbauen sollten (einige tun dies bereits) und dass die Länder Verzerrungen, wie zum Beispiel ungezielte Subventionen, vermeiden sollten. Der Geschäftsführende Direktor bekräftigte die Bereitschaft des IWF, Länder bei der Ausgestaltung der makroökonomischen Politikmaßnahmen zur Bewältigung von Schocks zu unterstützen. Dazu gehört auch die Schaffung von fiskalpolitischem Spielraum für Sicherheitsnetze. Die Gruppe unterstützte die Forderung an bilaterale und multilaterale Geber, die Nahrungsmittelhilfe beträchtlich aufzustocken.

Handelsbezogene Hilfe

Im September 2007 erörterte das Exekutivdirektorium ein gemeinsames Dokument von IWF und Weltbank über die Anstrengungen der multilateralen Gemeinschaft, die Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zu fördern.⁶¹ Die Exekutivdirektoren begrüßten die Initiativen der Welthandelsorganisation (World Trade Organization - WTO) und anderer Institutionen zur Förderung von handelsbezogener Hilfe und zur Verbesserung ihrer Koordinierung und Durchführung.

Die Exekutivdirektoren bedauerten zwar, dass es sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Entwicklungsländern nach wie vor Hindernisse für den Handel mit Produkten gibt, die für die ärmsten Länder relevant sind, sie wiesen jedoch darauf hin, dass viele bestehende Handelsmöglichkeiten ungenutzt bleiben aufgrund von Mängeln in der Infrastruktur und anderen Problemen im Inlandsangebot sowie aufgrund von Schwächen in der Politik und in der Regierungsführung. Sie stellten außerdem fest, dass handelsbezogene Hilfe den einkommensschwachen Ländern helfen kann, bestehende und neue Handelsmöglichkeiten besser zu nutzen. Sie wiesen ferner darauf hin, dass die Vorteile der handelsbezogenen Hilfe erhöht werden können, wenn sie mit besseren ordnungspolitischen Maßnahmen, wie etwa weitere Handelsreformen, einhergehen.

Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass die Prioritäten der einzelnen Länder im Hinblick auf handelsbezogene Reformen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sorgfältig festgelegt werden müssen. Dabei sollten die Studien berücksichtigt werden, die unter dem Erweiterten integrierten Rahmenplan (Enhanced Integrated Framework - EIF) durchgeführt werden, und sie sollten in die nationalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien integriert werden. Die Exekutivdirektoren betonten außerdem die Bedeutung einer Finanzaufstockung für den EIF und sie forderten die Geberorganisationen auf, ihre Zusagen hinsichtlich handelsbezogener Hilfe zu erfüllen.

Programmgestaltung

Im Geschäftsjahr 2008 überprüfte das Exekutivdirektorium die Zugangspolitik des Fonds in den Kredittranchen sowie unter der Erweiterten Fondsfazilität und



LINKS UND RECHTS: Fortbildungskurs im Regionalen Ausbildungszentrum von IWF und Singapur in Singapur.

- 62 Siehe „IMF Executive Board Concludes Review of Access Policy in the Credit Tranches and Under the EFF and the PRGF, and Exceptional Access Policy“, PIN 08/30, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0830.htm.
- 63 Der Fonds definiert fragile Staaten als Länder (einschließlich Länder in der Konfliktfolgezeit), deren wirtschaftliche und soziale Leistung stark beeinträchtigt wird durch schwache Regierungsführung, begrenzte Verwaltungskapazitäten, andauernde soziale Spannungen und eine Tendenz zu Konflikten und politischer Instabilität. Die Zusammenfassung der Direktoriumsaussprache „IMF Executive Board Discusses the Fund's Engagement in Fragile States and Post-Conflict Countries—A Review of Experience“, PIN 08/43, findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0843.htm. Die Direktoriumsaussprache stützte sich auf das Stabspapier „The Fund's Engagement in Fragile States and Post-Conflict Countries—A Review of Experience—Issues and Options“, das im Internetauftritt des IWF verfügbar ist unter www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/030308.pdf.

der PRGF und es erörterte die IWF-Grundsatzpolitik für außergewöhnlichen Zugang zu IWF-Mitteln. Es diskutierte ferner einen IEO-Bericht über strukturelle Auflagen in IWF-unterstützten Programmen und es prüfte einen neuen Ansatz für fragile Staaten im Rahmen eines zweistufigen Hilfsprogramms zum wirtschaftlichen Wiederaufbau (Economic Recovery Assistance Program – ERAP).

Zugangspolitik

Das Exekutivdirektorium überprüft regelmäßig die Zugangspolitik des Fonds, d. h. die Grenzen und Leitlinien, die den Finanzierungsbetrag festlegen, den der IWF seinen Mitgliedern zur Unterstützung ihrer Wirtschaftsprogramme zur Verfügung stellt. Die Prüfungen erfassen die normalen Grenzen für den Einsatz von Finanzmitteln in den Kredittranchen (normalerweise unter einer Beistandskredit-Vereinbarung) und unter der EFF sowie das Regelwerk für einen außergewöhnlichen Zugang, das Anleitungen für Finanzierungen gibt, die über die normalen Grenzen hinaus gehen. Die Überprüfungen erfassen außerdem die Kreditgrundsätze im Rahmen der PRGF. Bei Abschluss der letzten Direktoriumsüberprüfung im Februar 2008 kamen die meisten Exekutivdirektoren überein, dass die Leitlinien und Grenzen der Zugangspolitik des IWF nach wie vor angemessen sind, und sie sprachen sich dafür aus, die gegenwärtigen Grenzwerte beizubehalten. Mehrere Exekutivdirektoren hielten es allerdings für notwendig, die Zugangsgrenzen zu erhöhen, da die verfügbaren Mittel bei einigen dynamischen Mitgliedern nicht Schritt gehalten haben mit den Handels- und Kapitalströmen. Die Exekutivdirektoren bekräftigten außerdem, dass die Zugangsentscheidungen weiterhin die folgenden Kriterien berücksichtigen sollten: den Finanzierungsbedarf des betreffenden Mitglieds; seine Fähigkeit, die Verbindlichkeiten gegenüber dem Fonds zurückzuzahlen, einschließlich der Stärke seines Anpassungsprogramms; sowie die Höhe der ausstehenden Finanzverpflichtungen gegenüber dem Fonds. Die meisten Exekutivdirektoren ließen verlauten, dass das Regelwerk für den außergewöhnlichen Zugang sowie die gegenwärtigen Zugangsgrenzen und Kreditvergabenormen der PRGF weitgehend angemessen bleiben und dass zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungen erforderlich sind.⁶²

Strukturelle Auflagen in IWF-unterstützten Programmen

Im Dezember 2007 erörterte das Direktorium eine IEO-Evaluierung über die strukturellen Auflagen

in IWF-gestützten Programmen. Die Exekutivdirektoren stimmten den Ergebnissen des IEO weitgehend zu und stellten fest, dass die IEO-Beurteilung den Anstrengungen zu einer stärkeren Fokussierung und größeren Relevanz des Fonds Auftrieb verleiht. Sie würdigten die im IEO-Bericht angesprochene Verlagerung der Zusammensetzung der strukturellen Auflagen hin zu den Kernbereichen des IWF, die meisten Exekutivdirektoren äußerten sich jedoch besorgt über die Feststellung des IEO, die Zahl der strukturellen Auflagen habe nicht beträchtlich abgenommen und einige strukturelle Auflagen betreffen nur Randbereiche der Programmziele. Das Direktorium unterstützte weitgehend die verstärkten Anstrengungen zur Straffung der Konditionalität, deren Leitlinie ein zurückhaltender Einsatz von Auflagen sein sollte und die den Schwerpunkt auf Maßnahmen legen sollte, die für die Erreichung der Programmziele entscheidend sind. Ein weiterer Grund zur Sorge war die Feststellung des IEO, dass die strukturellen Auflagen in vielen Fällen nur unzureichend eingehalten werden und oftmals keine neuen Reformen nach sich gezogen haben. Um die Einsicht der Länder in die Notwendigkeit der Reformen zu vertiefen, rief das Direktorium dazu auf, die Auffassungen der Behörden bei der Festlegung der Auflagen stärker zu berücksichtigen. Das Exekutivdirektorium erörterte den von der Geschäftsführung vorgelegten Umsetzungsplan für die vom Direktorium gebilligten Empfehlungen Anfang des Geschäftsjahres 2009.

Fragile Staaten

Im März 2008 prüfte das Exekutivdirektorium einen neuen Ansatz – ein zweistufiges Hilfsprogramm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau – zur Unterstützung von fragilen Staaten.⁶³ In der ersten Phase des vorgeschlagenen ERAP würde der IWF technische Hilfe aber keine Finanzhilfe leisten. In der zweiten Phase gäbe es die Möglichkeit einer Finanzierung mit begrenzter und zielgerichteter Konditionalität, um die Wirtschaftsleistung und Politikumsetzung noch weiter zu stärken und es so den Empfängern zu ermöglichen, so schnell wie möglich die Standards einer Finanzierung in den oberen Kredittranchen zu erfüllen.

Die Exekutivdirektoren stimmten weitgehend überein, dass es noch Spielraum gibt, die Kapazitäten des Fonds zur Unterstützung einkommensschwacher fragiler Staaten zu verbessern, wobei sich viele Direktoren für

64 Im Geschäftsjahr 2008 erstellte das IWF-Büro für das Management der technischen Hilfe in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen ein Papier über die Reform der technischen Hilfe und legte es dem Exekutivdirektorium vor. Bei einer Sitzung Anfang des Geschäftsjahres 2009 unterstützte das Direktorium die vom Stab vorgelegten Reformen weitgehend. Siehe „IMF Executive Board Discusses Reforms to Enhance the Impact of Fund Technical Assistance“, PIN 08/58, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0858.htm sowie das Papier „Enhancing the Impact of Fund Technical Assistance“, verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/040308a.pdf.

einen graduellen, flexiblen und mittelfristigen Ansatz aussprachen. Sie betonten, dass der Fonds sich darauf konzentrieren sollte, den fragilen Staaten beim Wiederaufbau ihrer institutionellen Kapazitäten zu helfen, damit sie die makroökonomischen Empfehlungen umsetzen und grundlegende Wirtschaftsreformen durchführen können. Es herrschte Einvernehmen, dass das Engagement des Fonds in den einzelnen Ländern eine Katalysatorwirkung für internationale Finanzhilfe haben und die Basis für Schuldenerleichterung legen kann. Viele Exekutivdirektoren sprachen sich für den vorgeschlagenen Ansatz aus, während eine Anzahl anderer Direktoren die Meinung vertrat, die erforderlichen Verbesserungen in der Arbeit des Fonds mit einkommensschwachen fragilen Staaten könnten im Rahmen des bestehenden Instrumentariums des Fonds erzielt werden, d. h. technische Hilfe, Überwachung, Beurteilungsberichte, stabsüberwachte Programme und Nothilfe nach Konflikten. Die Geschäftsführung wird dem Direktorium operationelle Vorschläge unterbreiten, die die Auffassungen des Direktoriums widerspiegeln, die Ergebnisse der bei der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank im April 2008 eingeleiteten Außenkontakte mit den Mitgliedstaaten berücksichtigen und die geplanten Außenkontakte mit Gebern und sonstigen interessierten Parteien erfassen.

AUFBAU VON INSTITUTIONEN UND KAPAZITÄTEN

Die technische Hilfe und Ausbildung des Fonds sind entscheidende Instrumente, die den Mitgliedsländern helfen, gute Politikmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, und dadurch tragen sie zur Stabilität der Weltwirtschaft bei. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel die Entwicklung solider Institutionen für die Fiskal- und Geldpolitik, ist der Fonds wahrscheinlich der beste – oder sogar der einzige – Ratgeber und Ausbildungsanbieter für die Mitglieder. Angesichts knapper Haushaltsmittel muss der Fonds jedoch Prioritäten setzen und einen stärker strategisch ausgerichteten Ansatz verfolgen und deshalb wurden Reformen durchgeführt, um die Arbeit des Fonds neu zu fokussieren und die Arbeit im Bereich des Kapazitätsaufbaus effektiver zu gestalten.

Erhöhung der Effektivität und Effizienz der technischen Hilfe

Der IWF stellt technische Hilfe in den Kernbereichen seiner Expertise bereit, d. h. Wirtschafts-, Geld-, Wechselkurs- und Steuerpolitik, Verwaltung der öffentlichen

Einnahmen, Ausgabenmanagement, Finanzsektorstabilität, rechtliche Rahmen sowie makroökonomische und finanzielle Statistik. Etwa 80 Prozent der technischen Hilfe des Fonds werden Ländern mit niedrigem Einkommen und im unteren Bereich mittleren Einkommens bereitgestellt (Schaubild 4.2). Die beträchtlichen Änderungen, die zurzeit an der technischen Hilfe des Fonds angebracht werden, haben unter anderem die folgenden Ziele:⁶⁴

- **bessere Integration der technischen Hilfe in die Überwachungstätigkeit und Kreditvergabe des Fonds;**
- **Verbesserung der Prioritätensetzung der technischen Hilfe**, indem sie besser mit den strategischen Zielen der Empfängerländer und des Fonds abgestimmt wird;
- **bessere Integration der technischen Hilfe in den mittelfristigen Haushalt des Fonds**, um die Prioritätensetzung zu erleichtern und die technische Hilfe schneller an Änderungen bei den Prioritäten anzupassen;
- **stärkere Verbreitung der Ergebnisse der technischen Hilfe**, um den Erfahrungsaustausch zu erweitern und die Koordinierung mit Gebern und anderen Anbietern von technischer Hilfe zu fördern;
- **systematischere Evaluierung der technischen Hilfe** durch die Einführung von Leistungsindikatoren sowie
- **bessere Budgetierung, Kostenrechnung und Finanzierung der technischen Hilfe.**

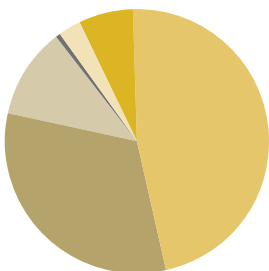
Die Länderabteilungen des Fonds sind die Hauptverbindung zwischen der Institution und den Mitgliedsländern und tragen deshalb die Hauptverantwortung für die strategische Ausrichtung der technischen Hilfe, die sie mit den Länderbehörden koordinieren. Die regionalen Strategiepläne (Regional Strategy Note – RSN) enthalten die Prioritäten im Bereich der technischen Hilfe, die der Fonds und die Länderbehörden gemeinsam aufstellen. Sie werden in einem mittelfristigen Rahmen vorgelegt, um ein Gleichgewicht zwischen kurzfristigen Anforderungen im Bereich der Politikmaßnahmen und mittelfristigen Anforderungen im Bereich des Kapazitätsaufbaus zu sichern. Der mittelfristige Ansatz ermöglicht außerdem eine vollständige Integration der

SCHAUBILD 4.2

Die Technische Hilfe des IWF konzentriert sich auf einkommensschwache Länder und Länder im unteren Bereich mittleren Einkommens¹

(In Personenjahren, Durchschnitt der GJ 2003-2008)

- Empfängerländer mit unterschiedlichem Einkommensniveau (6,5 Prozent)
- Einkommensschwache Länder (47 Prozent)
- Länder im unteren Bereich mittleren Einkommens (32 Prozent)
- Länder im oberen Bereich mittleren Einkommens (11 Prozent)
- OECD-Länder (0,5 Prozent)
- Länder mit hohem Einkommen außerhalb der OECD (3 Prozent)



1 Mit Ausnahme des Regionalen Zentrums für technische Hilfe in der Karibik

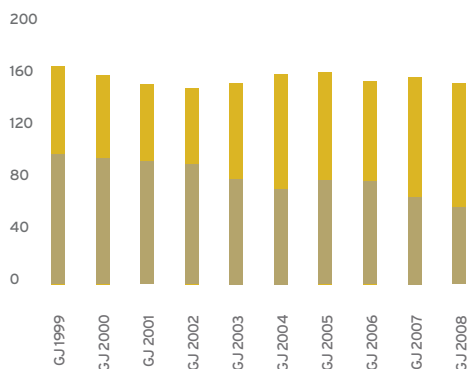
Hinweis: Pro-Kopf-Einkommen: 11 115 \$ < hoch; 3 595 \$ < oberer Bereich mittl. Eink. < 11 115 \$; 905 \$ < unterer Bereich mittl. Eink. < 3 595 \$; niedrig < 905 \$.

SCHAUBILD 4.3

Die externe Finanzierung der technischen Hilfe nimmt ständig zu

(In Personenjahren)

- Externe Finanzierung
- Interne Finanzierung



Pläne für technische Hilfe in den Verwaltungshaushalt des Fonds und in den Zeitplan der Geberorganisationen. Die Erfahrungen mit der neuen Initiative der RSN werden im Geschäftsjahr 2009 überprüft und gegebenenfalls werden Verfeinerungen angebracht.

Die Messung der Leistung des Fonds im Bereich der technischen Hilfe ist ein entscheidender Aspekt der institutionellen Rechenschaftspflicht und Verwaltungsführung. Die Pläne zur Verbesserung der Verwaltungsführung und Leistungsmessung im Bereich der technischen Hilfe enthalten die folgenden Elemente: (1) Einführung IWF-weiter quantitativer Leistungsindikatoren, um die Beurteilung der technischen Hilfe transparenter und stärker rechenschaftspflichtig zu machen, (2) klare Festlegung von Zielen und Leistungen, anhand derer die Ergebnisse gemessen werden können, (3) systematischere Evaluierung der technischen Hilfe, (4) genauere und transparentere Kostenrechnung der technischen Hilfe sowie (5) mögliche Ausweitung der Gebühren für technische Hilfe zur Verbesserung der Effizienz und Rechenschaftspflicht

bei der Verwendung der Mittel sowie Bewertung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses durch einen Markttest.

Der Druck auf die Finanzen des Fonds macht es erforderlich, den Mitteleinsatz noch besser zu planen und noch transparenter zu verwalten als in der Vergangenheit. Der Fonds prüft deshalb Möglichkeiten, neue externe Mittel für die technische Hilfe zu mobilisieren, und intensiviert seine Zusammenarbeit mit Geberpartnern (Schaubild 4.3). Die Finanzierungsoptionen müssen aber gleichzeitig die besondere Art der technischen Hilfe des Fonds berücksichtigen, da es nicht nur darum geht, ein öffentliches Gut zum Nutzen der Weltwirtschaft anzubieten, sondern auch darum, die Effektivität der Hilfeströme allgemein zu erhöhen.

Die sechs regionalen Zentren des IWF für technische Hilfe (regional technical assistance center - RTAC) - im Pazifik, in der Karibik, in Ostafrika, Westafrika, Zentralafrika sowie im Nahen Osten - sind ein besonders gutes Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit des Fonds mit Geberorganisationen. Die RTACs erhalten den größten Teil ihrer Finanzierung von Geber-

ländern, internationalen Behörden und regionalen Entwicklungsbanken, wobei viele dieser Stellen mit der Verwaltungsstruktur der RTACs sehr zufrieden sind. Die strategische Ausrichtung der Arbeitsprogramme in den einzelnen Zentren wird durch Lenkungsausschüsse festgelegt, die aus Vertretern der Empfängerländer, der Geber und des IWF bestehen. Diese Vorkehrung stellt sicher, dass alle beteiligten Parteien Mitverantwortung für die Tätigkeit der einzelnen Zentren übernehmen. Angesichts der positiven Erfahrungen mit den RTACs gibt es Pläne, noch weitere Zentren einzurichten, unter anderem in Zentralamerika, Zentralasien, Westafrika sowie im südlichen Afrika. Da die RTACs einen praktischen Ansatz verfolgen, sind sie eine gute Ergänzung zu Treuhandfonds, die spezialisierte technische Hilfe in bestimmten Bereichen unterstützen könnten. Es wird erwartet, dass das Geberinteresse und die Beteiligung bei beiden Initiativen groß sein wird.

Ausgewählte Aktivitäten der technischen Hilfe im Geschäftsjahr 2008

Die technische Hilfe wird von mehreren IWF-Abteilungen bereitgestellt. Zu den größten Anbietern gehören die Abteilung Fiskalpolitik (Fiscal Affairs - FAD), die Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte (Monetary and Capital Markets - MCM) und die Abteilung Statistik (Statistics - STA).

Die Abteilung Fiskalpolitik hilft den Mitgliedsländern des IWF, die Fiskalpolitik und die Institutionen der öffentlichen Haushalte zu stärken, unter anderem durch eine Verbesserung des finanzpolitischen Regelwerks, eine Reform der Steuer- und Ausgabenpolitik sowie eine Modernisierung der öffentlichen Finanzwirtschaft und der Verwaltung der öffentlichen Einnahmen. Im Geschäftsjahr 2008 war die Nachfrage nach technischer Hilfe im Bereich der öffentlichen Finanzwirtschaft, der Ausgabenpolitik, der Besteuerung von natürlichen Ressourcen und der Umsetzung der Mehrwertsteuer besonders groß. Zusätzlich zur Beratung in verschiedenen Bereichen, die mit dem Haushaltsverfahren zusammenhängen, richtete die Abteilung einen Blog für öffentliche Finanzwirtschaft im Internetauftritt des IWF ein, um Erfahrungen und Fachkenntnisse mit Experten und der breiten Öffentlichkeit auszutauschen, und sie veranstaltete zwei Seminare über zielorientierte Haushaltsführung. Sie leistete außerdem technische Hilfe in Bezug auf Finanzaufsicht für öffentlich-private Partnerschaften und sie beriet die Länder hinsichtlich der Verteilungswir-

kungen von makrokritischen Reformen in Bezug auf Subventionen, Preisfestlegungsmechanismen sowie Zölle und Steuern. Die technische Hilfe im Bereich der Steuerpolitik und der Verwaltung der öffentlichen Ausgaben erfasste Bereiche wie Steuersysteme für rohstoffreiche Länder, Ausgestaltung, Reform und Umsetzung von Mehrwertsteuersystemen, regionale Steuerkoordinierung sowie Zollmodernisierung. Regionale Kurse und Workshops sind ein wichtiger Bestandteil der technischen Hilfe im Bereich der Steuerpolitik. In Ländern in der Konfliktfolgezeit leistete die Abteilung Fiskalpolitik technische Hilfe in den Bereichen zielorientierte Haushaltsführung, öffentliche Finanzwirtschaft und Wiederaufbau der Kapazitäten für die Verwaltung der öffentlichen Einnahmen. Die Abteilung Fiskalpolitik veranstaltete außerdem im Oktober 2007 gemeinsam mit der Weltbank, der OECD, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und dem CIAT (Centro Interamericano de Administraciones Tributarias) in Buenos Aires eine Konferenz über die Besteuerung von kleinen und mittleren Unternehmen unter dem Titel International Tax Dialogue conference "Taxation of Small and Medium-Size Enterprises".

Die Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte konzentriert sich auf die Entwicklung und Integration der Kapital- und Finanzmärkte sowie auf geldpolitische Fragen. Sie unterstützt die zentralamerikanischen Länder bei der Harmonisierung ihrer Kapitalmärkte, indem sie sieben Ländern technische Hilfe zur Analyse und strategischen Ausrichtung bietet. Sie veröffentlicht Studien über die Märkte in der Region für öffentliche Schuldtitel, Aktien und private Schuldtitel und sie veranstaltet regionale Seminare und nimmt an anderen Foren teil, die von regionalen Organisationen ausgerichtet werden. Sie veranstaltete außerdem mit der Unterstützung von regionalen Behörden und den Behörden der Gastländer eine Reihe von regionalen Workshops in den Schwellenländern Asiens und Europas sowie in Lateinamerika über die Entwicklung der Märkte für Finanzderivate. In Bezug auf die Vertiefung der inländischen Anleihemärkte in den Schwellenmärkten veranstaltete die Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte zusammen mit der Weltbank und der Achter-Gruppe (G-8) Konferenzen und Gesprächsrunden für politische Entscheidungsträger, Marktteilnehmer und Auslandsinvestoren. Die Abteilung lud außerdem gemeinsam mit der Weltbank und der OECD zu einer globalen Konferenz über Pensionsfonds ein und sie nahm an ähnlichen regionalen Informationsveranstaltungen teil, die von der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen

65 Siehe „IMF Executive Board Discusses Strengthening Debt Management Practices: Lessons from Country Experiences and Issues Going Forward“, PIN 07/60, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0760.htm. Das Stabspapier findet sich im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4189.

Zusammenarbeit (APEC), der OECD, und globalen sowie regionalen Pensionsfondsverbänden organisiert wurden.

Die technische Hilfe der Abteilung Statistik hilft den Mitgliedsländern, international anerkannte Datenstandards zu erfüllen. Die Abteilung entwickelt neue Datenreihen und verbessert die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der bestehenden Datenreihen in Bereichen wie volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Preisstatistik, öffentliche Finanzen, monetäre und finanzielle Statistik, Indikatoren für die Solidität des Finanzsektors sowie Zahlungsbilanz, Auslandsvermögensstatus und Auslandsschuldenstatistik. Im Geschäftsjahr 2008 führte die Abteilung Statistik 383 kurze Auslandseinsätze für technische Hilfe durch, davon 160 in Afrika südlich der Sahara, und sie entsandte 14 Statistikberater für einen längeren Einsatz, sechs davon in die RTACs. (Siehe Kapitel 3 für weitere Informationen über die Arbeit des Fonds zu Daten und Statistik.) Die Abteilung führte außerdem in Zusammenarbeit mit verschiedenen Organisationen 40 Ausbildungskurse für makroökonomische Statistik im IWF-Institut und in den Regionalen Ausbildungszentren durch (siehe unten).

Der Fonds schuf außerdem neue Initiativen für den Kapazitätsaufbau zur Steuerung der öffentlichen Schulden und der fiskalischen Risiken. Eine Experten-Arbeitsgruppe von IWF und Weltbank entwickelt zurzeit auf der Grundlage des Regelwerks für Schuldentragfähigkeit eine Methodik für mittelfristige Strategien zur Verwaltung der öffentlichen Schulden in einkommensschwachen Ländern. Das Exekutivdirektorium bestätigte diese Arbeit im Mai 2007 in einem formellen Seminar. Es stützte sich dabei auf eine Studie über die Verbesserung der Verwaltung der öffentlichen Schulden in den Entwicklungsländern, die der Stab von IWF und Weltbank gemeinsam erstellt hatte.⁶⁵ Trotz der Fortschritte mehrerer Länder bei der Verbesserung der Verwaltung der öffentlichen Schulden, bei der Stärkung der Verwaltungsführung und bei der Vertiefung der inländischen Märkte für öffentliche Schuldtitel sind viele Entwicklungsländer – darunter eine Reihe von HIPCs – nach wie vor mit politischen, institutionellen und operationellen Herausforderungen konfrontiert, wenn es darum geht, effektive Regelwerke für die Verwaltung der öffentlichen Schulden zu entwickeln. Die Exekutivdirektoren wiesen darauf hin, dass eine erneute Anhäufung untragbarer Schulden

vermieden werden muss. Sie sprachen sich ferner für ein vierjähriges Pilotprojekt für technische Hilfe an einkommensschwache Länder aus, wobei die Anträge derjenigen Länder bevorzugt werden sollten, die eine Schuldenerleichterung im Rahmen der MDRI erhalten haben. Damit soll den Ländern geholfen werden, die Kapazitäten aufzubauen, die für die Entwicklung und Umsetzung einer wirksamen mittelfristigen Schuldenstrategie erforderlich sind. Als Ergänzung zur technischen Hilfe unterstützten die Exekutivdirektoren die Teilnahme des Fonds an der Weltbank-Initiative zur Entwicklung von Leistungsindikatoren für das Schuldenmanagement und sie betonten die Notwendigkeit einer Koordinierung zwischen dem Fonds und der Weltbank sowie anderen Anbietern von technischer Hilfe in der internationalen Gebergemeinschaft. Die Weltbank und der Fonds arbeiten außerdem im Rahmen einer breit gefassten Initiative zur Verbesserung des Aktiv-Passiv-Managements gemeinsam an der Verbesserung der Schuldenmanagementsysteme in Ländern mit mittlerem Einkommen.

Ausbildung durch das IWF-Institut

Das IWF-Institut bietet in Zusammenarbeit mit anderen IWF-Abteilungen Fortbildungskurse für Bedienstete der Mitgliedstaaten in vier wichtigen Bereichen: makroökonomische Steuerung, Finanzsektorpolitik, Budgetierung der öffentlichen Finanzen und Zahlungsbilanz. Dabei geht es unter anderem um die Stärkung der statistischen, rechtlichen und administrativen Regelwerke in diesen Bereichen. Etwa drei Viertel der durch das Institut durchgeführten Ausbildungskurse kommen einkommensschwachen Ländern sowie Ländern im unteren Bereich mittleren Einkommens zugute und das Ausbildungsprogramm des Instituts macht – einschließlich der Ausbildung in den RTACs – etwa drei Viertel der gesamten IWF-Ausbildung für Länderbedienstete aus.

Im Geschäftsjahr 2008 führte das IWF-Institut 303 Kurswochen durch und stellte mehr als 9800 Teilnehmerwochen an Fortbildung bereit (siehe CD-Tabelle 4.5 auf der CD-ROM), was eine Steigerung von etwa 16 Prozent seit dem Geschäftsjahr 2004 bedeutet. Die sieben regionalen Ausbildungszentren des IWF (siehe CD-Tabelle 4.6 auf der CD-ROM) machen den größten Teil dieses Zuwachses aus. Mit beträchtlicher Kofinanzierung von ortsansässigen Trägern und anderen Gebern stellen die regionalen Ausbildungszentren eine sehr kostengünstige Möglichkeit dar, die Fortbildung auszuweiten und sie bieten inzwischen mehr als die

Hälfte aller Ausbildungsmaßnahmen des Instituts. Die Ausbildung in den regionalen Ausbildungszentren hat noch andere Vorteile: die Kurse können besser an die regionalen Bedürfnisse angepasst werden und sie fördern die Zusammenarbeit innerhalb der Regionen. Das Fernkurs-Programm des Instituts, das ebenfalls durch Geberbeiträge unterstützt wurde, macht einen großen Teil des sonstigen Zuwachses in den Fortbildungskursen aus. Die Ausbildung im Hauptsitz des IWF, die im Geschäftsjahr 2008 etwa ein Drittel der Teilnehmerwochen ausmachte, konzentriert sich hauptsächlich auf längere Kurse, die aufgrund der Zahl der betroffenen IWF-Stabsmitglieder für regionale Einrichtungen weniger geeignet sind. Die übrigen Fortbildungskurse im Geschäftsjahr 2008 erfolgten in Ländern außerhalb des regionalen Netzwerks, zum großen Teil im Rahmen der ständigen Zusammenarbeit zwischen dem IWF-Institut und regionalen Institutionen. Angesichts der angespannten Lage des IWF-Haushalts wurde die Ausweitung der Ausbildung zum großen Teil durch höhere Geberbeiträge finanziert.

Es werden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um den Lehrplan des IWF-Instituts zu vertiefen und zu erweitern. Ziel ist es dabei, in einem sich ändernden globalen Umfeld die Bedürfnisse der Mitgliedsländer zu erfüllen und die strategischen Prioritäten des IWF zu unterstützen. Diese Anstrengungen stützen sich auf umfangreiche Beiträge der Mitgliedsländer, Diskussionen mit der Geschäftsführung des IWF und anderen IWF-Abteilungen sowie auf Prüfungen innerhalb des

Instituts und haben in den letzten Jahren zu mehreren neuen oder überarbeiteten Kursen geführt. Im Geschäftsjahr 2008 aktualisierte das Institut den im Hauptsitz durchgeführten Kurs über Finanzplanung und -politik, indem es den Schwerpunkt verstärkt auf Bilanzschwächen und Kapitalverkehrskrisen legte. Eine weitere neue Variante dieses Kurses behandelt die Ausgestaltung der makroökonomischen Politik im Kontext einer formellen oder informellen Inflationszielstrategie. Eine weitere Neuerung besteht darin, dass der vierwöchige Kurs über makroökonomische Analyse zur Hälfte außerhalb von Washington durchgeführt wird.

Darüber hinaus bietet das IWF-Institut weiterhin eine Reihe von kurzen Seminaren für hochrangige Beamte, darunter Minister und Zentralbankgouverneure, um einen konstruktiven Dialog über Politikfragen von globaler oder regionaler Bedeutung zwischen Bediensteten der Mitgliedsländer und Experten in den internationalen Finanzinstitutionen, Universitätsvertretern und den Finanzmärkten zu ermöglichen. Die Seminare des Geschäftsjahres 2008 erfassten Themen wie die Markt- und Politikauswirkungen der Krise in forderungsbesicherten kurzfristigen Schuldtiteln (Market and Policy Implications of the Crisis in Asset-Backed Commercial Paper), das afrikanische Finanzwesen im 21. Jahrhundert (African Finance for the 21st Century) sowie die Beziehungen zwischen den Finanzbehörden in den lateinamerikanischen Ländern (Intergovernmental Fiscal Relations in Latin American Countries).

VERWALTUNGSFÜHRUNG, ORGANISATION UND FINANZEN



Das Geschäftsjahr, das am 30. April 2008 endete, war gekennzeichnet von Reform und Wandel in der Verwaltungsführung, Organisation und Finanzlage des Fonds.

Die Anstrengungen der letzten Jahre zur Stärkung der Verwaltungsführung des IWF erreichten im April 2008 einen Meilenstein, als der Gouverneursrat ein vom Exekutivdirektorium vorgeschlagenes, dynamisches und zukunftsorientiertes Reformpaket in Bezug auf Quoten und Mitspracherechte verabschiedete. Die gebilligten Reformen stellen für die Mitglieder eine beträchtliche Leistung dar. Damit soll die Quotenverteilung so angepasst werden, dass sie die vielen Änderungen widerspiegelt, die in den letzten Jahren in der Weltwirtschaft eingetreten sind – insbesondere die steigende wirtschaftliche Bedeutung einiger Schwellenländer. Ein weiteres Ziel besteht darin, die Mitspracherechte der einkommensschwachen Länder in den Beratungen des Fonds zu erhöhen.

Das Exekutivdirektorium erzielte außerdem beträchtliche Fortschritte in dem Bemühen, die Finanzen des Fonds auf eine solide Grundlage zu stellen. Es erzielte Einvernehmen über ein neues Einkommensmodell, das der Gouverneursrat Anfang des Geschäftsjahres 2009 verabschiedete, und es billigte einen mittelfristigen Haushalt, der beträchtliche Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben mit sich bringt.

66 Siehe „IMF Executive Board Recommends Reforms to Overhaul Quota and Voice“, PR 08/64, und „IMF Board of Governors Adopts Quota and Voice Reforms by Large Margin“, PR 08/93, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0864.htm bzw. www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0893.htm. Siehe auch Entschließung 63-2 „Reform of Quota and Voice in the International Monetary Fund“ auf der CD-ROM sowie „Reform of Quota and Voice in the International Monetary Fund—Report of the Executive Board to the Board of Governors“ im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/032108.pdf.

67 Ad-hoc-Quotenerhöhungen für bestimmte Mitglieder können entweder während oder außerhalb einer allgemeinen Quotenüberprüfung durchgeführt werden.

68 Ausführliche Informationen über die neue Quotenformel, Änderungen in den Quoten- und Stimmanteilen der einzelnen Mitglieder sowie die vorgeschlagenen Quoten für Mitglieder, die für eine Ad-hoc-Quotenaufstockung berechtigt sind, finden sich in „Reform of Quota and Voice in the International Monetary Fund—Report of the Executive Board to the Board of Governors“ (siehe Fußnote 66). Weitere Berichte in Bezug auf die Beratungen des Exekutivdirektoriums zur Reform finden sich im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/tin/quotas/pubs/index.htm.

Zu den weiteren Reformen, die im Geschäftsjahr 2008 ergriffen wurden, um sicherzustellen, dass der Fonds trotz der angespannten Haushaltslage die Bedürfnisse seiner Mitglieder erfüllen kann, gehören eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Organisationen, eine stärker fokussierte und effektivere Kommunikationsstrategie sowie Mechanismen zur Verbesserung der Rechenschaftslegung und des Risikomanagements.

REFORM VON QUOTEN UND MITSPRACHERECHTEN

Am 28. April 2008 verabschiedete der Gouverneursrat mit großer Mehrheit ein weit reichendes Reformpaket für die Verwaltungsführung des IWF, das das Exekutivdirektorium vorgelegt hatte.⁶⁶ Die Reformen zielen darauf, die Quoten und Stimmrechte der IWF-Mitgliedsländer (siehe Kasten 5.1) besser an ihr Gewicht und ihre Rolle in der Weltwirtschaft anzupassen und – was genauso wichtig ist – die Teilnahme und Mitsprache der einkommensschwachen Länder, in denen der Fonds eine wichtige Finanzierungs- und Beratungsrolle spielt, zu stärken. Der Direktoriumsvorschlag war Teil eines zweijährigen Reformprogramms, das auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank 2006 in Singapur verabschiedet wurde. Bei dieser Tagung wurden Ad-hoc-Quotenerhöhungen⁶⁷ für China, Korea, Mexiko und die Türkei – vier der sechs am deutlichsten unterrepräsentierten Mitgliedsländer im Fonds – beschlossen.

Das Reformpaket

Das Reformpaket enthält die folgenden Hauptelemente:

- **Eine transparentere Quotenformel.** Die Reform stützt sich auf eine Quotenformel, die einfacher und transparenter ist als das frühere Fünf-Formel-System. Die neue Quotenformel enthält die vier Variablen BIP, Offenheit, Schwankungsbreite und Reserven mit einer Gewichtung von 50 Prozent, 30 Prozent, 15 Prozent bzw. 5 Prozent. Die BIP-Variable besteht

zu 60 Prozent aus dem BIP zu Marktwechsellkursen und zu 40 Prozent aus dem BIP zu Wechselkursen nach Kaufkraftparität. Ein „Kompressionsfaktor“ potenziert die Formel mit dem Exponentialwert 0,95. Dadurch wird der mit der Formel berechnete Anteil der größten Mitglieder verringert und der Anteil aller anderen Länder erhöht.⁶⁸

- **Eine zweite Runde von Ad-hoc-Quotenerhöhungen.**

Zusammen mit den Ad-hoc-Anpassungen von 2006 beträgt die kumulative Quotenaufstockung der Reform 11,5 Prozent. Alle Mitglieder, die unter der neuen Formel unterrepräsentiert sind, haben Anspruch auf eine Quotenerhöhung im Rahmen der Reform. Die folgenden drei Elemente werden bei der Zuteilung der Quotenerhöhung in der zweiten Runde ebenfalls berücksichtigt:

- Um die Ziele der Reform zu stärken, verzichten einige unterrepräsentierte fortgeschrittene Länder – Deutschland, Irland, Italien, Japan, Luxemburg und die Vereinigten Staaten – auf einen Teil der ihnen zustehenden Quotenaufstockung.
- Unterrepräsentierte Schwellen- und Entwicklungsländer, deren tatsächlicher Quotenanteil beträchtlich unter ihrem Anteil am globalen BIP (nach Kaufkraftparität) liegt, erhalten mindestens eine nominale Quotenerhöhung von 40 Prozent.
- Die vier Mitglieder, die in der ersten Runde von 2006 eine Quotenerhöhung erhalten haben, sind nach wie vor beträchtlich unterrepräsentiert und bekommen mindestens eine nominale Zweitrunderhöhung von 15 Prozent.
- **Fünfjährliche Überprüfungen.** Um sicherzustellen, dass die Quoten- und Stimmrechtanteile weiterhin den Entwicklungen im Gewicht der Volkswirtschaften der Mitglieder entsprechen und um die

Lücke zwischen dem tatsächlichen Quotenanteil und den unter der neuen Formel berechneten Anteilen weiter zu schließen, fordert das Reformpaket das Exekutivdirektorium auf, bei zukünftigen Quotenüberprüfungen, die alle fünf Jahre stattfinden, weitere Anpassungen von Quotenanteilen zu empfehlen.

- **Erhöhte Mitsprache für einkommensschwache Länder.** Der Vorschlag stärkt die Mitsprache und Teilnahme der einkommensschwachen Länder durch zwei Maßnahmen, die eine Änderung des IWF-Übereinkommens erfordern:

- Eine Verdreifachung der Basisstimmen aller Mitglieder – die erste Erhöhung dieser Art seit der Gründung des Fonds. Die Änderung sieht außerdem einen Mechanismus vor, um den Anteil der Basisstimmen an den Gesamtstimmen konstant zu halten.
- Ein zusätzlicher Stellvertretender Exekutivdirektor für die Stimmgruppen, die eine große Zahl von Ländern repräsentieren. Dies kommt den beiden

Exekutivdirektoren zugute, die afrikanische Wahlgruppen repräsentieren.

Quotenanpassung

Als Ergebnis der Reform erhalten 54 Länder eine Erhöhung ihrer nominalen Quote zwischen zwölf und 106 Prozent, wobei die dynamischen Schwellenländer die höchsten Zuwächse erhalten. Die Gesamtsteigerung der Quotenanteile dieser 54 Länder beträgt 4,9 Prozentpunkte. Aufgrund der Kombination aus Quoten- und Basisstimmenerhöhung wird der Stimmanteil von insgesamt 135 Ländern um 5,4 Prozentpunkte erhöht. Zu den Ländern mit den höchsten Stimmrechtssteigerungen gehören Brasilien, China, Indien, Korea und Mexiko.

Die vorgeschlagene Änderung des IWF-Übereinkommens zu Basisstimmen und Stellvertretenden Exekutivdirektoren tritt in Kraft, sobald der Fonds durch eine formelle Mitteilung an alle Mitglieder bestätigt, dass drei Fünftel der IWF-Mitglieder, die 85 Prozent der gesamten Stimmrechte vertreten, dieser Änderung zugestimmt haben. Die Quotenerhöhungen werden

Wenn ein Land dem IWF beiträgt, zahlt es normalerweise bis zu einem Viertel seiner Quote in einer breit akzeptierten Währung (zum Beispiel US-Dollar, Euro, Yen oder Pfund Sterling) oder in SZR und die restlichen drei Viertel in der eigenen Währung ein.

KASTEN 5.1

Die Rolle von Quoten und Basisstimmen

Die Quoten, die den einzelnen IWF-Mitgliedsländern zugewiesen werden, stützen sich im Wesentlichen auf die Größe sowie andere Kernmerkmale ihrer Volkswirtschaft und sie spielen eine wichtige Rolle in den Beziehungen des Landes mit dem Fonds. Die Quoten bestimmen den Finanzbeitrag, den die einzelnen Mitgliedsländer an den Fonds zu entrichten haben, die Höhe der Finanzhilfe, die sie vom Fonds in Anspruch nehmen können, ihren Anteil an Zuteilungen von Sonderziehungsrechten (SZR) (siehe Kasten 5.2) sowie, in Kombination mit den „Basisstimmen“, ihr Stimmrecht.

Nach dem IWF-Übereinkommen wurden jedem Mitglied ursprünglich 250 Basisstimmen zugeteilt zuzüglich einer Stimme pro 100 000 SZR seiner Quote. Artikel XII, Paragraph 5(a) wurde eingeführt, um ein Gleichgewicht zwischen zwei alternativen Grundlagen zur Festlegung der Stimmrechte zu schaffen. Da der Fonds eine Finanzinstitution ist, wurde einerseits eingeräumt, dass die Stimm-

rechte der einzelnen Mitglieder der Höhe ihres Finanzbeitrags zum Fonds entsprechen sollten. Andererseits wurde es für notwendig erachtet, dass der Fonds als zwischenstaatliche Organisation, die durch einen multilateralen Vertrag gegründet wurde, die Gleichheit der Staaten unter dem Völkerrecht angemessen berücksichtigt. Die Basisstimmen sollen deshalb das relative Stimmengewicht der Mitglieder erhöhen, deren Quote unter dem Durchschnitt der Mitglieder als Ganzes liegt, wobei viele dieser Mitglieder einkommensschwache Länder sind.

Die Verdreifachung der Basisstimmen erhöht die Relation zwischen Basisstimmen und Gesamtstimmen von 2,1 Prozent auf 5,5 Prozent. Ein Kernziel dieser Änderung besteht darin sicherzustellen, dass diese neue Relation, die ausdrücklich im IWF-Übereinkommen festgelegt wird, in Zukunft nicht zurückgeht, wenn es nach Inkrafttreten der Änderung zu weiteren Quotenerhöhungen kommt.

69 Siehe „IMF Executive Board Recommends to Governors Conclusion of Thirteenth General Quota Review“, PR 08/02, und „IMF Board of Governors Approves Conclusion of Quota Review“, PR 08/13, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0802.htm bzw. www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0813.htm.

erst nach Inkrafttreten der vorgeschlagenen Änderung wirksam. Diese Erhöhungen erfordern außerdem die Zustimmung und Quoteneinzahlung von Seiten der berechtigten Mitgliedsländer. Die Zustimmung zu den vorgeschlagenen Quotenerhöhungen muss bis zum 31. Oktober 2008 eingehen. Das Exekutivdirektorium kann diese Frist verlängern, insbesondere wenn das betreffende Mitglied noch Zeit für die parlamentarische Zustimmung benötigt. Die Zahlung muss innerhalb von 30 Tagen nach dem jeweils späteren Zeitpunkt eingehen: (1) Mitteilung der Zustimmung oder (2) Inkrafttreten der Änderung im IWF-Einkommen zu Basisstimmen und Stellvertretenden Exekutivdirektoren.

Die Reform der Verwaltungsführung des Fonds ist ein andauernder Prozess und der Abschluss der in Singapur beschlossenen Reformagenda öffnet die Tür für weitere Reformen in der Zukunft.

ANGEMESSENHEIT DER IWF-MITTEL

Der IWF führt mindestens alle fünf Jahre eine allgemeine Überprüfung der Quoten der Mitglieder durch, um zu beurteilen, ob seine Finanzbasis noch angemessen ist und um die Quoten der einzelnen Mitglieder so anzupassen, dass sie ihrer relativen Position in der Weltwirtschaft entsprechen. Das Exekutivdirektorium billigte am 28. Dezember 2007 einen Bericht an den Gouverneursrat mit der Empfehlung, die Dreizehnte Allgemeine Quotenüberprüfung ohne Quotenerhöhung oder -anpassung abzuschließen. Der Bericht stellte fest, dass die Größe des Fonds im Vergleich zu einer Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Indikatoren zwar zurückgegangen ist, die derzeitige Liquiditätsslage des Fonds allerdings ein Rekordhoch erreicht hat. Das Direktorium bekundete außerdem seine Absicht, die Angemessenheit der Finanzausstattung des IWF bei der Vierzehnten Allgemeinen Überprüfung, die bei Abschluss der Dreizehnten Überprüfung begann, genau zu überwachen und zu beurteilen. Der Gouverneursrat verabschiedete eine Entschließung, durch die die Dreizehnte Allgemeine Überprüfung mit Wirkung vom 28. Januar 2008 abgeschlossen wurde.⁶⁹ Die Gesamtquoten beliefen sich mit Stand vom 30. April 2008 auf 217,4 Mrd. SZR.

FINANZOPERATIONEN UND -GRUNDSÄTZE

Einkommen, Gebühren, Vergütung und Lastenteilung

Der IWF stützt sich seit seiner Gründung auf ein Einkommensmodell, das sehr stark von seiner Kredit-

vergabe abhängt, die allerdings je nach Finanzlage der Mitglieder starken Schwankungen unterliegt. In diesem Modell erzielt der IWF Einkommen aus Zinserträgen und Gebühren aus seiner Kreditvergabe und er verwendet diese Erträge, um die Refinanzierungskosten und Verwaltungsausgaben zu decken und um Rücklagen aufzubauen. Am 7. April 2008 beschloss das Exekutivdirektorium eine weit reichende Reform des Einkommensmodells des Fonds, wodurch der Fonds in den nächsten Jahren andere stetige und zuverlässige langfristige Einnahmenquellen auftun kann (siehe unten).

Unter dem gegenwärtigen Einkommensmodell wird der Grundgebührensatz (der Zinssatz) auf normale Kredite zu Beginn jedes Geschäftsjahres in Basispunkten als Aufschlag auf den SZR-Zinssatz festgelegt (siehe Kasten 5.2). Im Geschäftsjahr 2008 beschloss das Direktorium, den Gebührensatz unverändert gegenüber dem Geschäftsjahr 2007 bei 108 Basispunkten über dem SZR-Zinssatz zu lassen. Für das Geschäftsjahr 2009 beschloss das Direktorium, den Aufschlag auf 100 Basispunkte zu senken. Es folgte dabei dem Grundsatz, dass der Aufschlag die Intermediationskosten des Fonds sowie den Aufbau von Rücklagen decken und weit gehend an die langfristigen Kreditmarktbedingungen angepasst werden sollte. Durch diesen neuen Ansatz zur Festlegung des Aufschlags wird der Gebührensatz voraussichtlich stabiler und besser vorhersehbar, was den Zielen des neuen Einkommensmodells entspricht.

Auf hohe Kreditbeträge in den Kredittranchen und unter Erweiterten Kreditvereinbarungen werden (volumenabhängige) Zinsaufschläge erhoben. Der IWF erhebt außerdem Aufschläge auf kurzfristige Finanzierungen unter der Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven (Supplemental Reserve Facility – SRF), die davon abhängen, wie lange der Kredit aussteht (siehe Tabelle 4.1).

Zusätzlich zu Gebühren und Aufschlägen erzielt der IWF Einkommen von Kreditnehmern in der Form von Bearbeitungsgebühren, Bereitstellungsgebühren und Sondergebühren. Eine Bearbeitungsgebühr von 0,5 Prozent wird auf jede Kreditauszahlung aus dem Allgemeinen Konto (General Resources Account – GRA) erhoben. Eine rückzahlbare Bereitstellungsgebühr auf Bereitschafts- und Erweiterte Kreditvereinbarungen wird auf Beträge erhoben, die unter der Vereinbarung



Atrium in Gebäude 1 des IWF-Hauptsitzes in Washington, D.C.

innerhalb eines Zwölfmonatszeitraums gezogen werden können. Die Gebühr – 0,25 Prozent bei zugesagten Beträgen bis zu 100 Prozent der Quote (und 0,10 Prozent danach) – wird proportional zu den Ziehungen zurückgezahlt, wenn der Kredit in Anspruch genommen wird. Der IWF erhebt außerdem Sondergebühren für überfällige Tilgungszahlungen und auf Gebühren, die weniger als sechs Monate überfällig sind.

Auf der Ausgabenseite zahlt der IWF den Mitgliedern Zinsen (Vergütungen), die von ihrer Gläubigerposition im Fonds abhängen (so genannte Reservetrancheposition). Der Grundvergütungssatz entspricht zurzeit dem SZR-Zinssatz. Das IWF-Übereinkommen legt für den Grundvergütungssatz, abzüglich Anpassungen im Rahmen des Lastenausgleichs, einen Mindestwert von 80 Prozent des SZR-Zinssatzes fest.

Die Gebühren- und Vergütungssätze werden im Rahmen eines Lastenteilungs-Mechanismus angepasst, der Mitte der 1980er Jahre eingeführt wurde und die Kosten überfälliger Finanzverpflichtungen gegenü-

ber dem Fonds gleichmäßig zwischen Gläubiger- und Schuldnermitgliedern aufteilt. Einkommensverluste aus Zinsgebühren, die mindestens sechs Monate überfällig (unbezahlt) sind, werden erstattet, indem der Gebührensatz erhöht und der Vergütungssatz gesenkt wird. Die dadurch eingezogenen Beträge werden zurückerstattet, sobald die überfälligen Gebühren beglichen werden. Im Geschäftsjahr 2008 führten die durchschnittlichen Anpassungen für unbezahlte Zinsgebühren zu einer Erhöhung des Basisgebührensatzes und einer Senkung des Vergütungssatzes von 19 bzw. 17 Basispunkten. Die angepassten Gebühren- und Vergütungssätze beliefen sich im Geschäftsjahr 2008 auf 4,90 Prozent bzw. 3,47 Prozent.

Der Lastenteilungs-Mechanismus sieht außerdem die Möglichkeit vor, die Grundgebühr- und Vergütungssätze anzupassen, um Rücklagen anzulegen, die den IWF vor Verlustrisiken aus Zahlungsrückständen schützen. Diese Finanzmittel werden in das erste Sonderkonto für Eventualfälle (Special Contingent Account, SCA-1) eingezahlt. Das Direktorium hat allerdings beschlos-

KASTEN 5.2 Sonderziehungsrechte

Das SZR ist ein Reserveaktivum, das der IWF 1969 schuf, um dem zunehmenden Mangel an internationaler Liquidität entgegenzuwirken. Die SZR werden den Mitgliedern in Relation zu ihrer IWF-Quote „zugeteilt“. Seit der Schaffung des SZR wurden insgesamt 21,4 Mrd. SZR an Mitglieder zugeteilt – 9,3 Mrd. SZR im Zeitraum 1970–72 und 12,1 Mrd. SZR im Zeitraum 1979–81. Heute wird das SZR nur noch begrenzt als Reserveaktivum eingesetzt. Es dient hauptsächlich als Rechnungseinheit für den IWF und einige andere internationale Organisationen sowie als Zahlungsmittel für Mitglieder, die ihre Finanzverpflichtungen gegenüber dem IWF begleichen. Das SZR ist weder eine Währung noch eine Forderung gegenüber dem IWF. Es handelt sich vielmehr um einen potentiellen Anspruch auf frei verwendbare Währungen von IWF-Mitgliedern. Die Inhaber von SZR können diese Währungen auf zwei Arten gegen ihre SZR eintauschen: erstens durch freiwillige Tauschvereinbarungen zwischen Mitgliedern und zweitens indem der IWF Mitglieder

mit einer starken außenwirtschaftlichen Position designiert, im Tausch gegen frei verwendbare Währungen SZR von Mitgliedern mit einer schwachen außenwirtschaftlichen Position zu kaufen.

Der Wert des SZR stützt sich auf den gewichteten Durchschnitt der Werte in einem Korb der führenden internationalen Währungen und der SZR-Zinssatz ist der gewichtete Durchschnitt der Zinssätze auf kurzfristige Instrumente in den Märkten der Währungen, die im Bewertungskorb enthalten sind. Die Bewertungsmethode wird alle fünf Jahre überprüft. Die letzte Überprüfung wurde im November 2005 abgeschlossen und das Exekutivdirektorium des IWF beschloss Änderungen am Bewertungskorb mit Wirkung vom 1. Januar 2006. Der SZR-Zinssatz wird wöchentlich berechnet und ist die Grundlage zur Festlegung der Zinsgebühren auf reguläre IWF-Finanzierungen und des Zinssatzes, der den Mitgliedern gezahlt wird, die Gläubiger des IWF sind.



Personalversammlung im Hauptsitz des IWF in Washington, D.C.

70 Der Bericht ist verfügbar unter www.imf.org/external/np/oth/2007/013107.pdf.

71 Siehe „IMF Managing Director Strauss-Kahn Applauds Executive Board's Landmark Agreement on Fund's New Income and Expenditure Framework“, PR 08/74, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0874.htm.

sen, mit Wirkung von November 2006 zusätzliche Beiträge zum SCA-1 auszusetzen. Nach Begleichung der Rückstände Liberias und im Rahmen eines Finanzierungspakets zur Refinanzierung des IWF-Beitrags zur Entschuldung Liberias durch bilaterale Beiträge erfolgte am 14. März 2008 eine Teilauszahlung in Höhe von 525 Mio. SZR aus dem SCA-1 (siehe Kapitel 4).

Im Geschäftsjahr 2008 lagen die Einnahmen 126 Mio. SZR unter den Ausgaben. Das anhaltend niedrige Niveau von ausstehenden IWF-Krediten wirkte sich negativ auf die Einnahmensituation aus. Der Einnahmerrückgang wurde teilweise ausgeglichen durch hohe Erträge des Anlagenkontos, das im April 2006 eingerichtet und im Juni 2006 mit Kapital ausgestattet wurde. Das Anlagenkonto erzielte eine kumulierte Rendite von 5,32 Prozent, abzüglich Gebühren, und lag somit um 162 Basispunkte über dem dreimonatigen SZR-Zinssatz. Das Anlagenkonto profitierte von dem Trend in den Renditen öffentlicher Anleihen, der auf Leitzinssenkungen in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich sowie auf eine Flucht in sichere Wertpapiere zurückzuführen war, die durch die jüngsten Turbulenzen an den Finanzmärkten verursacht wurde.

Das neue Einkommensmodell des IWF

Das Exekutivdirektorium erreichte im April 2008 einen Meilenstein mit dem Beschluss, das Einkommensmodell des IWF zu reformieren. Es wird erwartet, dass dieser Beschluss – kombiniert mit einem neuen mittelfristigen Haushalt (siehe unten) – die Finanzen der Institution auf eine solide Grundlage stellen wird. Der Beschluss traf auf breite Unterstützung der Mitglieder und der IMFC verabschiedete den neuen Einnahmen-Ausgaben-Rahmen in seinem Kommuniqué vom April 2008. Im Mai 2008 billigte der Gouverneursrat mit großer

Mehrheit die diesbezügliche Änderung im IWF-Übereinkommen zur Erweiterung der Investmentbefugnis.

Das neue Einkommensmodell des IWF stützt sich auf die Grundsätze, die der Ausschuss angesehener Persönlichkeiten in seinem Bericht vom Januar 2007 vorgelegt hatte.⁷⁰ Der Ausschuss stellte fest, dass das Einkommensmodell, unter dem der IWF seit seiner Gründung tätig war, nicht länger tragfähig ist. Der Ausschuss empfahl stattdessen eine Reihe von Maßnahmen, die dem IWF zusätzliche breit gefasste und vorhersehbare Einnahmenquellen bieten, die besser zugeschnitten sind auf die Finanzierung seiner breit gefächerten Funktionen und Aufgaben. Dazu gehört die Bereitstellung öffentlicher Güter, zum Beispiel die Überwachung der Wirtschaftspolitik der Mitglieder.

Aufbauend auf den Empfehlungen des Ausschusses beschloss das Exekutivdirektorium Ende des Geschäftsjahres 2008 die folgenden Maßnahmen:⁷¹

- **Vorschlag zur Änderung des IWF-Übereinkommens in Bezug auf die Erweiterung der Investmentbefugnis des Fonds.** Diese Änderung würde es dem Fonds ermöglichen, seine Investitionen zu erweitern und seine Anlagenstrategie an die sich ändernden bestmöglichen Praktiken anzupassen. Diese Maßnahme soll die Durchschnittsrendite erhöhen und die Ertragsquellen diversifizieren. Da es sich bei diesen Investitionen um öffentliche Mittel handelt, sehen die vom Exekutivdirektorium unter der neuen Befugnis verabschiedeten Anlagegrundsätze unter anderem eine sorgfältige Beurteilung des akzeptablen Risikos vor. Für die vorhersehbare Zukunft ist ein passiver Investmentansatz geplant, der sich eng an häufig verwendete Referenzindizes anlehnt.

72 Siehe „IMF Executive Board Approves Renewal of Standing Borrowing Arrangements“, PR 07/270, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07270.htm.

- **Einrichtung eines Stiftungsfonds**, der durch die Erträge aus der Veräußerung eines Teils der Goldbestände des IWF finanziert wird. Die Veräußerung wäre streng auf die 403 Tonnen Gold begrenzt, die nach dem Datum der Zweiten Änderung des IWF-Übereinkommens erworben wurden und ein Achtel der Goldbestände des IWF ausmachen. Der Stiftungsfonds würde investiert mit dem Ziel, Erträge zu erzielen und gleichzeitig den langfristigen realen Wert seiner Mittel zu bewahren. Bisher ist noch keine Entscheidung über die Veräußerung von Gold getroffen worden, aber alle Exekutivdirektoren haben angedeutet, dass sie entweder dazu bereit sind, für eine solche Entscheidung zu stimmen, oder dass sie sich für die Zustimmung ihres nationalen Parlaments einsetzen werden, sodass sie dann anschließend für eine solche Entscheidung stimmen können. Die Goldveräußerungen würden unter strengen Sicherungen durchgeführt um zu vermeiden, dass das Volumen der angekündigten öffentlichen Goldverkäufe erhöht wird, was zu Störungen führen könnte, die negative Auswirkungen auf die Goldbesitzer und -produzenten sowie auf das Funktionieren des Goldmarktes haben könnten.

- **Wiedereinführung der jährlichen Erstattungen des Allgemeinen Kontos**. Die langjährige Praxis, die Aufwendungen, die dem Fonds durch die Verwaltung des PRGR-ESF-Treuhandfonds entstehen, zurückzuerstatten, wird mit Beginn des Geschäftsjahres wieder eingeführt, in dem das Exekutivdirektorium die Veräußerung des nach der Zweiten Änderung des IWF-Übereinkommens erworbenen Goldbestands billigt. Die Fähigkeit des Treuhandfonds, Kredite zu Vorzugsbedingungen zu vergeben, wird gesichert, unter anderem durch die Möglichkeit, die Rückerstattung vorübergehend auszusetzen, wenn abzusehen ist, dass die Finanzmittel des Fonds unzureichend sind, um die prognostizierte Nachfrage nach konzeptionärer Hilfe zu decken.

Der Ausschuss hatte dem IWF außerdem empfohlen, einen gleichen Anteil der von allen Mitgliedern gezeichneten Quotenmittel als zusätzliche Einnahmenquelle zu investieren, die mittelfristig variabel sein kann. Dieser Vorschlag, der ebenfalls eine Änderung des IWF-Übereinkommens erfordert, wurde ausführlich im Exekutivdirektorium erörtert. Der Vorschlag erhielt zwar starke Unterstützung von vielen Exekutivdirektoren, einige Direktoren konnten ihm jedoch nicht

zustimmen. Die Unterstützung der Mitglieder für die Anlage von Quotenmitteln war also nicht ausreichend, um sie als Element in das neue Einkommensmodell aufzunehmen.

Die Verabschiedung aller Elemente des neuen Einkommensmodells kann einige Zeit in Anspruch nehmen. Die vorgeschlagene Änderung des IWF-Übereinkommens in Bezug auf die Erweiterung der Investitionsbefugnis des IWF tritt in Kraft, sobald sie von drei Fünftel der Mitglieder, die 85 Prozent der gesamten Stimmrechte vertreten, akzeptiert worden ist, und diese Entscheidung muss in den meisten Mitgliedsländern von den Parlamenten bestätigt werden. Die Goldveräußerungen können beginnen, sobald sie im Exekutivdirektorium mit einer Mehrheit von 85 Prozent der gesamten Stimmrechte gebilligt werden (einige Mitglieder benötigen die Zustimmung ihrer Legislative, bevor sie der Goldveräußerung zustimmen können), und die Veräußerungen auf dem Markt werden außerdem zeitlich gestaffelt. Es wird also möglicherweise noch einige Jahre einen Einnahmenfehlbetrag geben, bis die Vorteile der neuen Maßnahmen auf der Einnahmenseite sowie die Ausgabenkürzungen voll zum Tragen kommen. Die akkumulierten Rücklagen des IWF werden weiterhin genutzt, um diese Fehlbeträge zu decken.

Kreditvereinbarungen

Im November 2007 verabschiedete das Exekutivdirektorium eine fünfjährige Verlängerung der bestehenden Kreditvereinbarungen – die Neuen Kreditvereinbarungen (New Arrangements to Borrow – NAB) und die Allgemeinen Kreditvereinbarungen (General Arrangements to Borrow – GAB) – zwischen dem IWF und einer Gruppe von Mitgliedern sowie öffentlichen Institutionen, durch die diese dem IWF zusätzliche Mittel von bis zu 34 Mrd. SZR (etwa 54 Mrd. \$) zur Verfügung stellen können, um eine Störung des internationalen Währungssystems zu verhindern oder zu bewältigen oder um außergewöhnliche Situationen anzugehen, die eine Bedrohung für die Stabilität dieses Systems darstellen.⁷² Die NAB traten im November 1998 in Kraft und die GAB im Jahr 1962.

Rückstände gegenüber dem IWF

Liberia beglich seine Rückstände gegenüber dem Fonds im März 2008 (siehe Kapitel 4). Daraufhin gingen die überfälligen finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem IWF (einschließlich seiner Funktion als Treuhänder)

73 Siehe „IMF Executive Board Moves Ahead with Process of Selecting the Fund's Next Managing Director“, PR 07/159, sowie „IMF Executive Board Selects Dominique Strauss-Kahn as IMF Managing Director“, PR 07/211, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07159.htm bzw. www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07211.htm.

beträchtlich zurück, und zwar von 1,89 Mrd. SZR mit Stand vom 30. April 2007 auf 1,34 Mrd. SZR mit Stand von Ende April 2008 (Tabelle 5.1). Auf Sudan entfielen etwa 76 Prozent der verbleibenden Rückstände und Somalia und Simbabwe machen 18 Prozent bzw. 6 Prozent aus. Ende April 2008 waren alle Rückstände gegenüber dem IWF längerfristig (mehr als sechs Monate überfällig). Ein Drittel bestand aus überfälligen Tilgungszahlungen und die verbleibenden zwei Drittel waren überfällige Gebühren und Zinszahlungen. Mehr als vier Fünftel waren Rückstände gegenüber dem Allgemeinen Konto (GRA) und der verbleibende Betrag betraf die SZR-Abteilung, den Treuhandfonds und den PRGF-ESF-Treuhandfonds. Simbabwe ist das einzige Land mit längerfristigen Rückständen gegenüber dem PRGF-ESF-Treuhandfonds.

Unter der verstärkten kooperativen Strategie gegen Zahlungsrückstände werden Korrekturmaßnahmen ergriffen, um längerfristige Rückstände anzugehen. Mit Stand vom Ende des Geschäftsjahres war der Entzug der Berechtigung für die Nutzung von Mitteln aus dem Allgemeinen Konto für Simbabwe, Somalia und Sudan weiterhin in Kraft. Simbabwe blieb ausgeschlossen von der Liste der PRGF-berechtigten Länder und die Erklärung der Kooperationsunwilligkeit, die Aussetzung der technischen Hilfe sowie die Aussetzung der Stimmrechte und diesbezüglichen Rechte bleiben in Kraft.

GESCHÄFTSFÜHRUNG UND ORGANISATION

Nachdem Rodrigo de Rato im Juni 2007 seine Absicht bekundet hatte, nach der Tagung von IWF und Welt-

bank als Geschäftsführender Direktor zurückzutreten, leitete das Exekutivdirektorium, das den Geschäftsführenden Direktor des Fonds ernannt (siehe Kasten 5.3), ein neues Auswahlverfahren ein. Im September 2007 wurde Dominique Strauss-Kahn im Rahmen dieses Verfahrens ernannt und er trat am 1. November 2007 sein Amt an.⁷³

Das Geschäftsjahr war durch weitere tief greifende Veränderungen gekennzeichnet, da das Exekutivdirektorium weiterhin Möglichkeiten prüfte, die Verwaltungsausgaben des Fonds zu senken, und deshalb einen Haushalt verabschiedete, der zu beträchtlichen Einsparungen führte. Das Direktorium bemühte sich außerdem, die Kosteneffizienz des Fonds durch eine Vielzahl von Maßnahmen zu erhöhen, darunter eine bessere Zusammenarbeit mit anderen internationalen und regionalen Gremien (Kasten 5.4) sowie eine Umstrukturierung des Personals.

Verwaltungs- und Kapitalhaushalte

Am 7. April 2008 verabschiedete das Exekutivdirektorium Nettoverwaltungsausgaben von insgesamt 868,3 Mio. \$ für das Geschäftsjahr 2009, eine Höchstgrenze für die Bruttoverwaltungsausgaben in Höhe von 966,9 Mio. \$ sowie eine Zuteilung in Höhe von 48,3 Mio. \$ für Investitionsprojekte im Geschäftsjahr 2009, die in den Rahmen eines Investitionsplans von 138 Mio. \$ für den Zeitraum der Geschäftsjahre 2009-2011 fallen. Das Exekutivdirektorium nahm außerdem die überschlägigen Nettohaushalte in Höhe von 880 Mio. \$ und 895 Mio. \$ für das Geschäftsjahr 2010 bzw. 2011 zur Kenntnis, die den mittelfristigen Verwal-

TABELLE 5.1

Rückstände gegenüber dem IWF, die mindestens sechs Monate überfällig sind, nach Art

(In Millionen SZR; per 30. April 2008)

	INSGESAMT	NACH ART			
		ALLGEMEINE ABTEILUNG (INKL. SAF) ¹	SZR-ABTEILUNG	TREUHANDFONDS	PRGF-ESF
Simbabwe	85,3	0,0	0,0	0,0	85,3
Somalia	235,7	214,7	12,9	8,1	0,0
Sudan	1 009,2	929,3	0,0	80,0	0,0
INSGESAMT	1 330,2	1 144,0	12,9	88,1	85,3

1 Strukturanpassungsfähigkeit.

Quelle: IWF-Finanzabteilung.

KASTEN 5.3 Wie der IWF geführt wird

Das höchste Entscheidungsgremium des IWF ist der Gouverneursrat. Der Gouverneursrat besteht aus je einem Gouverneur und einem stellvertretenden Gouverneur, die von jedem Mitglied ernannt werden. Der Gouverneur ist in der Regel der Finanzminister oder der Präsident der Zentralbank des Mitglieds. Der Gouverneursrat tagt normalerweise einmal pro Jahr. Das Exekutivdirektorium ist für die Durchführung der Geschäftspolitik des Fonds verantwortlich und es übt zu diesem Zweck alle Entscheidungsbefugnisse aus, die ihm der Gouverneursrat übertragen hat. Das Exekutivdirektorium besteht zurzeit aus 24 Exekutivdirektoren, die von den Mitgliedsländern ernannt oder gewählt werden. Der Geschäftsführende Direktor des IWF wird durch das Exekutivdirektorium ernannt und führt den Vorsitz im Direktorium.

Es gibt zwei Gouverneursausschüsse, die die gesamte Mitgliedschaft vertreten. Der Internationale Währungs- und Finanzausschuss (International Monetary and Financial Committee - IMFC) ist ein Beratungsgremium, das zurzeit aus 24 IWF-Gouverneuren (oder deren Stellvertretern) besteht, bei denen es sich um Minister oder andere Beamte von vergleichbarem Rang handelt und die die gleichen Länder oder Wahlgruppen (Ländergruppen) vertreten wie die 24 Exekutivdirektoren. Der IMFC

berät den Gouverneursrat und erteilt ihm Bericht in folgenden Bereichen: die Verantwortung des Gouverneursrates für die Aufsicht über die Steuerung und Anpassung des internationalen Währungs- und Finanzsystems und für die Überprüfung der Entwicklungen im Bereich der weltweiten Liquiditätslage und des Ressourcentransfers in Entwicklungsländer, Vorschläge des Exekutivdirektoriums zur Änderung des IWF-Übereinkommens sowie Störungen, die das System bedrohen. Der IMFC hat keine Entscheidungsbefugnisse. Er tagt normalerweise zweimal pro Jahr, im März oder April bei der Frühjahrstagung und im September oder Oktober bei der Jahrestagung. Der Entwicklungsausschuss (Development Committee; der formale Titel lautet: gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von Weltbank und IWF für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer) ist ein gemeinsames Organ von Weltbank und IWF. Er setzt sich aus 24 Gouverneuren der Weltbank oder des IWF bzw. ihren Stellvertretern zusammen. Er berät die Gouverneursräte von IWF und Weltbank bei wichtigen Entwicklungsfragen und hinsichtlich der Finanzmittel, die zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Entwicklungsländern benötigt werden. Er tagt ebenso wie der IMFC normalerweise zweimal pro Jahr.

74 Die Umstrukturierungskosten werden hauptsächlich für die Geschäftsjahre 2008 (120 Mio. \$) und 2009-2011 (65 Mio. \$) veranschlagt.

75 Im Vergleich zu Tabelle 5.4, die nur den veranschlagten Nettoverwaltungshaushalt angibt, bietet Schaubild 5.1 einen umfassenderen Überblick über die veranschlagten Verwaltungsausgaben, da es den Nettoverwaltungshaushalt, die aktivierten Posten des Kapitalhaushalts, die Abschreibungen und die Umstrukturierungsaufwendungen erfasst. Für das Geschäftsjahr 2008 belaufen sich diese Posten auf insgesamt 1061 Mio. \$, für das Geschäftsjahr 2009 betragen sie 989 Mio. \$.

76 Die Erklärung unter dem Titel „Statement by the Managing Director on Strategic Directions in the Medium-Term Budget“ vom 12. April 2008 findet sich auf der CD-ROM und im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/pp/longres.aspx?id=4243.

tionshaushalt darstellen. Das Exekutivdirektorium verabschiedete außerdem eine einmalige mehrjährige Haushaltszuteilung von 155 Mio. \$, die die durch die institutionelle Umstrukturierung für die Geschäftsjahre 2008-2011 entstehenden Kosten decken soll, und es billigte den Haushaltsvortrag von bis zu 30 Mio. \$ ungenutzter Mittel aus dem Verwaltungshaushalt des Geschäftsjahres 2008 in den Umstrukturierungshaushalt.⁷⁴ Die braune Linie in Schaubild 5.1 zeigt die für die Geschäftsjahre 2008-2014 geschätzten konsolidierten gesamten Verwaltungskosten.⁷⁵

Die strategischen Erwägungen, die dem Haushalt zugrunde liegen, finden sich in der Erklärung des Geschäftsführenden Direktors zur strategischen Ausrichtung des mittelfristigen Haushalts, die dem IMFC während der Frühjahrstagung vorgelegt wurde.⁷⁶ Das Hauptziel besteht darin, die Institution neu auszurichten, sodass sie sich auf ihren komparativen Vorteil konzentriert und ihre Leistungen zielgerichteter und kosteneffizienter erbringt. Der mittelfristige Haushalt trägt wesentlich dazu bei, die mittelfristige Einkommenslücke zu schließen. Er führt zu einer bisher ein-

zigartigen realen Ausgabenkürzung von 13½ Prozent. Gleichzeitig ermöglicht er reale Steigerungen bei den Mitteln für prioritäre Aktivitäten, wie zum Beispiel multilaterale und regionale Überwachung, indem Mittel aus anderen Bereichen neu zugeteilt werden.

Eine Hauptpriorität besteht darin, einen nachhaltigen Haushaltsrahmen zu schaffen, um die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben im Geschäftsjahr 2013 schließen zu können. Aus Schaubild 5.1 geht hervor, wie das neue Einkommensmodell zusammen mit dem mittelfristigen Haushalt im Geschäftsjahr 2013 ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben schafft.

Etwa 100 Mio. \$ dieser Lücke werden durch Ausgabenkürzungen gedeckt und der Rest durch Maßnahmen auf der Einnahmenseite. Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2008-2010 sah eine reale Kürzung von 27 Mio. \$ vor, d. h. eine reale kumulative Kürzung von drei Prozent. Der mittelfristige Haushalt für die Geschäftsjahre 2009-2011 geht viel weiter und sieht eine zusätzliche reale Kürzung von

Der IWF arbeitet seit langem mit zahlreichen internationalen und regionalen Organisationen zusammen. Die Kooperation des IWF mit der Weltbank ist besonders eng. Die Bereiche der Zusammenarbeit zwischen IWF und Weltbank umfassen das Programm zur Bewertung des Finanzsektors, die Entwicklung von Standards und Kodizes, den Prozess der Strategiedokumente zur Armutsbekämpfung, die Initiative für hoch verschuldete arme Länder und die Multilaterale Entschuldungsinitiative sowie Schuldentragfähigkeitsanalysen. Im März 2006 setzten der Geschäftsführende Direktor des IWF und der Präsident der Weltbank den Externen Sachverständigenausschuss zur Überprüfung der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF ein. Der Ausschuss konsultierte die Mitgliedsländer hinsichtlich der Art und Praxis der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und IWF, die sich seit 1989 auf ein formelles Konkordat stützt. Der Ausschuss veröffentlichte seinen Bericht im Februar 2007. Im Anschluss an diesen so genannten Malan-Bericht, entwickelten IWF und Weltbank den gemeinsamen Management-Aktionsplan, der auf der bestehenden Arbeitsteilung zwischen den beiden Institutionen aufbaut und spezifische Maßnahmen mit dem Ziel aufdeckt, die Koordinierung bei Länderfragen zu verbessern, die Kommunikation zwischen den beiden Organisationen bei Fragen von gemeinsamem Interesse durch neue elektronische Plattformen zu stärken und die Anreize und zentrale Unterstützung für Zusammenarbeit bei Politikmaßnahmen, Überprüfungen und anderen institutionellen Fragen zu verbessern.¹

Der IWF arbeitet außerdem mit den regionalen multilateralen Banken zusammen - der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung -, unter anderem bei Delegationsreisen in die Länder und bei der technischen Hilfe, und er nimmt an den Direktoriumssitzungen der multilateralen Entwicklungsbanken teil. Die Interamerikanische Entwicklungsbank und der Afrikanische Entwicklungsfonds nehmen an der Multilateralen Entschuldungsinitiative teil.

Der IWF ist Mitglied im Forum für Finanzstabilität. In diesem Gremium tagen Regierungsbedien-

stete, die für Finanzstabilität in den führenden internationalen Finanzzentren zuständig sind, internationale Regulierungs- und Aufsichtsstellen sowie Ausschüsse von Zentralbankexperten. Er arbeitet außerdem mit Standardorganisationen wie dem Basler Ausschuss für Bankenaufsicht und der Internationalen Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden zusammen. Im Jahr 2000 führte der damalige Geschäftsführende Direktor des IWF Horst Köhler die Beratungsgruppe für Kapitalmarktfragen ein, um ein Forum für einen informellen Dialog zwischen den Teilnehmern auf den internationalen Kapitalmärkten und dem IWF zu schaffen. Den Vorsitz dieser Gruppe führt der Geschäftsführende Direktor des IWF.

Die Kommunikation und Zusammenarbeit des IWF mit den Vereinten Nationen und einer Reihe von VN-Sonderorganisationen erfolgt durch seinen Sondervertreter bei den Vereinten Nationen. Die IWF-Büros in Europa sind zuständig für die Kommunikation mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Welthandelsorganisation, der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der Internationalen Arbeitsorganisation und den Institutionen der Europäischen Union. Die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der WTO erfolgt formell und informell nach Maßgabe des Kooperationsabkommens von 1996. Der IWF-Stab nimmt am Integrierten Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe und an der Taskforce für handelsbezogene Hilfe teil. Der IWF-Stab pflegt außerdem Kontakte mit der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit und mehreren regionalen Gruppen in Asien, darunter der Verband Südostasiatischer Nationen.

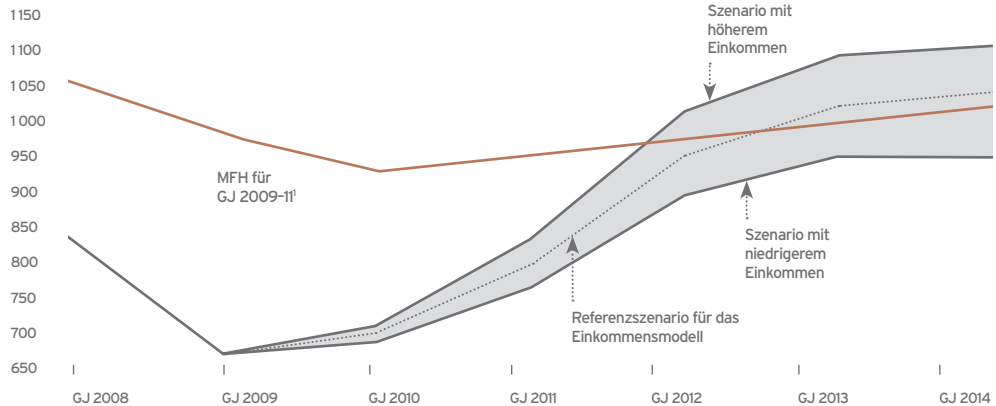
Der IWF ist außerdem ein aktiver Teilnehmer an den Sitzungen und Aktivitäten der führenden zwischenstaatlichen Gruppen, darunter die Gruppe der Sieben (G7), die Gruppe der Acht (G8), die Gruppe der Zehn (G10), die Gruppe der Zwanzig (G20) sowie die Gruppe der Vierundzwanzig (G24). Die G10-Länder sind Teilnehmer der Allgemeinen Kreditvereinbarungen des IWF. Diese Vereinbarungen von 1962 können herangezogen werden, wenn zusätzliche Mittel benötigt werden, um eine Störung des internationalen Währungssystems zu verhindern oder zu bewältigen.

¹ Siehe „Enhancing Bank-Fund Collaboration: Joint Management Action Plan“, PR 07/235, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07235.htm. Der Plan selbst findet sich im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/092007.pdf.

SCHAUBILD 5.1

Einkommensmodell und mittelfristiger Haushalt (MFH)

(Veranschlagt, Millionen US-Dollar)



1 Einschließlich Umstrukturierungsaufwendungen, aktivierte Posten des Kapitalhaushalts sowie Abschreibungen.

100 Mio. \$ vor, d. h. mehr als 10½ Prozent. Gemessen am Haushalt des Geschäftsjahres 2008 belaufen sich die Gesamteinsparungen also auf 127 Mio. \$, d. h. mehr als 13½ Prozent (Schaubild 5.2). Die Institution muss also die Neuausrichtung in einem rückläufigen Haushaltsrahmen bewältigen. Die Neuausrichtung hat fünf Bestandteile:

- **Stärkung der multilateralen Überwachung** durch tiefere Analyse der makrofinanziellen Verbindungen, Wechselkurse und Übertragungswirkungen aus systemisch wichtigen Ländern.
- **Schärfung der bilateralen Überwachung** durch die Berücksichtigung von länderübergreifenden Perspektiven bei Politikfragen der einzelnen Länder.
- **Refokussierung der Arbeit in einkommensschwachen Ländern** und stärkere Betonung von Makrostabilität, Wachstum und Integration in die Weltwirtschaft.
- **Straffung des Kapazitätsaufbaus** durch Konzentration auf makrokritische Aktivitäten und stärkere Nachfrageorientierung sowie externe Finanzierung der technischen Hilfe.

- **Modernisierung des Fonds** durch eine Aktualisierung der Geschäftspraktiken und Effizienzgewinne.

Die Haushaltsstrategie erfasst vier wichtige Aspekte: ein Regelwerk, das die Neuausrichtung der Institution unterstützt; einen Haushaltsrahmen, der dazu beiträgt, die Einnahmen-Ausgaben-Lücke im Geschäftsjahr 2013 zu schließen; Maximierung der Kürzungen bei den Nichtpersonalkosten durch bessere Nutzung von Technologie und Erhöhung der organisatorischen Effizienz sowie faire Kürzung der Personalkosten bei gleichzeitiger Gewährleistung der Geschäftskontinuität.

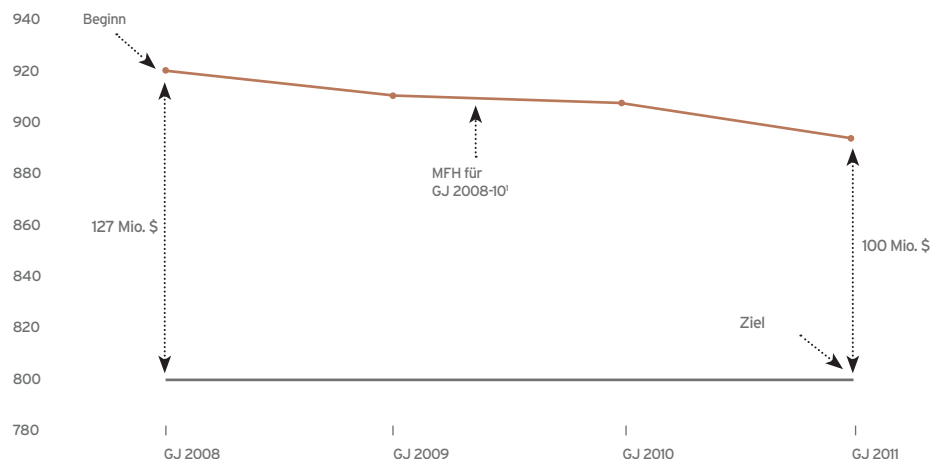
Für den Dreijahreszeitraum der Geschäftsjahre 2009–2011 sind Einsparungen bei den Nichtpersonalkosten in Höhe von 33 Mio. \$ vorgesehen (Dollar per GJ 2008). Dazu gehört eine Senkung der Reisekosten, der Anzahl von Vor-Ort-Vertretern und der Kosten für Auslandsbüros sowie eine verstärkte Vermietung von Büroräumen. Die verbleibenden Einsparungen in Höhe von 67 Mio. \$ sind personalbezogen (Tabelle 5.2).

Die Verlagerung der Verwaltungsmittel innerhalb der Leistungen und Aktivitäten unterstützt die Neuausrichtung des Fonds. Sie schichtet Mittel von weniger wichtigen Aktivitäten zum Kerngeschäft der Institution um,

SCHAUBILD 5.2

Der fortgeschriebene MFH von GJ 2008 - GJ 2010

(Millionen Dollar per GJ 2008)



1 Die für GJ 2011 berechnete Zahl basiert auf der Annahme, dass die einprozentige reale Abnahme fortgesetzt wird.

und sie verlagert Mittel innerhalb der Kernaktivitäten zu prioritären Bereichen. Der mittelfristige Haushalt sieht nicht nur einen größeren Anteil sondern auch absolut höhere Ausgaben für bestimmte Kernbereiche vor. Die realen Haushaltszuweisungen für (1) multilaterale Überwachung, (2) Überwachung systemisch wichtiger Länder sowie (3) regionale Überwachung steigen (Tabelle 5.3), während die Mittelausstattung für IWF-finanzierte technische Hilfe sowie Länderprogramme und -unterstützung zurückgeht. Wenn es dem Fonds gelingt, mehr externe Finanzierung für technische Hilfe zu mobilisieren, kann der Leistungsrückgang in diesem Bereich abgeschwächt werden.

Der Personalabbau ist der Hauptgrund für die beträchtlichen Ausgabenkürzungen, da die Personalausgaben fast drei Viertel des Haushalts ausmachen. Die Zahl der Stabsmitglieder wird bis zum Geschäftsjahr 2011 um 380 Stellen zurückgehen, wobei die meisten Stellenstreichungen für das Geschäftsjahr 2009 vorgesehen sind. Aus Tabelle 5.4 geht hervor, dass die Personalausgaben im Geschäftsjahr 2009 um real 7½ Prozent zurückgehen, obwohl das Durchschnittsgehalt voraussichtlich um 4½ Prozent steigen wird. In

den späteren Jahren ist eine mäßige reale Senkung der Personalausgaben veranschlagt. Zu den weiteren erwähnenswerten Ausgabenänderungen gehören die Folgenden:

- Eine sechsprozentige reale Kürzung der Reisekosten im Geschäftsjahr 2009, die zurückzuführen ist auf eine Reduzierung des Reisevolumens, auf neue Reisegrundsätze sowie auf günstigere Flugpreise.
- Die Gebäudekosten und sonstigen Aufwendungen gehen bis zum Geschäftsjahr 2011 um real sechs Prozent zurück, und dies trotz einer geringfügigen nominalen Erhöhung, die auf einige erforderliche Ersatzinvestitionen im Bereich der Informationstechnologie und auf Renovierungen zurückzuführen ist.
- Da der Fonds stärker auf externe Finanzierung von technischer Hilfe und Vermietung von Büroraum übergeht, werden die Einnahmen im mittelfristigen Haushaltsplan voraussichtlich steigen, selbst wenn diese Schätzungen mit Unsicherheit behaftet sind.

TABELLE 5.2
Zusammensetzung der Einsparungen
(In Millionen US-Dollar per GJ 2008)

PERSONALEINSPARUNGEN	67
Effizienzgewinne	27
Weniger Programme, weniger Überprüfungen, weniger Ebenen	16
Weniger Vor-Ort-Vertreter/im Ausland stationierte Stabsmitglieder	7
Straffung der Systeme und Verwaltungsprozesse	7
Neuausrichtung des Kapazitätsaufbaus	5
Neuausrichtung der Arbeit in einkommensschwachen Ländern	2
Neuausrichtung der Überwachung	2
Abbau von Überschneidungen bei der Politikberatung	1
NICHTPERSONALEINSPARUNGEN	33
Dienstreisekosten	10
Weniger Kosten für Vor-Ort-Vertreter/Auslandsbüros	9
Verstärkte Vermietung von Büroräumen im neuen Hauptgebäude	5
Finanzierung des Anlagebüros durch den Angestelltenpensionsplan	2
Einsparungen bei den Jahrestagungen	2
IT-Dienstleistungen	2
Abbau von Subventionen	2
Einnahmesteigerung	1
INSGESAMT	100

TABELLE 5.3
Reale Ausgabenzuteilung, GJ 2008-2011

	IN MILLIONEN US-DOLLAR PER GJ 2008		REALE PROZENTUALE ÄNDERUNG
	GJ 2008	GJ 2011	
Überwachung			
Multilateral	28	31	9
Bilateral	158	137	-13
Davon:			
Systemrelevante			
Länder	44	53	20
Regional	18	22	18
Länderprogramme	122	103	-15
IWF-finanzierter Kapazitätsaufbau	106	86	-19
Unterstützung	313	272	-13

Hinweis: Die Zahlen für das GJ 2008 beziehen sich auf veranschlagte Beträge. Die Zuweisungen werden gemessen am Bruttodollarbeitrag, der für die einzelnen Leistungsbereiche ausgegeben wird. Die Ausgaben in den Bereichen Länderunterstützung und Regierungsführung wurden nicht nach den einzelnen Leistungskategorien zugewiesen. Da einige Kategorien ausgelassen werden, entspricht der Gesamtbetrag der einzelnen Spalten nicht dem Gesamtbetrag des Fonds.

Die wichtigsten Leistungskategorien (Tabelle 5.5), denen im mittelfristigen Haushalt voraussichtlich ein größerer Mittelanteil zugewiesen wird, sind multilaterale Überwachung, regionale Überwachung, Standards und Kodizes sowie Finanzsektorbeurteilungen und technische Hilfe. Ein kleinerer Anteil wird erwartet bei der Aufsicht über das internationale Währungssystem, allgemein zugänglichen Fazilitäten sowie Fazilitäten, die auf die einkommensschwachen Länder zugeschnitten sind.

Das Exekutivdirektorium billigte eine Zuweisung von 48,3 Mio. \$ für Investitionsprojekte, die im Geschäftsjahr 2009 beginnen, und es nahm den Investitionshaushalt in Höhe von 138 Mio. \$ für die folgenden zwei Jahre zur Kenntnis. Die Zuweisung für das Geschäftsjahr 2009 sichert Ausgaben für die nächsten drei

Jahre: mehr als ein Drittel sind für Gebäudeprojekte vorgesehen, während der Restbetrag auf IT-Projekte entfällt. Der Investitionshaushalt geht real beträchtlich zurück. In den letzten zehn Jahren schwankten die realen Investitionsausgaben, unter anderem aufgrund von Sicherheitsmaßnahmen in Gebäuden und IT-Ausgaben, die inzwischen abgeschlossen sind. Etwa die Hälfte des Haushalts für das Geschäftsjahr 2009 ist für Projekte vorgesehen, die die Integrität der IWF-Vermögenswerte sichern, und der größte Teil des Restbetrags erfasst Projekte, die die institutionelle Umstrukturierung und Neuausrichtung fördern.

Personalwesen

Im Rahmen der IWF-Reformen zur Neuausrichtung seiner Aktivitäten, Modernisierung der Geschäftstätigkeit und Verbesserung der Effektivität und Kosten-

TABELLE 5.4

Verwaltungshaushalt nach Ausgabenkategorie, GJ 2008-2011

(In Millionen US-Dollar, falls nicht anderweitig angegeben)

	GJ 2007	GJ 2008		GJ 2009	GJ 2010	GJ 2011 ABZ.	
	ERGBN.	HAUSH.	ERGBN.	HAUSH.	HAUSH.	GJ 2011	GJ 2008
						HAUSH.	HAUSH.
(Nominal)							
Personal	708	723	714	697	702	717	-6
Reisekosten	93	100	94	98	99	99	-1
Gebäude und sonstige Ausgaben	160	161	158	163	165	170	10
Jahrestagungen	5	0	0	0	5	0	...
Rücklagen		10		9	13	18	8
Bruttoausgaben	966	994	967	967	985	1 004	10
Einnahmen	-69	-71	-76	-99	-105	-109	-38
Netto-Verwaltungshaushalt	897	922	891	868	880	895	-27
(In Dollar per GJ 2008)							
Personal	736	723	714	670	649	637	-86
Reisekosten	97	100	94	94	91	88	-12
Gebäude und sonstige Ausgaben	166	161	158	157	153	151	-9
Jahrestagungen	6	0	0	0	5	0	...
Rücklagen		10		8	12	16	6
Bruttoausgaben	1 004	994	967	930	910	893	-101
Einnahmen	-71	-71	-76	-95	-97	-97	-26
Netto-Verwaltungshaushalt	933	922	891	835	813	796	-127

Quelle: Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

77 Siehe „IMF Completes Voluntary Separations Phase of Organizational Restructuring“, PR 08/94, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0894.htm.

effizienz wurde Anfang 2008 ein Regelwerk zur Personalumstrukturierung eingerichtet. Die Umstrukturierung hatte zwei Hauptziele: Abbau von etwa 380 Stellen sowie Änderung in der Personalstruktur mit mehr Stellenstreichungen auf der Führungsebene und bei den administrativen Dienstleistungen. Die Geschäftsführung des IWF war entschlossen, diese Ziele durch einen transparenten und fairen Prozess zu erreichen, der den Schwerpunkt so weit wie möglich auf freiwillige Kündigungen legte, wobei allerdings eingeräumt wurde, dass in bestimmten Bereichen einige Entlassungen erforderlich sein würden. Das Umstrukturierungs-Regelwerk umfasste eine freiwillige Phase und danach eine Entlassungsphase, eine Reihe von finanziellen und sonstigen Anreizen zur Förderung freiwilliger Kündigungen und ein unabhängiges Gremium aus ehemaligen

leitenden IWF-Beamten, das die Geschäftsführung in Bezug auf die einzelnen Entlassungsentscheidungen beriet.

Die freiwillige Phase der Umstrukturierung erfüllte beide Ziele.⁷⁷ Bei der Umsetzung der Umstrukturierung wurden Maßnahmen ergriffen, um leistungsstarke Mitarbeiter (im Rahmen des Möglichen) zu halten und um eine Beeinträchtigung der Personalvielfalt zu verhindern. Für die Stabsmitglieder, die eine Trennung vom IWF in Erwägung zogen, wurde ein Stellenvermittlungsdienst eingerichtet. Zudem wurden beträchtliche Anstrengungen unternommen, um Stellenangebote in Regierungsbehörden der Mitgliedsländer, anderen internationalen Finanzinstitutionen und Organisationen des Privatsektors ausfindig zu machen.

78 Außerdem wird eine Aufwandsentschädigung von 75 350 \$ gewährt. Siehe auch „Terms of Appointment of Dominique Strauss-Kahn as Managing Director of the IMF“, PR 07/245, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2007/pr07245.htm.

Der Stab des IWF wird vom Geschäftsführenden Direktor ernannt und ist ausschließlich dem IWF verantwortlich. Am 30. April 2008 beschäftigte der IWF 1950 Fach- und Führungskräfte sowie 636 Stabsmitglieder auf anderen Ebenen. Das Regelwerk für das Personalmanagement des Fonds trägt der Tatsache Rechnung, dass sich die bestmöglichen Praktiken ständig weiterentwickeln. Sie stehen im Einklang mit dem Auftrag der Institution und dem Ziel, die Qualität und Vielfalt des Stabes zu sichern. Laut IWF-Übereinkommen wird von den Mitarbeitern ein „Höchstmaß“ an Leistungsfähigkeit und Sachkunde erwartet. Außerdem genügen alle Mitarbeiter der Institution den höchsten ethischen Ansprüchen und entsprechen damit den Werten der Integrität, Objektivität und Diskretion, wie sie im Verhaltenskodex und den Geschäftsbestimmungen des IWF niedergelegt sind.

Der Fonds ist sich der Tatsache bewusst, dass die Mitglieder IWF-Mitarbeiter benötigen, die aufgrund ihrer Berufserfahrung und -ausbildung vielfältige wirtschaftspolitische Herausforderungen bewältigen können, mit denen die Länderbediensteten konfrontiert sind, und die eine Politikberatung bieten können, die für die jeweiligen Umstände der 185 Mitgliedsländer angemessen ist. Der IWF achtet gebührend darauf, dass die Personalauswahl nach Maßgabe des IWF-Übereinkommens auf möglichst breiter geographischer Grundlage erfolgt, und er unternimmt alles in seinen Kräften Stehende um sicherzustellen, dass die personelle Vielfalt der Zusammensetzung seiner Mitgliedschaft entspricht, wobei er aktiv Bewerber aus der ganzen Welt sucht. Aufbauend auf der 1995 eingerichteten Stelle des Beraters für personelle Viel-

falt hat er einen Rat für personelle Vielfalt eingesetzt, um die entsprechenden Belange vorzubringen. Die Fortschritte werden überprüft und über Probleme wird in verschiedenen Formaten transparent im Internetauftritt des IWF berichtet – unter anderem im Jahresbericht über personelle Vielfalt (*Diversity Annual Report*).

Gegen Ende April 2008 waren 145 der 185 IWF-Mitgliedsländer im Stab vertreten. Eine Liste der leitenden IWF-Beamten und das Organigramm des IWF finden sich auf Seite 84 bzw. 85 dieses Berichts. Tabellen über die Aufteilung des IWF-Stabs nach Nationalität, Geschlecht sowie Entwicklungs- und Industrieländern und eine Tabelle über die Gehaltsstruktur des Stabes finden sich auf der CD-ROM. Mit Stand vom 1. Juli 2007 sah die Gehaltsstruktur der Geschäftsführung folgendermaßen aus:

Geschäftsführender Direktor	420 930 \$ ⁷⁸
Erster Stellv. Geschäftsf. Direktor	366 030 \$
Stellv. Geschäftsf. Direktoren	358 600 \$

Die Entlohnung der Exekutivdirektoren betrug 219 800 \$ und die Entlohnung der Stellvertretenden Exekutivdirektoren belief sich auf 190 140 \$.

KOMMUNIKATION UND TRANSPARENZ

Die Kommunikationsstrategie und Transparenzpolitik des IWF hat das Ziel, die Rechenschaftslegung gegenüber den betroffenen Parteien zu verbessern und einen Konsens über die Erfordernisse einer soliden Wirtschaftspolitik zu bilden. Das Exekutivdirektorium überprüft die Kommunikationsstrategie und Transpa-



LINKS: IWF-Stabsmitglieder und Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft in Malawi. RECHTS: Spanische Fassung der IWF-Homepage.

TABELLE 5.5

Geschätzte Anteile der veranschlagten Bruttoverwaltungs Ausgaben, nach globaler Leistungskategorie und spezifischer Leistung, GJ 2008-2011

(In Prozentanteilen der Gesamtausgaben, abzüglich Rücklagen)

	GJ 2008	GJ 2009	GJ 2010	GJ 2011
Globale Überwachung	17,4	17,7	17,9	18,2
Aufsicht über das internationale Währungssystem	5,2	4,6	4,7	4,7
Multilaterale Überwachung	4,5	5,1	5,3	5,5
Länderübergreifende Statistikinformation und -methodik	3,0	3,2	3,2	3,2
Allgemeine Forschung	0,4	0,3	0,3	0,3
Allgemeine Außenkontakte	4,3	4,5	4,5	4,5
Länderspezifische und regionale Überwachung	35,2	36,6	36,5	36,7
Bilaterale Überwachung	28,3	28,3	28,2	28,4
Regionale Überwachung	3,1	3,6	3,7	3,8
Standards und Kodizes sowie Finanzsektorbeurteilungen	3,8	4,6	4,6	4,5
Länderprogramme und Finanzunterstützung	23,2	21,1	20,9	20,4
Allgemein verfügbare Fazilitäten	10,0	8,1	8,0	7,8
Fazilitäten für einkommensschwache Länder	13,2	13,1	12,9	12,6
Kapazitätsaufbau	24,2	24,6	24,7	24,7
Technische Hilfe	17,0	17,5	17,7	17,8
Externe Ausbildung	7,2	7,1	6,9	6,9
Insgesamt, abzüglich Rücklagen	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Merkposten</i>				
Unterstützung	31,8	30,5	30,7	31,0
Regierungsführung	9,3	9,3	9,4	9,1

Quelle: Büro für Haushalt und Planung.

Hinweis: Die Zahlen für das GJ 2008 beziehen sich auf veranschlagte Beträge. Die Ausgaben für Unterstützung und Regierungsführung werden nach Leistungskategorie zugewiesen. Abweichungen bei den Gesamtbeträgen gehen auf das Runden der Zahlen zurück.

79 Siehe „IMF Executive Board Discusses the IMF's Communication Strategy“, PIN 07/74, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0774.htm.

renzpolitik des IWF regelmäßig. Es leitet und unterstützt dadurch die diesbezüglichen Anstrengungen des IWF, die seit Mitte der 1990er Jahre beträchtlich zugenommen haben.

Kommunikation

Kommunikationsstrategie

Im Juni 2007 erörterte das Exekutivdirektorium die Kommunikationsstrategie des IWF, die fünfte Aussprache über dieses Thema seit 1998.⁷⁹ Es nahm die Fortschritte zur Kenntnis, die seit der letzten Überprüfung im Jahr 2005 in Bezug auf die Integration der Kommunikationsarbeit in die Geschäftstätigkeit des IWF und hinsichtlich der verstärkten Offenheit und Publikation von Informationen erzielt wurden. Die Exekutivdirektoren billigten weitgehend die Gesamtausrichtung der Kommunikationsstrategie,

die folgende Ziele hat: Erhöhung der Kenntnisse über und der Unterstützung für die Rolle des IWF und seine Reformagenda, weitere Integration der Kommunikationsarbeit in die Geschäftstätigkeit sowie Verbesserung der Effektivität der elektronischen und gedruckten Produkte und der Außenkontakte des IWF. Sie kamen überein, dass Kommunikation ein wichtiges Instrument zur Förderung der internationalen wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität ist und dass sie den Ländern hilft, wirtschaftliche Schocks und die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen. Sie unterstrichen außerdem die Bedeutung einer zweiseitigen Kommunikation zwischen dem Fonds und seinen Mitgliedern sowie anderen interessierten Parteien, weil dadurch sowohl der Stab als auch die Institution externes Feedback nutzen und angemessen darauf reagieren können.

80 Siehe www.imf.org/civilsociety.

81 Siehe www.imf.org/external/np/legislators/index.htm.

82 Siehe „Tanzania and Malawi Seminars for Legislators, CSOs, and Media“ im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/exr/cs/news/2008/022008.htm.

83 Siehe CD-Kasten 5.1, „Disseminating Information: The IMF's Publishing Operations and Web Site“, auf der CD-ROM.

84 Die steigende Transparenz des IWF wird allgemein gewürdigt. In dem 2006 veröffentlichten Bericht *Global Accountability Report* der NRO One World Trust wird der IWF unter zehn zwischenstaatlichen Organisationen in Bezug auf die Transparenz auf Platz drei eingestuft und unter 30 zwischenstaatlichen und privaten transnationalen Organisationen ist er auf Platz vier. Der Bericht findet sich unter www.oneworldtrust.org/?display=index_2006.

In Bezug auf die Umsetzung der Strategie begrüßte das Direktorium die Pläne, neue Technologien und moderne Kommunikationspraktiken zu nutzen – zum Beispiel stärkerer Einsatz von Web-gestützten Technologien und bessere Abstimmung der Publikationen auf die institutionellen Prioritäten – und die Effektivität der Kommunikation in anderen Sprachen als Englisch auf kostengünstige Weise zu erhöhen. Es würdigte außerdem die Anstrengungen zur Stärkung der internen Kommunikation, die wichtig ist für die Kanalisierung externer Meinungen, die Förderung des Dialogs und die Verbesserung der Kenntnisse über die Kernfragen, mit denen der Fonds konfrontiert ist. Das Direktorium lobte außerdem die Anstrengungen zur besseren Verbreitung von Produkten wie dem Weltwirtschaftsausblick (*World Economic Outlook*) und den verschiedenen Regionalen Wirtschaftsausblicken (*Regional Economic Outlook*), in denen der Fonds seine Studien über die wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen präsentiert. Viele Direktoren verwiesen darauf, dass Presseveröffentlichungen, Pressekonferenzen und andere Kanäle eine wichtige Rolle spielen, die Länderüberwachung zu unterstützen.

Initiativen im Geschäftsjahr 2008

Nach Maßgabe der im Exekutivdirektorium gebilligten Strategie und der Agenda zur Neuausrichtung setzte der IWF im Geschäftsjahr seine Bemühungen fort, seine Kommunikation und Außenkontakte zu verbessern. Die Verbesserung der Internet-gestützten Kommunikation und die Ausweitung der Kommunikation in anderen Sprachen als Englisch blieben Prioritäten. Der vor kurzem erneuerte Internetauftritt des Fonds ist nutzerfreundlicher geworden und die Suchmaschine wurde verbessert. Die Website hat neue Merkmale, wie zum Beispiel Einstiegsseiten für wichtige Politikfragen und Websites für Organisationen der Zivilgesellschaft⁸⁰ und Parlamentarier.⁸¹ Der Volkswirtschaftliche Berater des Fonds und die IWF-Abteilung für Fiskalpolitik richteten während des Geschäftsjahrs je einen Blog ein – der Letztere konzentriert sich auf das Management der öffentlichen Finanzen. Die Websites in anderen Sprachen als Englisch, die häufig in der Arbeit des Fonds benutzt werden, wurden erneuert oder ergänzt und Publikationen (zum Beispiel Zusammenfassungen und Presseveröffentlichungen über den *World Economic Outlook* und den *Global Financial Stability Report*), deren Nachfrage hoch ist, wurden übersetzt und in diese Websites eingestellt. Der IWF-Jahresbericht 2007 wurde ins Arabische, Chinesische, Deutsche,

Französische, Japanische, Russische und Spanische übersetzt, drei Sprachen mehr (Arabisch, Japanisch und Russisch) als in der Vergangenheit.

Der Fonds schärfte außerdem die Fokussierung seiner Außenkontakte und unterhielt im Geschäftsjahr 2008 Außenkontakte mit Parlamentariern und Organisationen der Zivilgesellschaft. So organisierte er zum Beispiel in Afrika südlich der Sahara, und zwar in Daressalam, Seminare für den parlamentarischen Ausschuss für Finanz- und Wirtschaftsfragen sowie Organisationen der Zivilgesellschaft von Tansania. Er veranstaltete außerdem ein Seminar für Organisationen der Zivilgesellschaft in Malawi⁸² und ein Seminar für Parlamentarier, Nichtregierungs-Organisationen und Gewerkschaften in Liberia. Die Arbeit mit den Medien wurde vertieft, da die zuständigen Mitarbeiter ihre Kontakte ausweiteten und der IWF durch den Einsatz von Multimedia-Technologie ein breiteres Zielpublikum erreicht. So hat sich zum Beispiel eine alle zwei Wochen stattfindende Presseunterrichtung, die ursprünglich für die in Washington ansässigen Medien vorgesehen war, zu einem Webcast für Journalisten aus der ganzen Welt weiterentwickelt. Das Online-Medieninformationszentrum, eine Multimedia-Website mit Kennwortschutz, ermöglicht Journalisten den Zugriff auf Dokumente, die mit Sperrfrist versehen sind, die Teilnahme an Presseunterrichtungen und das Abrufen von Daten, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind.⁸³

Transparenzpolitik

Die Transparenz des IWF hat in den letzten zehn Jahren beträchtlich zugenommen.⁸⁴ Die gegenwärtige Politik stützt sich auf die Entscheidung des Exekutivdirektoriums vom Januar 2001 zur Förderung der freiwilligen Veröffentlichung von Länderdokumenten und einer systematischeren Veröffentlichung von Grundsatzpapieren und Öffentlichen Informationsmitteilungen (Public Information Notice – PIN), die die Beurteilungen des Exekutivdirektoriums zusammenfassen. Die Entscheidung folgte auf Maßnahmen, die seit 1994 ergriffen worden waren, um die Transparenz des IWF zu erhöhen und Informationen über die Politikmaßnahmen der Mitgliedsländer leichter verfügbar zu machen. Diese Schritte enthielten jedoch auch Maßnahmen, die ein Gleichgewicht zwischen Transparenz und Vertraulichkeit schaffen und dadurch sicherstellen, dass der Politikdialog des IWF mit den Mitgliedern offen bleibt. Die Mitglieder können die

85 Siehe „IMF Releases Third Annual Report on the Implementation of the Fund's Transparency Policy“, PR 08/18, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pr/2008/pr0818.htm. Der Bericht „Key Trends in the Implementation of the Transparency Policy“ findet sich im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/eng/2008/013108.pdf.

86 Siehe „Implementation Plan Following IEO Evaluation of the IMF and Aid to Sub-Saharan Africa“, PIN 07/93; „IMF Executive Board Discusses Implementation Plan Following IEO Evaluation of the IMF's Exchange Rate Policy Advice, 1999-2005“, PIN 07/119 sowie „First Periodic Monitoring Report on the Status of Board-Endorsed Recommendations of the Independent Evaluation Office“, PIN 08/25, auf der CD-ROM oder im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn0793.htm, www.imf.org/external/np/sec/pn/2007/pn07119.htm bzw. www.imf.org/external/np/sec/pn/2008/pn0825.htm. Der regelmäßige Überwachungsbericht, der im Dezember 2007 vorgelegt wurde, ist verfügbar im Internetauftritt des IWF unter www.imf.org/external/np/pp/2007/eng/120307.pdf.

87 Das Direktorium erörterte die Evaluierung der Verwaltungsführung sowie den Umsetzungsplan für die vom Direktorium bestätigten Empfehlungen in der Evaluierung über strukturelle Auflagen Anfang des Geschäftsjahres 2009.

Streichung von Informationen beantragen, die noch kein Gemeingut darstellen und marktempfindliche Daten enthalten oder wirtschaftspolitische Absichten zu einem verfrühten Zeitpunkt ankündigen.

Im Anschluss an die Erörterung einer IWF-Stabsüberprüfung zur Transparenzpolitik im Geschäftsjahr 2006 riefen die Exekutivdirektoren den Stab auf, einen jährlich aktualisierten Bericht über die Umsetzung dieser Politik zu erarbeiten und in den Internetauftritt des IWF einzustellen. Der dritte Jahresbericht über die Umsetzung der Transparenzpolitik wurde im Februar 2008 veröffentlicht und enthält Informationen zu Dokumenten, die das Direktorium vom 1. November 2006 bis zum 31. Oktober 2007 erörtert hat und die bis zum 31. Dezember 2007 veröffentlicht wurden. Die Informationen erfassen die Publikationsquote für die einzelnen Dokumentarten, die Zeitverzögerung zwischen der Diskussion der Dokumente im Exekutivdirektorium und ihrer Veröffentlichung, die Streichung von Informationen aus den Dokumenten sowie das Publikationsverhalten der Mitgliedsländer.⁸⁵ Die Publikationsquoten für Länderberichte blieben mit 83 Prozent hoch.

RECHENSCHAFTSPFLICHT

Das Unabhängige Evaluierungsbüro

Das Unabhängige Evaluierungsbüro wurde 2001 eingerichtet, um unabhängige und objektive Evaluierungen über die Geschäftspolitik und -tätigkeit des IWF durchzuführen und so die Transparenz und Rechenschaftslegung des IWF zu verbessern und seine Lernkultur zu stärken. Nach dem Mandat ist das IEO völlig unabhängig von der Geschäftsführung des IWF und arbeitet rechtlich unabhängig gegenüber dem Exekutivdirektorium, dem es regelmäßig über seine Erkenntnisse berichtet.

Nach einer externen Evaluierung des IEO im Geschäftsjahr 2006 schuf das Exekutivdirektorium im Januar 2007 ein Regelwerk, das gewährleisten soll, dass die Nachbereitung systematischer erfolgt und dass die Umsetzung der vom Direktorium bestätigten Empfehlungen der IEO-Berichte überwacht wird. Das Regelwerk fordert einen zukunftsorientierten Umsetzungsplan, der dem Direktorium kurze Zeit nach der jeweiligen Aussprache über die betreffende IEO-Evaluierung vorgelegt werden soll, sowie eine regelmäßige Überwachung, inwieweit die im Plan festgelegten Maßnahmen umgesetzt wurden. Im Geschäftsjahr

2008 erörterte das Direktorium die ersten beiden Umsetzungspläne, die für zwei im Geschäftsjahr 2007 abgeschlossene IEO-Evaluierungen erstellt worden waren: eine Evaluierung über die Hilfe des IWF an Afrika südlich der Sahara unter dem Titel „The IMF and Aid to Sub-Saharan Africa“, die außerdem im Geschäftsjahr 2007 erörtert worden war, und eine Evaluierung über die IWF-Beratung im Bereich der Wechselkurspolitik unter dem Titel „The IMF's Advice on Exchange Rate Policy“, die Anfang des Geschäftsjahres 2008 erörtert wurde (siehe Kapitel 3). Da seit der Vorlage dieser beiden Umsetzungspläne nicht genügend Zeit verstrichen war, erfasste der erste regelmäßige Überwachungsbericht, den das Direktorium im Januar 2008 erörterte, frühere IEO-Empfehlungen, die das Direktorium vor der Einrichtung der Umsetzungspläne verabschiedet hatte. Die Exekutivdirektoren kamen überein, dass die Empfehlungen des IEO beträchtliche Auswirkungen auf die Arbeitsweise des Fonds haben, dass die Lehren im Allgemeinen gut aufgenommen und die Empfehlungen größtenteils umgesetzt wurden. Sie ließen verlauten, dass die Überwachung in der Zukunft noch verbessert werden kann, wenn die erforderlichen Nachfolgemassnahmen konkreter und klarer definiert werden, und dass die regelmäßigen Überwachungsberichte erst nach Ablauf einer ausreichenden Zeit, zum Beispiel sechs Monate, nach der Direktoriums Aussprache über den von der Geschäftsführung vorgelegten Umsetzungsplan erstellt werden sollten. Das Direktorium betonte, dass die Geschäftsführung und der Stab dafür verantwortlich sind, die zukünftigen Überwachungsberichte vorzulegen, wobei das Direktorium in regelmäßigen Abständen eine Überprüfung durchführen sollte. Die Direktoren bestätigten ferner, dass die Bereiche Grundsatzpolitik, Überprüfung und Umsetzung, einschließlich der vom Direktorium bestätigten IEO-Empfehlungen, weiterhin in der Verantwortung des Exekutivdirektoriums und der Geschäftsführung liegen.⁸⁶

Im Geschäftsjahr 2008 führte das IEO außerdem eine Evaluierung über die strukturellen Auflagen in IWF-gestützten Programmen durch, die das Exekutivdirektorium im Dezember 2007 erörterte (siehe Kapitel 4). Eine weitere Evaluierung bezog sich auf die Verwaltungsführung des IWF, darunter die Rolle des Exekutivdirektoriums,⁸⁷ und ein IEO-Bericht über die Vorgehensweise des IWF bei handelspolitischen Fragen wurde zur öffentlichen Kommentierung in den Internetauftritt des IEO eingestellt. Im Geschäftsjahr

88 Siehe www.iao-imf.org.

89 Die Sicherungsbeurteilungen des IWF verringern das Risiko, dass die an die Länder vergebenen Kredite veruntreut werden (siehe CD-Kasten 5.2 auf der CD-ROM).

90 Im Juni 2008 hat der Fonds eine „Integritäts-Hotline“ eingerichtet – ein Mechanismus, der es internen und externen Personen ermöglicht, auf vertraulicher Basis Fragen über mögliches Fehlverhalten von Stabsmitgliedern aufzuwerfen. Die Hotline wird durch eine unabhängige dritte Partei betreut.

2009 wird das IEO seine Evaluierungsarbeit zu den Wechselbeziehungen zwischen dem IWF und den Mitgliedsländern fortsetzen und eine Evaluierung über die Forschungsagenda des IWF beginnen. Weitere Informationen über die Aktivitäten und Berichte des IEO finden sich im Internetauftritt des IEO.⁸⁸

Risikomanagement

Der IWF hat seit 2006 ein umfassendes Risikomanagement-Regelwerk, das vom Exekutivdirektorium beaufsichtigt wird. Der Beratungsausschuss für Risikomanagement (Advisory Committee on Risk Management – ACRM) besteht aus sechs leitenden IWF-Stabsmitgliedern, den Vorsitz führt einer der Stellvertretenden Geschäftsführenden Direktoren des Fonds. Der ACRM stützt das Risikomanagement-Regelwerk, tagt regelmäßig zur Erörterung von Risikomanagementfragen und unterrichtet die Geschäftsführung und das Exekutivdirektorium über seine Arbeit. Das Hauptelement seiner Arbeit ist der Jahresbericht über Risikomanagement (*Annual Risk Management Report*), der die Ergebnisse einer umfassenden Beurteilung strategischer, aufgabenbezogener, finanzieller und operationeller Risiken zusammenfasst.⁸⁹ Im Geschäftsjahr 2008 wurden weitere Schritte unternommen, um die Modalitäten des Risikobeurteilungs-Regelwerks zu stärken.⁹⁰ Der ACRM spielte außerdem eine wichtige Rolle bei der Überwachung von Risiken, die mit der Neuausrichtung des IWF zusammenhängen.

Prüfungsverfahren des IWF

Das Prüfungsverfahren des IWF besteht aus einer externen Prüfungsgesellschaft, einer Innenrevision und einem unabhängigen Externen Rechnungsprüfungsausschuss (External Audit Committee – EAC), der die Arbeit von beiden Gremien überwacht.

Die externe Prüfungsgesellschaft, die vom Exekutivdirektorium in Absprache mit dem EAC ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor bestellt wird, ist verantwortlich für die Durchführung der externen Jahresprüfung und die Herausgabe des Prüfungsgutachtens über die Finanzausweise des IWF, die gemäß Artikel V Paragraph 2(b) verwalteten Konten und den Angestellten-Pensionsplan. Nach Abschluss der jährlichen Prüfung leitet der EAC den von der externen Prüfungsgesellschaft erstellten Bericht auf dem Weg über den Geschäftsführenden Direktor und das Exekutivdirektorium an den Gouverneursrat weiter und unterrichtet das Exekutivdirektorium über die Ergeb-

nisse der Prüfung. Die externe Prüfungsgesellschaft wird normalerweise für einen Zeitraum von fünf Jahren bestellt. Gegenwärtig ist Deloitte & Touche LLP der externe Prüfer des IWF.

Die interne Prüfung erfolgt durch das Büro für interne Revision und Inspektion (Office of Internal Audit and Inspection – OIA). Es ist zuständig für unabhängige Untersuchungen über die Effektivität der Risikosteuerung, der Kontrollmechanismen und der internen Verwaltungsführung des IWF. Das OIA dient außerdem als Sekretariat für den ACRM. Das OIA führt jährlich etwa 25 Prüfungen und Revisionen durch, darunter Finanzprüfungen, Informationstechnologie-Prüfungen sowie Untersuchungen über die Arbeitsprozesse und die Effektivität. Die Finanzprüfungen prüfen die Angemessenheit von Kontrollen und Verfahren zur Sicherung und Verwaltung der Vermögenswerte und Finanzkonten des IWF. IT-Prüfungen beurteilen die Angemessenheit des IT-Managements und die Leistungsfähigkeit der Informationssicherheit. Die Untersuchungen über die Arbeitsprozesse und die Effektivität konzentrieren sich auf Verfahren und diesbezügliche Kontrollen sowie die Effizienz und Effektivität der Arbeitsabläufe und ihre Abstimmung mit den Gesamtzielen des IWF. Nach Maßgabe der bestmöglichen Praktiken berichtet das OIA an die Geschäftsführung des IWF und an den Externen Rechnungsprüfungsausschuss, wodurch die Unabhängigkeit des OIA gewahrt bleibt. Zudem wird das Exekutivdirektorium jährlich über das Arbeitsprogramm des OIA und die wesentlichen Ergebnisse und Empfehlungen seiner Prüfungen und Revisionen informiert. Die Qualität der OIA-Arbeit wurde Anfang 2008 von einem unabhängigen Evaluierungsteam des Institute of Internal Auditors beurteilt und diese Evaluierung bestätigte, dass alle international gültigen Standards eingehalten wurden.

Der EAC besteht aus drei Mitgliedern, die vom Exekutivdirektorium ausgewählt und vom Geschäftsführenden Direktor bestellt werden. Er beaufsichtigt die Rechnungslegung, das Finanzberichtswesen, die interne Kontrolle und das Risikomanagement des IWF. Die Mitglieder dienen in zeitlicher Staffelung jeweils drei Jahre und sind unabhängig vom IWF. Die EAC-Mitglieder sind Staatsbürger verschiedener IWF-Mitgliedsländer und müssen die notwendige Fachkenntnis und Qualifikation zur Ausübung der Aufsicht über die jährliche Prüfung besitzen. Die Kandidaten für den

EAC kommen normalerweise von internationalen Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaften, dem öffentlichen Sektor oder von Universitäten.

Der EAC wählt eines seiner Mitglieder zum Vorsitzenden, legt seine Verfahren selbst fest und ist bei der Aufsicht über die jährliche Rechnungsprüfung unabhängig von der Geschäftsführung des IWF. Änderungen im Mandat des EAC müssen allerdings im Exekutivdirektorium bestätigt werden. Der EAC tagt normalerweise im Januar, im Juni nach Abschluss

der Rechnungsprüfung und im Juli, um dem Exekutivdirektorium Bericht zu erstatten. Der IWF-Stab und die externen Rechnungsprüfer konsultieren die EAC-Mitglieder das ganze Jahr über. Die Mitglieder des EAC für 2008 sind Satoshi Itoh, ehemaliger Professor der Chuo-Universität in Japan, Steve Anderson, Leiter der Abteilung für Risikobewertung und -versicherung der Zentralbank von Neuseeland, sowie Thomas O'Neill, Vorstandsmitglied und ehemaliger Vorsitzender von PricewaterhouseCoopers Consulting.

EXEKUTIVDIREKTOREN UND IHRE STELLVERTRETER

STAND VOM 30. APRIL 2008¹

Ernannt

Meg Lundsager <i>Daniel Heath</i>	Vereinigte Staaten
Daisuke Kotegawa <i>Hiromi Yamaoka</i>	Japan
Klaus D. Stein <i>Stephan von Stenglin</i>	Deutschland
Ambroise Fayolle <i>Benoit Claveranne</i>	Frankreich
Alex Gibbs <i>Jens Larsen</i>	Vereinigtes Königreich

Gewählt

Willy Kiekens (Belgien) <i>Johann Prader</i> (Österreich)	Belarus Belgien Kasachstan Luxemburg Österreich Slowakische Republik Slowenien Tschechische Republik Türkei Ungarn
Age F.P. Bakker (Niederlande) <i>Yuriy G. Yakusha</i> (Ukraine)	Armenien Bosnien und Herzegowina Bulgarien Georgien Israel Kroatien Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik Moldau Niederlande Rumänien Ukraine Zypern
José A. Rojas (Venezuela) <i>Ramón Guzmán</i> (Spanien)	Costa Rica El Salvador Guatemala Honduras Mexiko Nicaragua Spanien Venezuela, Bolivarische Republik
Arrigo Sadun (Italien) <i>Miranda Xafa</i> (Griechenland)	Albanien Griechenland Italien Malta Portugal San Marino Timor-Leste

Gewählt (Fortsetzung)

Richard Murray (Australien) <i>Wilhemina C. Mañalac</i> (Philippinen)	Australien Kiribati Korea Marshallinseln Mikronesien, Föderierte Staaten von Mongolei Neuseeland Palau Papua-Neuguinea Philippinen Salomonen Samoa Seychellen Vanuatu
GE Huayong (China) <i>HE Jianxiong</i> (China)	China
Jonathan Fried (Kanada) <i>Peter Charleton</i> (Irland)	Antigua und Barbuda Bahamas Barbados Belize Dominica Grenada Irland Jamaika Kanada St. Kitts und Nevis St. Lucia St. Vincent und die Grenadinen
Jens Henriksson (Schweden) <i>Jarle Berge</i> (Norwegen)	Dänemark Estland Finnland Island Lettland Litauen Norwegen Schweden
A. Shakour Shaalan (Ägypten) <i>Samir El-Khoury</i> (Libanon)	Ägypten Bahrain Irak Jemen, Republik Jordanien Katar Kuwait Libanon Libyen Malediven Oman Syrien, Arabische Republik Vereinigte Arabische Emirate

¹ Das Stimmgewicht der einzelnen Stimmengruppen findet sich im Anhang IV auf der CD-ROM. Im Geschäftsjahr 2008 eingetretene Änderungen im Exekutivdirektorium sind in Anhang V auf der CD-ROM aufgeführt.

Gewählt (Fortsetzung)

Abdallah S. Alazzaz (Saudi-Arabien) <i>Ahmed Al Nassar</i> (Saudi-Arabien)	Saudi-Arabien
Perry Warjiyo (Indonesien) <i>Chantavam Sucharitakul</i> (Thailand)	Brunei Darussalam Fidschi Indonesien Kambodscha Laos, Demokratische Volksrepublik Malaysia Myanmar Nepal Singapur Thailand Tonga Vietnam
Peter Gakunu (Kenia) <i>Samuel Itam</i> (Sierra Leone)	Angola Äthiopien Botsuana Burundi Eritrea Gambia Kenia Lesotho Liberia Malawi Mosambik Namibia Nigeria Sambia Sierra Leone Südafrika Sudan Swasiland Tansania Uganda
Thomas Moser (Schweiz) <i>Andrzej Raczek</i> (Polen)	Aserbaidshan Kirgisische Republik Polen Schweiz Serbien Tadschikistan Turkmenistan Usbekistan

Gewählt (Fortsetzung)

Aleksei V. Mozhin (Russische Föderation) <i>Andrei Lushin</i> (Russische Föderation)	Russische Föderation
Mohammad Jafar Mojarad (Iran, Islamische Republik) <i>Mohammed Daïri</i> (Marokko)	Afghanistan, Islamische Republik Algerien Ghana Iran, Islamische Republik Marokko Pakistan Tunesien
Paulo Nogueira Batista, Jr. (Brasilien) <i>María Ines Agudelo</i> (Kolumbien)	Brasilien Dominikanische Republik Ecuador Guyana Haiti Kolumbien Panama Suriname Trinidad und Tobago
Adarsh Kishore (Indien) <i>K.G.D.D. Dheerasinghe</i> (Sri Lanka)	Bangladesch Bhutan Indien Sri Lanka
Javier Silva-Ruete (Peru) <i>Héctor R. Torres</i> (Argentinien)	Argentinien Bolivien Chile Paraguay Peru Uruguay
Laurean W. Rutayisire (Ruanda) <i>Kossi Assimaïdou</i> (Togo)	Äquatorialguinea Benin Burkina Faso Côte d'Ivoire Dschibuti Gabun Guinea Guinea-Bissau Kamerun Kap Verde Komoren Kongo, Demokratische Republik Kongo, Republik Madagaskar Mali Mauretanien Mauritius Niger Ruanda São Tomé und Príncipe Senegal Togo Tschad Zentralafrikanische Republik

82

83

LEITENDE MITARBEITER

STAND VOM 30. APRIL 2008

Jaime Caruana, *Berater*
Simon Johnson, *Volkswirtschaftlicher Berater*

Regionalabteilungen

Benedicte Vibe Christensen
Amtierender Direktor, Abteilung Afrika

David Burton
Direktor, Abteilung Asien und Pazifik

Michael C. Deppler
Direktor, Abteilung Europa

Mohsin S. Khan
Direktor, Abteilung Naher Osten und Zentralasien

Anoop Singh
Direktor, Abteilung Westliche Hemisphäre

Fachabteilungen und Abteilungen für besondere Dienstleistungen

Michael G. Kuhn
Direktor, Abteilung Finanzen

Teresa M. Ter-Minassian
Direktorin, Abteilung Fiskalpolitik

Leslie J. Lipschitz
Direktor, IWF-Institut

Sean Hagan
Chefsyndikus und Direktor, Abteilung Recht

Jaime Caruana
Direktor, Abteilung Geld- und Kapitalmärkte

Mark Allen
Direktor, Abteilung Grundsatzpolitik

Simon Johnson
Direktor, Abteilung Forschung

Robert Edwards
Direktor, Abteilung Statistik

Information und Liaison

Masood Ahmed
Direktor, Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Akira Ariyoshi
Direktor, Regionalbüro Asien und Pazifik

Saleh M. Nsouli
Direktor, Europa-Büros

Barry H. Potter
*Direktor und Sonderbeauftragter im
IWF-Büro bei den Vereinten Nationen*

Unterstützende Dienstleistungen

Diana Serrano
Direktorin, Abteilung Personalwesen

Shailendra J. Anjaria
Sekretär, Abteilung Sekretariat

Frank Harnischfeger
Direktor, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste

Jonathan Palmer
*Chief Information Officer, Abteilung Technologie und
allgemeine Dienste*

Büros

Siddharth Tiwari
Direktor, Büro für Haushalt und Planung

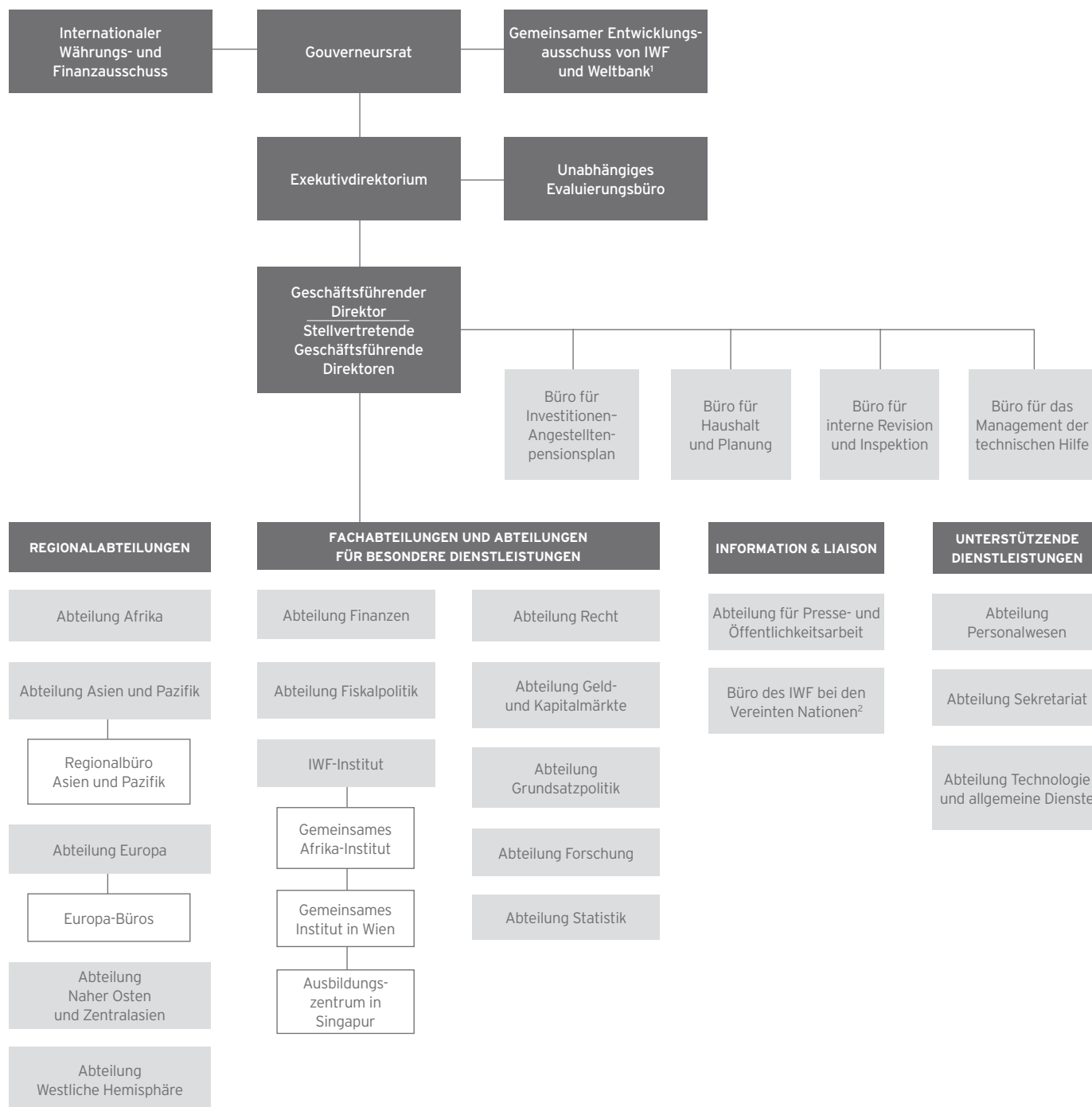
Bert Keuppens
Direktor, Büro für interne Revision und Inspektion

Alfred Kammer
Direktor, Büro für das Management der technischen Hilfe

Thomas Bernes
Direktor, Unabhängiges Evaluierungsbüro

ORGANIGRAMM DES IWF

STAND VOM 30. APRIL 2008



1 Der formelle Titel lautet „Gemeinsamer Ministerausschuss der Gouverneursräte von IWF und Weltbank für den Transfer realer Ressourcen an Entwicklungsländer“.

2 Dem Büro des Geschäftsführenden Direktors angegliedert.

AKRONYME UND ABKÜRZUNGEN

AKV	Allgemeine Kreditvereinbarungen	HIPC	Hochverschuldetes armes Land
AML/CFT	Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung	IEO	Unabhängiges Evaluierungsbüro
APEC	Asiatisch-Pazifische Wirtschaftliche Zusammenarbeit	IMFC	Internationaler Währungs- und Finanzausschuss
AREAER	Jahresbericht über Wechselkursregelungen und Devisenbeschränkungen	MCM	Abteilung für Geld- und Kapitalmärkte
ASEAN	Verband Südostasiatischer Staaten	MDG	Millennium-Entwicklungsziel
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich	MDRI	Multilaterale Entschuldungsinitiative
CEMAC	Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion	NKV	Neue Kreditvereinbarungen
CGER	Beratungsgruppe für Wechselkursfragen	JEDH	Gemeinsame Datenbank über Auslandsverschuldung
CPIS	Koordinierte Erhebung über Portfolioinvestitionen	OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
EAC	Externer Rechnungsprüfungsausschuss	OIA	Büro für interne Revision und Inspektion
ECCU	Ostkaribische Währungsunion	PIN	Öffentliche Informationsmitteilung
ECU	Europäische Währungseinheit	PR	Presseveröffentlichung
EFF	Erweiterte Fondsfazilität	PRGF	Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität
EIF	Erweiterter integrierter Rahmenplan für handelsbezogene technische Hilfe	PRSP	Strategiedokument zur Armutsbekämpfung
ENDA	Nothilfe bei Naturkatastrophen	PSI	Vereinbarung zur Unterstützung der Wirtschaftspolitik
EPCA	Nothilfe für Länder in der Konfliktfolgezeit	QEDS	Vierteljährliche Statistik über Auslandsverschuldung
ERAP	Programm für wirtschaftlichen Wiederaufbau	RAL	Kreditlinie mit raschem Zugang
ESF	Fazilität für exogene Schocks	REO	Regionaler Wirtschaftsausblick
EZB	Europäische Zentralbank	ROSC	Bericht über die Einhaltung von Standards und Kodizes
FSAP	Programm zur Bewertung des Finanzsektors	RTAC	Regionales Zentrum für technische Hilfe
FSF	Forum für Finanzstabilität	SAF	Strukturanpassungsfazilität
FSI	Indikator für die Stabilität des Finanzsystems	SCA-1	Erstes Sonderkonto für Eventualfälle
FSSA	Beurteilung der Stabilität des globalen Finanzsystems	SDDS	Spezieller Datenweitergabestandard
GJ	Geschäftsjahr	SRF	Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven
GDDS	Allgemeines Datenweitergabesystem	SZR	Sonderziehungsrecht
GFSR	Bericht zur Stabilität des globalen Finanzsystems	WAEMU	Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion
GMR	Globaler Monitoring-Bericht	WEO	Weltwirtschaftsausblick
GRA	Allgemeines Konto	WTO	Welthandelsorganisation

Verantwortliche Mitarbeiter:

Dieser *Jahresbericht* wurde durch das Referat für Redaktion und Publikationen in der IWF-Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit erstellt. Die redaktionelle Verantwortung trugen Asimina Caminis und Michael Harrup; die grafische Gestaltung der Anhänge erfolgte durch Alicia Etchebarne-Bourdin; Teresa Evaristo Del Rosario und Feven Tesfaye leisteten Assistenzarbeit.

Für die deutsche Fassung war das folgende Team zuständig: Hubertus Hesse (Übersetzung und Revisionsleitung), Susanna Bunzel-Harris (Revision), Dr. Ingeborg Schleier (Korrektur) und Brian de Nicola (grafische Gestaltung).

Deutsche Ausgabe: Sprachendienst des IWF, Abteilung Technologie und allgemeine Dienste.
Der englische Text ist die einzige amtliche Fassung.

Fotos:

Simon Smith/istockphoto	Einband
René Mansi/istockphoto	Einband
Michael Spilotro/IWF-Stabsfoto	Seiten 4, 7
IWF-Stabsfoto	Seite 6
Thomas Dooley/IWF-Stabsfoto	Seite 7
David Joel/Getty Images	Seite 13
Adek Berry/AFP/Getty Images	Seite 13
Felix Möckel/istockphoto	Seite 19
Tannen Maury/epa/Corbis	Seite 19
Eugene Salazar/IWF-Stabsfoto	Seiten 26, 67
Eric Thayer/Getty Images	Seite 26
Stock Connection Worldwide	Seite 29
Dominique Faget/AFP-Foto	Seite 29
Jason Szenes/epa/Corbis	Seite 30
Neville Elder/Corbis	Seite 30
Hannah Allam/MCT	Seite 34
Tang Chhin Sothy/AFP-Foto	Seite 34
Wathiq Khuziaie/Getty Images	Seite 41
Gregg Newton für den IWF	Seite 41
Christopher Herwig/lonelyplanetimages.com	Seite 48
Stephen Jaffe/IWF-Stabsfoto	Seiten 48, 54, 61
David Sutherland/Corbis	Seite 61
Henrik Gschwindt De Gyor/IWF-Stabsfoto	Seite 66
Tilla McAntony/IWF-Stabsfoto	Seite 76

Die CD-ROM enthält die Kapitel des *IWF-Jahresberichts* für 2008 in drei Sprachen: Englisch, Französisch und Spanisch. Sie enthält außerdem alle Anhänge, einschließlich der Finanzausweise, in englischer Sprache. Des Weiteren werden Öffentliche Informationsmitteilungen, Presseveröffentlichungen, ausgewählte Berichte sowie Tabellen und Kästen mit ausführlichen Informationen zu den in den Kapiteln des *Jahresberichts* beschriebenen Tätigkeiten aufgeführt.

Weitere Informationen finden sich auf der IWF-Website unter www.imf.org.

Anleitungen zur Benutzung der CD-ROM:
Legen Sie die CD-ROM in das CD-Laufwerk Ihres Computers ein. Es erscheint nun eine Inhaltsseite in Ihrem Browser-Fenster. Die PDF-Dateien auf der CD-ROM können unter Benutzung von Adobe Reader geöffnet werden.

Das Programm kann kostenfrei heruntergeladen werden unter www.adobe.com.



INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

700 19TH STREET, NW
WASHINGTON, DC 20431 USA



IMF ANNUAL REPORT 2008 (German)

ISBN 978-1-58906-770-7



9 781589 067707